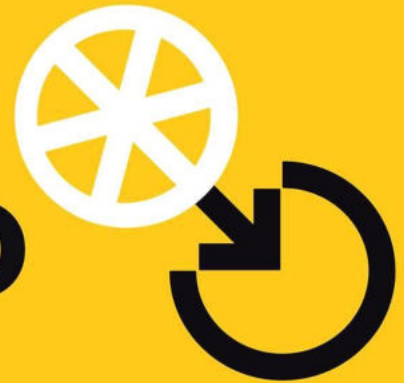


www.klimaentscheid-mainz.de

MAINZZero



PresseSpiegel

MÄRZ 2023



Mainz

Gesellschaft

A643

Klimaaktivisten seilen sich von Autobahnbrücke in Mainz ab

Rücken-, Knie- oder Fußschmerzen? Diese Schuhe helfen!
OutdoorHeld | Anzeige

Mit ihrer Aktion protestieren sie gegen den geplanten Ausbau der A643 durch die Naturschutzgebiete.

[Read Next Story >](#)



Von
Sandra Werner

veröffentlicht am 05.03.2023 14:10

Drei Aktivisten haben sich am Sonntagnachmittag von einer Brücke in Gonsenheim über der darunter liegenden A643 abgeseilt. Die Aktion war Teil eines Protestes gegen den sechsspurigen Ausbau im Bereich der Naturschutzgebiete. Die Autobahn war für mehrere Stunden gesperrt.

An der Brücke rollten die Aktivisten mehrere Banner mit ihren Forderungen aus, die sich gegen die „weitere Versiegelung“ und den „Bau weiterer Autobahnen“ richten. So soll die Autobahn A643 durch die Naturschutzgebiete Mainzer Sand und Lennebergwald „unter gar keinen Umständen“ wie geplant sechsspurig ausgebaut werden.

Hunderte Menschen bei Demo dabei

Zuvor waren Hunderte von Menschen vom Mombacher Schwimmbad aus über die Autobahn gezogen. Die Demonstration, die vom „Kolibri Kollektiv“ aus Mainz und Wiesbaden organisiert worden war, wurde offiziell von den Ordnungsbehörden der Stadt genehmigt. Die Polizei hatte Umleitungen eingerichtet. An der

Rücken-, Knie- oder Fußschmerzen? Diese Schuhe helfen!
OutdoorHeld | Anzeige

[Read Next Story >](#)

Demonstration nahmen laut Angaben der Organisatoren etwa 700 Menschen teil, sowohl Privatleute als auch Aktivisten des „Kolibri Kollektivs“ und weiterer Natur- und Klimaschutzverbände, darunter Greenpeace, MainzZero und Fridays for Future.



Rücken-, Knie- oder Fußschmerzen? Diese Schuhe helfen!
OutdoorHeld | Anzeige

[Read Next Story >](#)

Die Aktion folge damit dem Aufruf #AusbaustoppJetzt des Bündnisses „Wald statt Asphalt“, nach dem am ersten Märzwochenende bundesweit Aktionen auf und an Autobahnen stattfinden sollen, um gegen die Ausbaupläne der Bundesregierung zu demonstrieren. In Mainz protestierten die Aktivisten „gegen den Ausbau der A60 und A643 und die damit verbundene Versiegelung streng geschützter Naturflächen sowie gegen das geplante Ausbaubeschleunigungsgesetz“, wie das Kolibri-Kollektiv in seiner Ankündigung mitteilte.

Wie Polizeisprecher Rinaldo Roberto im Anschluss der Aktion gegenüber *Merkurist* mitteilte, sind sowohl die Demonstration als auch die Abseilaktion friedlich und entsprechend der Anmeldung verlaufen. Nachdem die Polizei überprüft hat, dass sich auf der Autobahn keine Fußgänger oder Fahrradfahrer mehr befinden, soll sie gegen 15:30 Uhr wieder für den Verkehr freigegeben werden. Etwa 60 Einsatzkräfte der Polizei waren im Einsatz. Zu größeren Verkehrsbehinderungen sei es nicht gekommen.

Erst am Samstag hatten sich mehrere Aktivisten von der A648 in Frankfurt abgeseilt. Auch diese Aktion war von der Stadt Frankfurt genehmigt worden.

Rücken-, Knie- oder Fußschmerzen? Diese Schuhe helfen!
OutdoorHeld | Anzeige

[Read Next Story >](#)

Mehr Infos zu der Protestaktion könnt ihr hier nachlesen:

MIT ABSEILAKTION

Demo auf A643: So läuft die Protestaktion auf der Autobahn

Mainz | Gesellschaft

VERLAUF

● 05.03.2023 14:10 Artikel veröffentlicht

META

Mainz, Gesellschaft

Rücken-, Knie- oder Fußschmerzen? Diese Schuhe helfen!

OutdoorHeld | Anzeige

Read Next Story >

Solidarität mit den Opfern

Mahnwache der Nieder-Olmer Initiative „Maria 2.0“ gegen sexualisierte Gewalt in der Kirche

Von Maren Kaps

MAINZ. „Zum Glück bin ich aus der Kirche ausgetreten.“ Dieser Satz eines jungen Mannes fällt am Samstag häufig auf dem Mainzer Marktplatz. Zahlreiche Passanten, die an dem grauen Nachmittag am Dom vorbeigehen, bleiben stehen und halten inne. Ein Kreis aus Frauen und vereinzelt Männern mit Trauer-Schildern erregt ihre Aufmerksamkeit. Paukenschläge konkurrieren mit den Glocken des Doms.

401 Paukenschläge erinnern an die Betroffenen

„Sexualisierte Gewalt gibt es nicht nur in der Kirche, das ist ein gesellschaftliches Problem. Doch heute legen wir den Fokus auf die Kirche und die 401 anerkannten Betroffenen dort“, sagt Beate Berdel-Mantz durch ein Mikrofon. Die ehemalige Pastoralreferentin gehört zu den Rednerinnen der Initiative „Maria 2.0 Nieder-Olm“ im Bistum Mainz. Die Gruppe hat die Mahnwache vor dem Dom organisiert. Zwischen 25 und 30 Leute haben sich zusammengefunden, um den sexuellen Missbrauch und den dahinterstehenden Machtmissbrauch in der katholischen Kirche anzuprangern.

Mit 401 Paukenschlägen denken die Protestierenden an die anerkannt von sexualisierter Gewalt betroffenen Menschen im Bistum Mainz. Die katholische Kirche sei zu einer lebensfeindlichen Institution verkommen, so Berdel-Mantz. „Nur um ihr Ansehen zu schützen. Aber welches Ansehen, frage ich!“

Vor wenigen Tagen hat das Bistum eine selbst in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht. Sie zeigt, dass Fälle von sexueller Gewalt in Mainz jahrzehntelang verharmlost, verschwiegen und nicht angemessen verfolgt worden sind. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Jahre unter den früheren Mainzer Bischöfen Hermann Kardinal Volk und Karl Kardi-

nal Lehmann. „Jeder Fall ist eine Katastrophe“, sagt auch Annette Pospesch. Die 59-Jährige schlägt am Nachmittag eine der Trommeln auf dem Platz. Bei jedem Schlag habe sie gedacht: „Hört uns doch endlich!“ In Nieder-Olm arbeitet Pospesch als Pfarrsekretärin. Deshalb treffe sie der Schock und die Frustration im Bistum am meisten, da sie sich dort engagiert und die Leute, um die es geht, kenne. Seit 2019 ist sie ein Teil von „Maria 2.0“ Nieder-Olm.

Das bundesweite Netz der Initiative hat im selben Jahr mit einem einwöchigen Kirchenstreik deutschlandweit für Aufsehen gesorgt. Die Bewegung setzt sich unter anderem für den Zugang von Frauen zu den Weihenämtern sowie für die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Beziehungen in der Kirche ein. In einem Offenen Brief vom 23. Februar hat das Bündnis erneut die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs innerhalb der Kirche gefordert, sowie den Synodalen Weg – eine Erneuerung der katholischen Kirche in Deutschland – weiterzuvorführen. Sonst seien Massenausschritte aus der katholischen Kirche die Folge, wie das Netzwerk schreibt.

Die Reaktionen der Menschen auf dem Mainzer Marktplatz zeigen, wie direkt die Kirchenausstritte mit der Frustration über das System zusammenhängen. „Ich bin mit meinen Kindern konvertiert“, sagt eine Frau, die mit ihrer Tochter zum Einkaufen in die Stadt gekommen ist. Wie viele andere Eltern an diesem Nachmittag, kann sie ohne Zögern ihrer Tochter erklären, was „Maria 2.0“ ist und mit welchen Problemen die Kirche derzeit zu kämpfen hat.

Viele Passanten googeln mit ihrem Smartphone die Vorfälle der vergangenen Jahre. Die Initiative hat die Aufmerksamkeit der Menschen auf dem Marktplatz erreicht, während darüber der Dom in Stille thront.



Eine Mahnwache für die Opfer sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche hat die Initiative „Maria 2.0“ am Samstag auf dem Markt in Mainz abgehalten. 401 Paukenschläge erinnerten an die 401 anerkannten Fälle allein im Bistum. Foto: hzb/Kristina Schäfer

BLAULICHT

Auto überschlägt sich mehrfach

RHEINHESSEN (red). Ein alkoholisierte Autofahrer hat sich am frühen Sonntagmorgen auf der A60 mit seinem Fahrzeug mehrfach überschlagen und ist dabei leicht verletzt worden. Wie die Polizei mitteilt, war der Fahrer gegen 4.30 Uhr mit seinem Jeep auf die A60 in Richtung Bingen aufgefahren.

Am Autobahndreieck Nahe teilte sich die Hauptfahrbahn zur A61 in Fahrtrichtung Ludwigshafen und zum Autohof – der Autofahrer erwischte keine der beiden Spuren und raste mit seinem Wagen in den Grünstreifen dazwischen. Das Auto verlor seine Kontrolle und überschlug sich mehrfach.

te diesen teilweise aus dem Erdreich und überschlug sich anschließend mehrfach. Das Auto kam erst rund 150 Meter von der Gabelung entfernt zum Stillstand. Durch den Unfall wurde es vollständig zerstört, unter anderem wurden zwei Räder abgerissen. Der Autofahrer erlitt leichte Verletzungen an den Händen und im Gesicht und wurde ins Krankenhaus gebracht. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 0,68 Promille. Für die Unfallaufnahme und die Reinigung musste der Streckenabschnitt vollständig gesperrt werden. Der Schaden wird auf etwa 50.000 Euro geschätzt.



„Wald statt Asphalt“ fordern die Klimaaktivisten, die gegen den Ausbau der A 643 im Mainzer Sand bei Gonsenheim protestieren. Ein Demonstrationszug marschierte am Sonntag vom Mombacher Schwimmbad aus über die gesperrte Autobahn bis zur Brücke in der Kapellenstraße, von der sich drei Mitglieder des „Kolibri-Kollektivs“ abseilten. Fotos: Sascha Kopp

„Kolibris“ seilen sich von Brücke ab

Klima-Aktivisten und Umweltgruppen protestieren gegen geplanten Autobahn-Ausbau bei Mainz-Gonsenheim

Von Kathrin Damwitz

MAINZ. Mit Plakaten, Sprechchören, Trommeln machen die Demonstranten ihre Forderungen deutlich: „Rettet den Sand“ oder „Stopp! Volker Unwissen“ und „Bienenland im Mainzer Sand fährt der Wissing an“.

Mehr Wald. Mehr Sand. Mehr Widerstand“ skandieren die Umweltschützer. Sie protestieren am Sonntag gegen den von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) angestrebten beschleunigten Ausbau der Autobahn A 643. Besagte Autobahn ist für den Demozug zwischen dem Mainzer Kreuz und dem Anschluss Gonsenheim für vier Stunden voll gesperrt. Die Veranstalter sprechen später von knapp 700 Teilnehmern, die Polizei von etwa 420. Die Beamten sind mit 60 Kräften im Einsatz. Um 15.35 Uhr kann die Sperrung der Autobahn wieder aufgehoben werden.

Rund 20 Aktivisten auf der Autobahnbrücke

Vom Parkplatz am Mombacher Schwimmbad aus machen sich gegen 13 Uhr Fußgänger und Radfahrer auf den Weg über den Zubringer auf die Autobahn. Auf der Brücke über die A 643 in der Kapellenstraße versammeln sich zeitgleich gut 20 Aktivisten des „Kolibri-Kollektivs“. Drei von ihnen seilen sich ab und entrollen Transparente, als die Teilnehmer des Protestzuges später eintreffen. „Autobahnbaustopp. Wald statt Asphalt“ steht da zu lesen. Die Männer sitzen gut gesichert in Gurten, die von der Brücke herabgelassen werden. Einer von ihnen, Aktivist „Quack“, verweist in einer Ansprache auf die Ausbaupläne an über 140 Autobahnen in Deutschland, durch die 80 Naturschutzgebiete mit einzigartiger Vegetation bedroht seien. Verkehrsminister Wissing solle mal lieber Tempo beim Ausbau der Bahnstrecken machen, sagt er unter dem Beifall der Anwesenden. „Wir können das Schlimmste der Klimakrise noch abwenden“, so „Quack“ weiter, der darüber informiert, dass in ganz Deutschland am

Sonntag Aktionen gegen den Autobahnausbau vom bundesweiten Bündnis „Wald statt Asphalt“ stattfinden. Neben dem „Kolibri-Kollektiv“, das sich nach eigenen Angaben der „Zerstörung unserer Lebensgrundlagen aktiv in den Weg stellen“ möchte, sind Klimagruppen wie „Fridays for Future“, die Fahrradfahrer von

„Critical mass“, das „Bündnis Mainzer Sand“, Greenpeace und andere Umweltgruppen bei der Veranstaltung in Gonsenheim vertreten. Das Bündnis Mainzer Sand verweist auf 13.369 Unterschriften unter der Petition gegen den A 643-Ausbau im Naturschutzgebiet.

„Wir wenden uns heute gegen den beschleunigten Aus-

bau der Autobahn, der die Belange des Umweltschutzes außer Acht lässt“, sagt ein Greenpeace-Mitglied aus Mainz. Eine Mitstreiterin ergänzt, eine temporäre Nutzung der Seitenstreifen an der Autobahn könne für Entzerrung sorgen. „Mehr Straßen haben noch nie für weniger Staus gesorgt, wo sollen denn die gan-

zen Autos noch hin?“, fragt eine Mainzerin, die per Fahrrad mit Mann und Kind zur Demonstration erschienen ist. Ute Wellstein (75) freut sich, dass so viele Demonstranten gekommen sind. „Wir haben ja 2009 auch schon ein Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue verhindert“, sagt sie, die nach eigenen Angaben schon 1961 auf die Straße ging. „Das war in Essen, da sollten damals die Karten für die Straßenbahn nicht mehr 25, sondern 50



„Lenni bleibt“ heißt es in Anspielung auf den Lennebergwald auf einem Plakat.

„Wir wenden uns heute gegen den beschleunigten Ausbau der Autobahn, der die Belange des Umweltschutzes außer Acht lässt.“

Greenpeace-Mitglied

Pfennig kosten. Wir haben einen Kompromiss erstritten – 35 Pfennig waren es am Ende.“ So einen Kompromiss würde sie sich auch für die A 643 wünschen, etwa die temporäre Nutzung der Standstreifen bei hohem Verkehrsaufkommen.

Der beschleunigte Ausbau von Autobahnen sei nicht mehr zeitgemäß, sagt ein weiterer Teilnehmer der Protestveranstaltung. Angesichts des Klimawandels müsse der Individualverkehr reguliert und nicht noch weiter ausgebaut werden. Der Mainzer Sand sei Heimat seltener Tierarten, eine Betonpiste sei „das Gegenteil von Leben“, heißt es bei einer kleinen Kundgebung, die die Demonstranten auf dem Weg zur Brücke abhalten. Flora, Fauna, Habitat gehörten geschützt. Das Kolibri-Kollektiv wolle dazu anregen, „sich mit unserer privilegierten Lebensweise auseinander zu setzen“, die zur Zerstörung der Erde beitrage.

Am Ende erklingt an der Autobahnbrücke noch der Protestsong „Power to the people“, bevor der Demozug wieder zurück läuft zum Schwimmbad. Von dort geht es mit dem Bus zurück an den Bahnhof, wo einige Teilnehmer wieder mit dem Zug abreisen.

Marburg vereinbart Protest-Stopp mit Aktivisten

MARBURG (dpa). Nach einem Einlenken in Hannover hat sich auch der Marburger Oberbürgermeister Thomas Spies (SPD) nach eigenen Angaben mit Klimaaktivisten der Letzten Generation verständigt. Die Aktivisten hätten zugesagt, künftig auf ein Festkleben auf Marburger Straßen zu verzichten, teilte Spies am Montag mit. Er selbst habe ein Schreiben an die Bundesregierung sowie die demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag geschrieben, in dem er „inhaltliche Forderungen der Letzten Generation unterstützt“, hieß es in einer Mitteilung. Ein Sprecher der Letzten Generation bestätigte die Einigung.

Vorwurf der Erpressung

Die Klimaaktivisten der Letzten Generation bieten einen Stopp ihrer Proteste im ganzen Land oder in einzelnen Kommunen an, wenn die jeweilige Regierung auf ihre Forderungen eingeht. Dies war teils auf scharfe Kritik gestoßen. „Erpressung ist keine Ausdrucksform legitimen Protests“, hatte der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Manuel Höferlin, gesagt. Deshalb halte er es „für naiv und gefährlich, wenn einzelne Kommunen dieser Erpressung jetzt nachgeben. Denn die nächste Eskalation folgt bestimmt“.

Spies hingegen erklärte am Montag: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, im konstruktiven Gespräch Lösungen zu finden. Unser Handeln und unsere Haltung in Marburg hat offensichtlich überzeugt.“

VRM-Live-Talk am 8. März

MAINZ (kl). Schaden oder nutzen die Aktionen der „Klima-Kleber“ ihrem Anliegen, den Klimawandel zu stoppen? Reagiert der Staat angemessen auf die illegalen Aktionen und Beeinträchtigungen des Verkehrs? Wo endet legitimer Protest und ziviler Ungehorsam, wo beginnt die Nötigung der Mehrheit durch eine kleine Minderheit? Droht eine weitere Radikalisierung der Bewegung? Wie sollten die Medien mit den Störaktionen umgehen? Diese und weitere Fragen wollen wir bei unserem VRM-Live-Talk am 8. März (19 Uhr) diskutieren. Dazu haben wir vier hochkarätige Teilnehmer gewonnen:

Michael Ebling (SPD) ist seit Oktober rheinland-pfälzischer Innenminister und somit auch oberster Dienstherr der Polizei des Landes.

Jakob Beyer ist einer der Sprecher der „Letzten Generation“. Er hat bereits an etlichen Aktionen der Gruppe teilgenommen.

Sabine Yacoub ist seit 2019 Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Rheinland-Pfalz.

Tanjev Schultz ist seit 2016 Professor für Journalistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Modert wird der VRM-Live-Talk von den beiden stellvertretenden VRM-Chefredakteuren Tobias Goldbrunner und Dennis Rink. Der Livestream ist auch auf den Social-Media-Auftritten dieses Nachrichtenportals zu verfolgen. Außerdem können Zuschauerinnen und Zuschauer die Kommentarfunktion unter dem Live-Video für Anregungen und Fragen nutzen.



Aktivisten der Letzten Generation blockieren den Verkehr auf Straßen und auf Autobahnen. Foto: dpa

Wer soll das bezahlen?

Klima-Aktivisten müssen aus dem Asphalt gefräst werden, schütten Beton auf Brücken oder fällen symbolisch einen Baum vor dem Kanzleramt

Von Nele Leubner

REGION. Es geht um den Kampf für den Klimaschutz, den die Aktivisten der Letzten Generation mittlerweile immer erbitterter kämpfen. Aber mittlerweile geht es auch um Geld. Geld für die Schäden, die bei den immer drastischeren Aktionen entstehen – längst geht es nicht mehr nur um die Kosten für die Polizeieinsätze bei Straßenblockaden. Es geht auch um Geld für die Strafzahlungen, die Gerichte derzeit angesichts der immer dichteren Taktung der Aktionen mittlerweile nahezu täglich verhängen. Um welche Summen es konkret geht, welche Strafen die Aktivisten erwarten und wie sich die Letzte Generation finanziert – ein Überblick.

Wer muss für Schäden bei Aktionen der Letzten Generation bezahlen?

Wenn bei den Aktionen Sachschäden entstehen – das können beispielsweise der gefällte Baum vor dem Kanzleramt, der rausgefräste Asphalt auf der Mainzer Saarstraße oder der Mitte Februar auf die Berliner Mühlendammbrücke geschüttete Beton sein –, müssen die betroffenen Kommunen die Höhe des Schadens ermitteln und dann bei den Aktivisten einfordern. In einem Großteil der Fälle werden die Personalien der Verursacher vor Ort von der Polizei festgestellt, zum Teil werden die Aktivisten auch in Gewahrsam genommen. Deshalb ist hier, anders als beispielsweise in Fällen von Vandalismus, keine Ermittlungsarbeit nötig, um Täter zu identifizieren.

Gebührenbescheide können dann einfach zugestellt werden. Das kann in einigen Fällen ziemlich teuer werden. Im Fall des vor dem Berliner Kanzleramts gefällten Jungbaumes (sechs Personen beteiligt; „Wirtschaft & Politik“ sagen an den Ästen, auf denen die Zivilisation sitzt“) beziffert das Bezirksamt Mitte den Schaden für den Rot-Ahorn auf rund 10.000 Euro – obendrauf kommen noch mutmaßlich Geldstrafen, eine Strafanzeige ist bereits gestellt. Wie viel die Erneuerung des he-



rausgefrästen Asphalts in Mainz kosten wird und ob der Schaden bereits ermittelt wurde, dazu konnte die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt auch nach anderthalb Wochen auf Anfrage keine Auskunft geben.

Müssen die Polizeieinsätze ebenfalls von den Klimaaktivisten bezahlt werden?

Ja. Die Polizei ermittelt, wie viel der Einsatz gekostet hat und wie hoch der Anteil der jeweiligen beteiligten Personen ist. Dafür werden alle Umstände des Polizeieinsatzes von Anfang bis Ende dokumentiert, vor allem die Stundenzahl der eingesetzten Beamten sowie die Menge und Kosten der Einsatzmittel. Dies kann beispielsweise das Öl sein, welches zum Ablösen des Klebers verwendet wird – aber beispielsweise auch die Kosten für größere Maschinen wie Hubleitern im Danneröder Forst, um die Aktivisten aus den Bäumen zu holen. So wurden etwa in Hessen nach Angaben des Innenministeriums bislang insgesamt gegenüber 13 Personen, die im Zusammenhang mit Klebeaktionen stehen, Kosten für „polizeiliche Amtshandlungen“ erhoben: insgesamt 2800 Euro. Das ist ein ähnlicher Satz, der beispielsweise auch in München oder Berlin von der Polizei eingesetzt wird, meist sind es um die 250 Euro pro Kopf. Darüber hinaus gebe es in Hessen weitere sieben Verfahren, bei denen die Kosten derzeit erhoben werden.

In Mainz kleben sich die Klimaaktivisten unterhalb der Universität fest und blockieren damit eine der Hauptverkehrsachsen der Stadt.

Foto: Lukas Görlach

gerade in Berlin für sieben Straßenblockaden zur Zahlung von insgesamt 2700 Euro verurteilt, insgesamt hat er bereits Strafbefehle von mehr als 20.000 Euro erhalten. Für Aktionen an der Hauptverkehrsader Münchner Stachus wurden Aktivisten kürzlich zu Geldstrafen in Höhe von jeweils 30 Tagessätzen zu je 15 Euro verurteilt. Es wären in „besonders schweren Fällen von Nötigung“ auch Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren möglich – solche Fälle wurden aber bislang nicht bekannt.

In der Bundeshauptstadt wurden aufgrund der häufigen Klebe-Aktionen „Beschränkungsverfügungen nach dem Versammlungsgesetz“ erlassen. Sprich: Die Polizei verhängt gegen Wiederholungstäter, die mindestens acht Mal bei Blockaden dabei waren, Klebeverbote. Sie dürfen sich ein halbes Jahr lang nicht mehr bei Klimablockaden festkleben. Wer dagegen verstößt, dem droht ein Zwangsgeld in Höhe von 2000 Euro. Begründet werden die Klebeverbote damit, dass die öffentliche Sicherheit „unmittelbar gefährdet“ sei. Allerdings haben innerhalb von wenigen Wochen bereits fünf Klimaaktivisten gegen das Klebeverbot verstoßen – sie müssen jetzt das Zwangsgeld zahlen. Auch München hatte den Umgang mit den Klimaaktivisten verschärft und im Winter ein Versammlungsverbot verhängt für „Straßenblockaden, bei denen

sich Teilnehmende fest mit der Fahrbahn verbinden“, sofern keine Versammlung vorher angemeldet wurde. Auch die Organisation und Teilnahme an solchen Protesten ist dann strafbar. Zudem wird in Bayern das umstrittene Instrument des „Präventivgewahrsams“ genutzt: Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums waren von Dezember bis Januar 20 Klimaaktivisten in Bayern nach Protestaktionen in und um München sowie am Flughafen der Landeshauptstadt in längere Präventivgewahrsam genommen worden, einige von ihnen mehrfach.

Wie finanziert sich die Letzte Generation?

Geldstrafen müssen die Aktivisten generell selbst zahlen, viele haben aber Spendenaktionen ins Leben gerufen, und einige finanzieren über Privatspenden auch ihren Kampf für das Klima beziehungsweise ihre Lebenshaltungskosten. In einem kürzlich veröffentlichten Transparenzbericht wird deutlich, dass die Letzte Generation einigen Vollzeit-Aktivisten aus Spendengeldern finanzielle Zuwendungen für die Lebenshaltungskosten zahlt. Diese würden beispielsweise Bildungsarbeit für die Letzte Generation machen, Vorträge und Trainings organisieren oder Werbematerialien erstellen.

Im Jahr 2022 erhielt die Gruppe rund 900.000 Euro an Spenden und gab insgesamt etwa 535.000 Euro aus. Die Hälfte davon floss in Mieten von Veranstaltungsräumen, Wohnungen für Demonstranten sowie Autos, weitere 100.000 Euro in Material wie Sekundenkleber, Transparente, Warnwesten und Sitzkissen. Das Geld kommt zum Teil von Tausenden privaten Spendern. Der Großteil der Spenden aber stammt aus dem „Climate Emergency Fund“, der weltweit viele Klimaorganisationen unterstützt. Das Stiftungsvermögen stammt von Philanthropen wie Aileen Getty, Enkelin des Erdöl-Tycoons Jean Paul Getty. Die Aktivisten vermuten hinter dem Engagement eine Art „Wiedergutmachung“.



In Berlin beschmieren und plakettieren die Aktivisten eine gläserne Grundgesetz-Skulptur am Bundestag. Foto: dpa

Tram 2025 durch Binger Straße?

Nächster Ausbauschritt: MVG reicht Planungsunterlagen ein / Was zwischen Alicen- und Münsterplatz geplant ist

Von Michael Erfurth

MAINZ. Es ist zwar nur ein Streckenabschnitt von etwa 290 Metern in der Binger Straße, doch für die Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) ist das Projekt einer Gleisverbindung zwischen dem Alicenplatz oberhalb des Hauptbahnhofs und dem Münsterplatz ein wichtiges Vorhaben für die Zukunft der Straßenbahn in Mainz. Am Montagvormittag haben Vertreter der MVG die Planungsunterlagen bei der Genehmigungsbehörde in Speyer abgegeben.

MVG-Geschäftsführer Jochen Erhof rechnet mit etwa neun bis zwölf Monaten, die der Landesbetrieb Mobilität (LBM) für die Prüfung der Unterlagen und den Planfeststellungsbeschluss benötigt. Läuft alles glatt, könnte 2024 mit den Bauarbeiten in der Binger Straße begonnen werden. Ende 2025 wäre dann die Inbetriebnahme der neuen Strecke.

„Wir zeigen damit, dass wir die Verkehrswende in Mainz in großen Schritten vorantreiben.“

Janina Steinkrüger, Verkehrsdezernentin der Stadt Mainz

Um die Bedeutung dieses Projekts zu verdeutlichen, hatte die MVG Vertreter der Stadtverwaltung und Stadtwerke-Vorstand Daniel Gahr zum Pressetermin eingeladen. Bürgermeister Günter Beck (Grüne) sprach von einem „Meilenstein für die Entwicklung der Straßenbahnstadt Mainz“. Er warb um Verständnis für die Belastungen während der Bauphase. Nach der Umgestaltung aber werde es eine deutliche Verbesserung für den Straßenbahnverkehr und auch für die Fahrradfahrer geben.

Verkehrsdezernentin Janina



So soll die Binger Straße vom Alicenplatz aus in Richtung Münsterplatz mit der neuen Straßenbahnhaltestelle aussehen.

Grafik: MVG

Steinkrüger (Grüne) sagte: „Wir zeigen damit, dass wir die Verkehrswende in Mainz in großen Schritten vorantreiben.“ Das Projekt sei ein „wichtiger Baustein“ für die weiteren Ausbauvorhaben wie die Straßenbahnanbindung des Heilighausviertels und den Innenstadtring vom Schillerplatz über das Höfchen und durch die Neustadt. Denn, wie Erhof erläuterte, die Haltestellen am Bahnhofsvorplatz seien bereits jetzt zu den Stoßzeiten vollkommen überlastet. An jeder dieser Haltestellen würden vormittags zwischen 7 und 9 Uhr drei Busse oder Straßenbahnen pro Minute halten. „Die Fahrzeuge stehen sich gegenseitig im Weg.“ Mit der neuen Querspange durch die Binger Straße sollen Straßenbahnlinien, die aus Richtung Bretzenheim kommen und nach Hechtsheim wollen, nicht mehr über den Bahnhofplatz fahren, um diesen zu entlasten. Fahrgäste, die in den Hauptbahnhof zum Zugverkehr möchten, können die Straßenbahn an der Halte-

stelle Hauptbahnhof-West verlassen. Mit dem geplanten Ausbau des Straßenbahnnetzes werde perspektivisch der Tramverkehr weiter zunehmen, betonte Erhof. Daher sei der Lückenschluss in der Binger Straße dringend nötig. Für alle drei Projekte hat die MVG umfangreiche Beteiligungsprojekte organisiert. In der Binger Straße gab es die ersten Workshops im Sommer 2021. Ziel der Beteiligung war es, dass betroffene Interessensgruppen wie Anwohner, Eigentümer, Gewerbetreibende und Vertreter der Politik zusammenkommen, über die Neugestaltung diskutieren und somit frühzeitig informiert und beteiligt sind, so Projektleiter Christian Jakobs. Die Anregungen und Wünsche seien in den Planungsprozess eingeflossen. Die beim LBM eingereich-

ten Aktenordner umfassen Planunterlagen zu den Verkehrsanlagen, Gutachten und Stellungnahmen, unter anderem zum Schallschutz, Brandschutz und Naturschutz. In der viel befahrenen Binger Straße, eine der Hauptverkehrsachsen in Richtung Stadtzentrum, würden derzeit die Lärmrichtwerte deutlich überschritten. Mit der Umgestaltung würden sich die Lärmwerte etwas verbessern, die Richtwerte könnten dennoch nicht eingehalten werden, sagte Erhof. Daher hätten die Anlieger Anspruch auf passiven Lärmschutz, sprich moderne Fenster, für die die MVG aufkommen müsse. Elf Bäume müssen laut Projektleiter Jakobs gefällt werden. Diese würden ersetzt durch 14 Neupflanzungen, acht davon in der Binger Straße. Vom Münsterplatz kom-



Janina Steinkrüger, Verkehrsdezernentin
Foto: Harald Kaster

meind wird es künftig einen Fahrstreifen in Richtung Alicenplatz geben, der im Bereich der Hinteren Bleiche auf zwei Fahrstreifen für den Autoverkehr verbreitert wird. Ebenso ist es vom Alicenplatz kommend in Richtung Münsterplatz, auch hier wird im Bereich der Hinteren Bleiche von einem auf zwei Fahrstreifen aufgeweitet.

In beiden Richtungen wird eine der beiden Spuren von der Straßenbahn mitbenutzt. Auf beiden Seiten der Binger Straße sind künftig „großzügig angelegte Geh- und Radwege“ geplant, die Parkplätze dort sollen weggelassen. In Höhe der Sparkasse sind auf beiden Seiten Tramhaltestellen in der Mittellage der Straße vorgesehen. Wenn die Bahn hier hält, müssen auch die Autos und Radfahrer anhalten, damit die Fahrgäste die Fahrbahn queren können. Das sei je Fahrtrichtung etwa sechs mal pro Stunde der Fall, so Jakobs. Dazu werden Ampelanlagen errichtet. Die Haltestellen für den Busverkehr sind außerhalb der Tram-Haltestellen vorgesehen.

Als prominenter Unterstützer hat sich der frisch gewählte, aber noch nicht ins Amt eingeweihte neue Mainzer Oberbürgermeister Nino Hasse (parteilos) angekündigt. Gegen 12 Uhr wollen die Erzieherinnen und Erzieher der städtischen Kitas Hasse auf dem Platz vor dem Stadthaus in der Großen Bleiche treffen. Dabei soll er darin bestärkt werden, sein Wahlversprechen einer höheren Eingruppierung des Kita-Personals so schnell wie möglich umzusetzen.

Hintergrund: Die meisten Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt sind in der Entgeltgruppe S8a eingruppiert. In der Nachbarstadt Wiesbaden, wird für die meisten die höhere Tarifgruppe S8b angesetzt – ein Unterschied von bis zu 490

Kitas bleiben am Mittwoch zu

Für mehr Gehalt in städtischen Einrichtungen: Verdi ruft erneut zum Protest auf

Von Carina Schmidt

MAINZ. Sie wollen Druck ausüben und ihre Enttäuschung über die bisherigen Tarifverhandlungen zum Ausdruck bringen. Wie berichtet, hat die Gewerkschaft Verdi am Mittwoch, 8. März, Fachkräfte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst im öffentlichen Dienst in Mainz zum Streik aufgerufen. Die Forderungen an die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) lauten: Mindestens 10,5 Prozent mehr Lohn, in Summe mindestens 500 Euro.

Nach Informationen dieser Zeitung werden am Mittwoch alle städtischen Kitas geschlossen bleiben. Das teilte die Verwaltung allen Einrichtungsleitungen am Montag per E-Mail mit. Die Begründung: Mitarbeitende müssten vorab nicht ankündigen, ob sie streiken. Daher könne ein Dienst nicht gewährleistet werden. Dieses Vorgehen seitens der Stadt ist ein Novum. Bisher wurde bei den Einrichtungen vorab immer abgefragt, ob sie streikbedingt geschlossen bleiben würden. Dafür wurde die Verwaltung von den Gewerkschaften kritisiert.

In Wiesbaden brutto bis zu 490 Euro mehr

Als prominenter Unterstützer hat sich der frisch gewählte, aber noch nicht ins Amt eingeweihte neue Mainzer Oberbürgermeister Nino Hasse (parteilos) angekündigt. Gegen 12 Uhr wollen die Erzieherinnen und Erzieher der städtischen Kitas Hasse auf dem Platz vor dem Stadthaus in der Großen Bleiche treffen. Dabei soll er darin bestärkt werden, sein Wahlversprechen einer höheren Eingruppierung des Kita-Personals so schnell wie möglich umzusetzen.

Hintergrund: Die meisten Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt sind in der Entgeltgruppe S8a eingruppiert. In der Nachbarstadt Wiesbaden, wird für die meisten die höhere Tarifgruppe S8b angesetzt – ein Unterschied von bis zu 490

Euro brutto im Monat. Im OB-Wahlkampf hatten fast alle Kandidierenden eine Höhergruppierung in ihr Wahlprogramm aufgenommen – so auch Nino Hasse.

Verdi-Gewerkschaftssekretär Tupac Orellana wertet es als einen großen Erfolg, dass die Forderung nach einer Höhergruppierung auf breite Zustimmung im OB-Wahlkampf traf. „Jetzt müssen den Worten aber auch Taten folgen, damit die unschätzbare wertvolle pädagogische Arbeit an den Kindertagesstätten mehr finanzielle Wertschätzung erfährt und eine Abwanderung der Fachkräfte gestoppt wird“, fordert er. Orellana hofft außerdem, dass ein gutes Beispiel aus der Landeshauptstadt auch in ganz Rheinland-Pfalz Schule machen könne.

Zum Streiktag in Mainz werden Teilnehmende aus Ingelheim, Bad Kreuznach, Koblenz, Alzey und Worms sowie umliegenden Gemeinden erwartet. Verdi-Bezirksgeschäftsführerin Marion Paul betont: „Die Beschäftigten spüren die drastisch gestiegenen Preise deutlich, deshalb erwarten wir eine sehr gute Streikbeteiligung.“

Als Treffpunkt wurde das Fanhaus in der Weisenauer Straße 15 ausgesucht. Von dort soll ab 10.30 Uhr die Demonstration starten – über Rheinallee, Holzhofstraße, Weikillienengasse, Ludwigstraße, Theaterplatz, Schusterstraße und Flachmarktstraße bis zum Stadthaus in der Großen Bleiche.

GEW STREIKT AUCH

► Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ruft am Mittwoch die Landkreise Mainz-Bingen, Alzey-Worms und Donnersbergkreis sowie die Städte Worms und Frankenthal zum Warnstreik auf – mit **Demo und Kundgebung in Nieder-Olm.**

► Am 23. März soll es noch vor der 3. Verhandlungsrunde einen **landesweiten Streik** geben.

Kaiserbrücke – eine Medaille mit zwei Seiten

Der Mainzer Vorentwurf für den neuen barrierefreien Zugang steht jetzt fest – wie aber steht es um den Wiesbadener Beitrag?

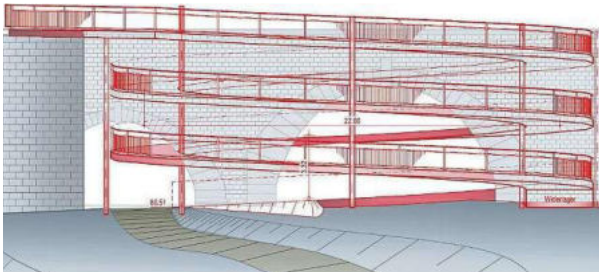
Von Paul Lassay

MAINZ. Vor einigen Tagen hat die Stadtverwaltung den Siegerentwurf für den barrierefreien Zugang zur Kaiserbrücke von Mainzer Seite aus vorgestellt (diese Zeitung berichtete). Nach einer anfänglichen leichten Rampe sieht der Entwurf des Berliner Bü-

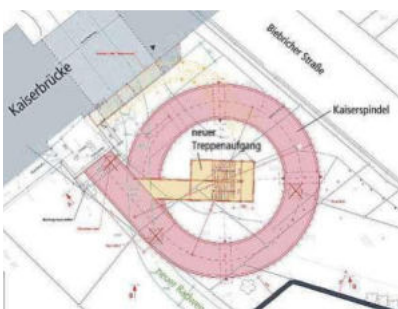
„Stand jetzt soll mit dem Bau in Mitte 2024 begonnen werden, die Fertigstellung ist für Mitte 2025 angedacht.“

David Bartelt, zuständiger Referent im Wiesbadener Verkehrsdezernat

ros „Sauerzapfe Architekten“ eine aufwärts strebende Schleife vor, die die Radfahrer und anderen Nutzer nach einer weiteren Kurve auf den Fahrrad- und Fußgängerweg der Brücke im Mainzer Norden führt. Dann ist man oben – doch wie geht es anschließend auf Wiesbadener Seite weiter, wo aktuell auch nur eine lange Treppe mit Schieberläufe auf die Nutzer wartet? Wann soll dort damit begonnen werden, Abhilfe zu schaffen und die wichtige



So soll der barrierefreie Zugang zur Kaiserbrücke auf der Wiesbadener Seite aussehen.



Die Ansicht der Wiesbadener „Kaiserspindel“ auf die Kaiserbrücke von oben zeigt die geplante Anordnung der Treppe im Zentrum der Spindel. Grafiken: Tiefbau- und Vermessungsamt Wiesbaden

Radverbindung zwischen den beiden Landeshauptstädten durch eine einfachere Zugänglichkeit zu stärken? Man freue sich, dass es nun auch in Mainz einen Vorentwurf für die Errichtung eines barrierefreien Zugangs gebe, erklärt David Bartelt, Referent im Wiesbadener Verkehrsdezernat, auf Anfrage dieser Zeitung. Schließlich sei die Maßnahme ein Kooperationsprojekt zwischen den beiden Landeshauptstädten.

Doch bei der Suche nach einem Entwurf ging man auf beiden Seiten des Rheins offensichtlich unterschiedlich vor: Denn während Mainz einen Architektenwettbewerb durchführte, bei dem acht

Teams aus Architekten und Tragwerksplanern Entwürfe einreichten, wurde auf der Wiesbadener Seite über ein Vergabeverfahren ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Vorentwurfs beauftragt, wie Bartelt erläuterte. Dieser Vorentwurf, der eine engere Spindel als auf der Mainzer Seite vorsieht, sei 2019 erstellt worden. Doch der eigentliche Entwurf müsse wie auf Mainzer Seite noch erstellt werden. „Stand jetzt soll mit dem Bau in Mitte 2024 begonnen werden, die Fertigstellung ist für Mitte 2025 angedacht“, so der Wiesbadener Referent. Genauere Angaben könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen, da der Baubeginn und die Fertigstellung eng mit dem Vorgehen auf Mainzer Seite zusammenhängen.

Angesichts der weltpolitischen Lage seien die Kosten noch nicht genau zu beziffern, so Bartelt. Neben der Spindel sei „angedacht“, auf Wiesbadener Seite eine Treppe als zweiten Aufgang herzustellen. Den bislang bekannten Vorentwurfszeichnungen zufolge soll die Treppe in der Mitte der Spirale errichtet werden.

Auf Mainzer Seite lautet der Plan hingegen, die bisherige Treppe beizubehalten.

KURZ NOTIERT

Theater-AG

MAINZ. Anlässlich des Weltfrauentags präsentiert die Theater-AG des Otto-Schott-Gymnasiums am kommenden Mittwoch, 8. März, und Donnerstag, 9. März, jeweils 19.30 Uhr, eine feministische Szenencollage „Wer, wenn nicht wir?“. Die Aufführung der Schülerinnen und Schüler findet im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchege-

meinde Gonsenheim, Friedensstraße 35, statt.

AK Fluglärm

HECHTSHEIM. Der Arbeitskreis Fluglärm Hechtsheim lädt alle interessierten Bürger für den kommenden Mittwoch, 8. März, ab 19 Uhr zu seiner monatlichen Sitzung in den Sitzungssaal der alten Ortsverwaltung, Morschstraße 1, ein.

HILFE & SERVICE

Notfallnummern

Feuerwehr & Notarzt: 112

Polizei: 110

Giftnotrufzentrale: 06131-19240

Ärztliche Bereitschaftspraxis:

116117

Telefonspeersorge: 0800-1101011

Weißer Ring (Hilfe für Kriminalisopfer): 116006

Frauennotruf Mainz

Tel. 06131-221213

Zahnärztlicher Notdienst:

Mainz-Innenstadt: 01805-666160,

Mainz-Vororte: 01805-666161,

Mainz-Land: 01805-666166 (kostenpflichtig)

Corona-Infotelefon

06131-69333-4275 (Gesundheits-

amt Mainz-Bingen); E-Mail:

corona@mainz-bingen.de

Tierärztlicher Notdienst:

Dagmar Stauffer

Mainz, Hauptstr. 112, Tel. 06131-363661

Apotheken-Notdienst

Notrufnummer: 0800-0022833

Apotheke im MED-Pavillon,

Mainz, Wallstr. 3-5, Tel. 06131-223869; Phoenix-Apotheke,

Mainz, An der Goldgrube 38, Tel. 06131-995481; Alte Apotheke,

Mainz-Kostheim, Hauptstraße

139, Tel. 06134-5645010; Fidus-

Apotheke, Bodenheim, Hilgstr.

24, Tel. 06135-706670

Redaktionskontakt

E-Mail: az@vrm.de

KURZ NOTIERT
Orchesterkonzert

MAINZ. Am Samstag, 11. März, 19.30 Uhr, präsentiert das Orchester der Maria Ward-Schule im großen Saal des Kurfürstlichen Schlosses sein Jahreskonzert. Neben Vivaldis Konzert für zwei Violinen sowie der Sinfonie Nr. 100 von Haydn stehen Kompositionen aus Oper, Ballett und Film auf dem Programm. Eintritt frei, Spenden am Ausgang erbeten.

Premiere

MAINZ. Am Samstag, 11. März, treten Lars Michael Storm und Larissa Kurmatschewa mit einem Repertoire des Wiener Kabarettisten Georg Kreisler auf. Die Premiere von „Kreisler? ...muss man mögen!“ findet ab 20 Uhr im Mombacher „Dance & Arts Mainz“, Hauptstraße 17-19, statt.

Berlinfahrt

MAINZ. Zu viertägigen Informationsfahrten nach Berlin lädt der AfD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Müenzenmaier interessierte Bürger aus dem Wahlkreis ein. Es gibt freie Plätze für die Fahrten: 24. bis 27. Mai, 7. bis 10. August und 17. bis 20. September. Verbindliche Anmeldungen per E-Mail an sebastian.mueenzenmaier.ma03@bundestag.de.

Workshop-Reihe

MAINZ. Die Agentur für Arbeit Mainz bietet für den Wiedereinstieg in den Beruf eine dreiteilige Workshopreihe an. Die Termine finden am 9. und 30. März sowie am 13. April, jeweils von 9 bis 11 Uhr, in der Arbeitsagentur im Berufsberatungszentrum (BIZ) statt. Eine Anmeldung per E-Mail an Mainz.BBiE@arbeitsagentur.de ist erforderlich.

Gutenberg-Museum

MAINZ. Am Samstag, 11. März, findet von 10 bis 15 Uhr eine offene Werkstatt für Gruppen und Einzelpersonen zum Drucken und Setzen im Gutenberg-Museum statt. Außerdem wird von 13.30 bis 16.30 Uhr eine Druckvorführung von Ablassbriefen präsentiert. Um 11 Uhr wird zusätzlich eine öffentliche Führung durch die Dauerausstellung angeboten. Anmeldung zur Führung telefonisch unter 06131-242827/888.

Lesung

MAINZ. Am Samstag, 11. März, um 19.30 Uhr lesen Carlotto Hein aus dem Schauspielensemble des Staatstheaters Mainz und die belgische Autorin Adeline Dieudonné im Institut français aus Dieudonnés aktuellem Roman „23 Uhr 12 – Menschen in einer Nacht“. Eintrittskarten an der Theaterkasse, Fuststraße 4, sowie online unter www.staatstheater-mainz.com.

Wunn zu Gast

MAINZ. Der Leiter und Moderator des ZDF-Morgenmagazins und des ZDF-Mittagsmagazins Andreas Wunn liest am Samstag, 11. März, 18.30 Uhr, in der Buchhandlung Bukafski aus seinem Roman „Saubere Zeiten“. Der Eintritt ist frei.

Krimi

HARTENBERG-MÜNCHFELD. Die Arbeiterwohlfahrt in Hartenberg-Münchfeld lädt am Samstag, 11. März, um 16 Uhr zu einer Lesung mit dem Autor Rafael Bravo ein. Er liest in den Räumen der Awo, Am Judensand 69, aus seinem Kriminalroman „Denn der Lohn der Sünde ist der Tod“.

Kampf gegen Verschwendung

Seit etwa einem Jahr ist Mainz „Foodsharing“-Stadt – was das für die Lebensmittel-Rettung bedeutet

Von Anna Merkelbach

MAINZ. Von einer Tonne an Lebensmitteln, die allein in Mainz täglich weggeworfen würde, schrieb die Pressestelle des Landesumweltministeriums Anfang des Jahres. Die Vertreter der Stadt Mainz können diese „offenkundig hochgerechnete Zahl“ nicht kommentieren, denn ihnen fehlten die erforderlichen Kontroll- und Messmechanismen, um selbst eine konkrete verlässliche Zahl zu ermitteln. Dass allerdings „bundesweit immer noch ein enormer Ressourcenverlust durch die Verschwendung von Lebensmitteln“ entsteht, steht für die Umweldezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) außer Frage. Was wird also auf kommunaler Ebene in Politik und Gesellschaft getan, um das zu ändern? Die Ortsgruppe der Initiative „Foodsharing“ und der daraus entstandene Verein „Krumm & Schepp“ (ehemals „Café Rettich“) haben sich dem Retten von Lebensmitteln in Mainz verschrieben. Die Stadtverwaltung will beide unterstützen. Vor etwa einem Jahr, im Frühjahr 2022, hat der damalige Oberbürgermeister Michael Ebling eine Resolution unterschrieben und der Initiative „Foodsharing“ damit offiziell die Unterstützung der Stadt zugesagt. Mainz wurde „Foodsharing“-Stadt. Der Verein „Krumm & Schepp“ hat im letzten August ebenfalls ein „Unterstützungsschreiben“ von der Umweldezernentin Janina Steinkrüger erhalten. Auch wenn sich die Pressevertreter beider Initiativen für darüber zeigen, kratzt die Unterstützung der Stadt derzeit offenbar noch an der Oberfläche.

Stadt informiert über Ressourcenverschwendung

Gespräche bezüglich möglicher Unterstützungsangebote würden geführt und Tipps zum weiteren Vorgehen gegeben, wie die Umweldezernentin schreibt. „Auch wenn die Stadt in der Kommunikation eher eine passive Rolle spielt, sind wir vor allem durch die gemeinsame Pressemitteilung und die von uns organisierte Resolutionseier bei diversen Gremien



Jährlich landen Millionen Tonnen Lebensmittel einfach im Müll – auch in Mainz wird trotz Rettungsbemühungen von Vereinen immer noch sehr viel Essen weggeschmissen. Foto: dpa

im Kopf geblieben“, erläutert Julia Löffler von der Politik-AG der Mainzer „Foodsharing“-Initiative die bisherigen Auswirkungen der städtischen Bemühungen. Sie bekämen zudem Einladungen zum Netzwerken vom städtischen „Agenda 2030“-Büro, was auch die Kosten für Stadtmieten, wie beim Rheinland-Pfalz-Tag, übernehme. Das Agenda-Büro im Amt für Stadtforschung und nachhaltige Stadtentwicklung koordiniert die lokale Umsetzung der „Agenda 2030 Musterresolution“ der Vereinten Nationen in Mainz. Eine Resolution, mit deren Unterzeichnung sich Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort und weltweit bekennen und signalisieren, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen ergreifen. Durch die Arbeit im Mainzer Umweltladen informiere die Stadt außerdem beispielsweise über

Ressourcenverschwendung und den Einfluss von Ernährung und Lebensmittelindustrie auf den Klimawandel, so Steinkrüger.

Kritik: Andere Städte „besser aufgestellt“

„Foodsharing“ wünscht sich für die Zukunft vor allem eine tiefere Zusammenarbeit mit der Stadt beim Thema „Fairteiler“, womit Schränke im öffentlichen Raum gemeint sind, mithilfe derer Lebensmittel unkompliziert verteilt werden können. Diese „würden wir gern vermehrt auf städtischem Grund oder in städtischen Einrichtungen etablieren“, so Löffler. In städtischen Einrichtung gäbe es den Vorteil, dass sie dort Kühlschränke aufstellen könnten, um so auch kühlpflichtige Lebensmittel zu „fairteilen“. „Ein solcher Ort fehlt in Mainz derzeit noch komplett, da sind andere Städte deutlich besser aufgestellt“, er-

läutert Löffler. Für den ehemaligen „Fairteiler“ am Bonifatius Platz suchten sie inzwischen seit mehreren Monaten nach einem neuen Ort. Auch „Krumm & Schepp“ hatte im letzten Jahr mit einigen Hürden zu kämpfen. Sie wollen in einem Café vor der Mülltonne gerettete Lebensmittel anbieten und dort obendrein Workshops, Lesungen, Filmvorführungen über den Umgang mit Lebensmitteln veranstalten. Nach der „Foodsharing“-Aktion zusammen mit dem „Kochbus Rheinland-Pfalz“ im Oktober 2022 Gutenberg-Platz, kam allerdings der Dämpfer: Ihren damaligen Namen „Café Rettich“ durften sie nicht behalten – „Rettich“ ist als Wortmarke geschützt. Eine Einigung mit der Rechteinhaberin der Wortmarke sei nicht möglich gewesen, wie Alexander Mroß erzählt, der sich um die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins kümmert. So gingen mehrere Monate ins

Land, bis ein neuer Name gefunden und letztlich offiziell eingetragen war. Das habe dem Team viel Energie geraubt. Auch die Raumsuche dauere immer noch an. Es sei momentan schwierig, günstig etwas anzumieten. Dennoch ist das „Krumm & Schepp“-Team optimistisch. „Wenn es ohne Steine weitergeht“, sei Herbst für die Eröffnung realistisch. Ab Frühjahr wollen sie bereits an Schulen in Mainz Workshops im Bereich Nachhaltigkeitsbildung durchführen, die dann im Café weitergehen sollen, sobald ein Raum gefunden ist. Bei der Finanzierung hoffe der Verein auf die langfristige Förderung durch die Stadt und das Land sowie durch Spenden – beispielsweise um zwei Vollzeitstellen schaffen zu können. Ein ausgefeiltes Konzept, in dem das Projekt konkretisiert wird, gibt es nun auch. Daran möchte die Stadt mit weiteren Gesprächen anknüpfen.

LESERBRIEFE
Zu Fastnacht. Grenzen des Humors und politischer Korrektheit. Vergleiche wirken schizophoren

Es wird hierbei offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen. Ein harmloses Indianer-Kostüm zugleich mit Massengräbern von indigenen Kindern zu vergleichen oder gar mit Kostüm eines KZ-Häftlings oder eines Vergewaltigungsopfers erscheint schizophren. Erhebt sich die Frage, ob Humor und politische Korrektheit überhaupt zusammenpassen. War Christiane mal Christian oder umgekehrt, diesen Witz darf man geschmacklos finden. Eine AfD darf der närrische Kabarettist als nutzlose, rassistische und extremistische Partei, geführt von radikalen, gestörten und gescheiterten Persönlichkeiten beschimpfen und diese sogar im Deutschen Bundestag als einen Haufen ungehobelter Arschlöcher beglückwünschen. Die Narrenschar jubelt. Ist das deutsche Demokratie? Die Fastnacht soll der Gesellschaft einen Spiegel vorhalten. Wo bleibt der Spiegel, um die größten Verbrechen der katholischen Kirche der Öffentlichkeit vorzuhalten? Kein Wort darüber. In fünf Kontinenten werden junge Nonnen von Priestern als Sexsklavinnen missbraucht. Tausende uneheliche Kinder katholischer Priester dürfen sich nicht zu ihren Vätern bekennen und die Väter sich nicht zu ihren Kindern, sonst verlieren sie ihren Job. Am 3. März wird das Missbrauchsgutachten des Bistums Mainz der Öffentlichkeit vorgestellt mit Blick in Abgründe. Das Heile Gansje wäre tröstlich. „Als überzeugter Christ kann man nicht wirklich sehen ein – warum soll Sexualität nur schlecht und schmutzig sein. Schmutzig darin sind wirklich nur Ideen manch‘ hoher Herrn. Tun’s heimlich und mit Kindern gar – und täten es doch so gern. Soll man der Kirche neu vertrauen – So geht das nur mit dem Geist von Frauen. Heile, heile Gansje – wir brauchen frischen Mut. Das Käztje hat e Schwänze – es wird bald wieder gut. Heile, heile Mause-speck – die alten Zöpfe müssen weg.“

Ursula Walther
Ingelheim

BLAULICHT

Mit Schreckschusswaffe gedroht

MAINZ (red). Ein Streit zwischen vier augenscheinlich jugendlichen Personen eskalierte am Sonntagvormittag in Marienborn durch den Einsatz einer Schreckschusswaffe. Ein Zeuge beobachtete, wie gegen 11.30 Uhr eine Gruppe jugendlicher in der Straße „Am Sonnenhang“ in Streit geriet. Plötzlich zog einer eine Schreckschusswaffe, zielte damit auf einen anderen Jugendlichen und gab einen Schuss in dessen Richtung/Gesicht ab. Hiernach

sammelte der Schütze noch die Patronenhülse auf und flüchtete auf einem Mofa mit scheinbar abgelaufenem Versicherungskennzeichen. Der junge Mann, auf den geschossen wurde, und der Rest der Gruppe machten sich davon. Der Täter von kräftiger Statur soll blonde Haare und eine dunkle Oberbekleidung getragen haben. Eine Fahndung blieb ohne Erfolg. Zeugenhinweise an die Polizei, Tel. 06131-654310, oder E-Mail an pimainz3@polizei.rlp.de.

AUF EINEN BLICK

Wer zahlt die Zeche?

MAINZ (ess). Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt für kommenden Montag, 13. März, zum sogenannten Pub-Quiz in den „Salon 3Sein“. Große Bleiche 60-62, ein. Ab 19 Uhr wird zum Thema „Wer zahlt die

Zeche?“ gequitzt. Als Gesprächspartnerin ist zudem Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) zu Gast. Anmeldungen bis Sonntag, 12. März, online unter www.fes.de/lnk/4xs.

Meisterkonzert in Rheingoldhalle

MAINZ (sha). Motto der Meisterkonzerte am Sonntag, 12. März, 19.30 Uhr, ist „Erkennen Sie die Melodie!“. In der Rheingoldhalle kommen

Werke von Smetana, Mozart und Dvorák zu Gehör. Weitere Infos/Tickets online unter www.mainz-klassik.de oder Telefon 06249-8057774.

– Anzeige –

„Lesen ist der Schlüssel zu Wissen und Bildung! Deswegen engagieren wir uns als Medienhaus bereits seit Jahrzehnten für die Förderung der Lesekompetenz junger Menschen, denn diese ist der Türöffner für Selbstbestimmung, Teilhabe und Erfolg im Leben!“

Joachim Liebler,
Sprecher der Geschäftsführung
VRM GmbH & Co. KG

Machen auch Sie mit.
Mehr Informationen unter
www.vrm-leseprojekte.de

VRM
Engagement

Ziviler Ungehorsam in Zeiten der Klimakrise

Raúl Semmler setzt sich auf die Straße, blockiert den Verkehr, klebt sich mit den unterschiedlichsten Mitteln fest, lässt sich beschimpfen und wegtragen. Er bekommt aber auch Zuspruch und Unterstützung. Wofür das Ganze?

RHEINHESSEN. Er ist einer von vielen Klimaaktivisten, war mal ein gefragter Schauspieler und Drehbuchautor. Semmler hat unter anderem in Serien wie SOKO Leipzig und Polizeiruf 110 mitgespielt. Er hat bei dem Film „Die Päpstin“ und den Nibelungen-Festspielen mitgewirkt. Jetzt ist er Klimaaktivist und auf der Straße unterwegs. Was bewegt ihn, warum hat er sein Leben geändert?

Herr Semmler, Sie wohnen in Mannheim und gehen in Mainz, München, Berlin und Heidelberg demonstrieren. Sind Sie ein Klima-Aktivist-Demonstrations-Tourist?

Ich war schon an vielen Orten in Deutschland protestieren. Ich glaube, da fehlen sogar noch einige Städte in der Aufzählung. Ich habe mich im April 2022 dazu entschlossen, mich Vollzeit auf den Protest zu konzentrieren, würde mich aber nicht als Protest-Tourist bezeichnen.

Sie sind eigentlich Schauspieler und Drehbuchautor, haben einen eigenen Wikipedia-Eintrag. Wie finanzieren Sie Ihr Leben?

Ich bekomme unter anderem Geld für Vorträge und Protesttrainings. Auch Sprechaufträge übernehme ich. Hierbei achte ich aber mittlerweile auf die Nachhaltigkeit der Unternehmen und deren Produkte, für die ich Werbung mache. Unter anderem unterstützt mich auch meine Frau.

INTERVIEW

Sie behaupten, Ihr Widerstand sei friedlich. Das sehen die Autofahrer und Kunstliebhaber anders.

Erst mal vorweg: Es gibt immer wieder Zuspruch von Passanten und Autofahrern. Klar, es gibt auch Autofahrer, die sich über uns ärgern. Schließlich werden sie in ihrem Alltag gestört. Wir haben schon viel in die Wege geleitet, mit Petitionen und Demonstrationen, leider hat die Politik darauf nicht reagiert. Eine öffentliche Straße ist auch für den Protest da. Frauenrechte oder Rechte für Schwarze wurden auch auf der Straße erkämpft, das sollten wir nicht vergessen.



ZUR PERSON

► Raúl Semmler wurde 1984 in Jena geboren und ist von Beruf Schauspieler und Drehbuchautor und Klimaaktivist. Er ist verheiratet, lebt in Mannheim.

Gibt es bei den Aktionen eine Rettungsgasse?

Natürlich, die Rettungsgasse wird bei uns immer berücksichtigt. Nur manchmal muss man auch bei den Autofahrern nachhelfen.

Haben sich die Reaktionen auf Ihren Protest verändert?

Ich beobachte seit einigen Wochen, dass die Aggressivität auf der Straße zugenommen hat. Leider werden die Autofahrer von bestimmten Medien immer wieder aufgefordert, „zieht die Leute von der Straße, das ist Notwehr.“

Wie sehen Sie den Vergleich zur RAF?

Wir kommen aus einer friedlichen Tradition, haben einen ganz anderen Background, auch unsere Sprache ist eine andere. Menschen, die zu Waffen greifen – das ist so krass weit weg. Es gibt friedliche Bewegungen und es gibt gewaltvolle Bewegungen. Dieser RAF-Vergleich wird nur benutzt, um uns zu diffamieren. Es ist völlig absurd.

Warum ist es dann in Lützerath zu Gewalttaten gekommen?

Das waren nicht unsere Leute in Lützerath. Es gibt auch militante Gruppen in der Klimagerechtigkeitsbewegung, das hat aber nichts mit uns zu tun.

Ist der gewaltfreie Protest alternativlos für Sie?



Die Hand, die mit einer Mischung aus Sand und Sekundenkleber so festgeklebt wurde, dass man sie in Mainz nur mit dem Asphalt von der Straße lösen konnte.
Fotos: Sascha Kopp

ein Punkt erfüllt, gehen wir von der Straße.

Kleben lassen? Ist mir noch nicht passiert. Die Polizei hat eine Sorgfaltspflicht. Und ich trage nicht jedes Mal eine Windel, wenn ich mich festklebe. Es kommt auf die Größe des Protests an.

Wie sehen Sie die Begrifflichkeit „Klimakleber“?

Ich finde, unser Protest wird dadurch banalisiert, runtergebrochen, nur aufs Kleben und irgendwas mit Klima. Es wird versucht, den Kern zu verwischen.

Und wie ist es mit der Bezeichnung „Letzte Generation“? Ist das nicht anmaßend?

Wir sind die Letzte Generation, die den Klima-Kipp-Punkt noch abwenden kann. Der Mensch verdrängt gerne. Das fängt damit an, dass die Leute sich nicht informieren, wo die Bezeichnung „Letzte Generation“ herkommt, und es hört damit auf, dass der Kleber schädlich für die Haut sei. Es ist ein nerviges Thema und gefühlt gewinnen wir so wenig dabei. Aber es werden durch die Klimakrise Dinge verschwinden, ob es der Kakao ist, der Kaffee oder das Wasser im Rhein, Main oder wo auch immer.

Wollen Sie einmal Kinder haben?

Ich habe die Frage für mich noch nicht abschließend geklärt.

Was passiert mit dem Protest, wenn Sie feststellen, es geht nicht weiter?

Das ist mir zu hypothetisch, diese Frage.

Hat Sie persönlich der Protest auf der Straße verändert?

Ja, in verschiedenen Punkten, ich habe ein differenzierteres Bild von der Polizei bekommen, aber auch vom Staat und den Politikerinnen. Aber auch wie ich mit stressigen Situationen umgehe, da habe ich viel zugelehrt.

Was würde passieren, wenn man Sie einfach auf der Straße kleben lassen würde? Tragen Sie zum Beispiel eine Windel?

Wie lange hat Ihre bislang längste Protestaktion gedauert?

Das waren mal fünf Stunden in Berlin. Die technische Einheit hatte länger gebraucht. Wir waren an verschiedenen Stellen, hatten uns mit Zweikomponentenkleber festgeklebt, das hat dann für uns länger gedauert. Aber wir haben Tee bekommen und es gab spannende Gespräche.

Hatten Sie damals in Mainz Angst, Ihre Hand zu verlieren?

Nein, das hatte ich nicht. Ich wusste auch, wie man sich von Asphalt löst. Aber in der Situation war es schon beängstigend, ich hatte ja nichts gesehen, weil ich mit einer Decke geschützt wurde. Die ganzen Vibrationen... Erst kam eine große Flex, dann eine kleine, später noch ein Presslufthammer, das war mir so nicht bewusst.

Was hat Sie in letzter Zeit besonders beeindruckt?

Ich erlebe gerade sehr viele Menschen meines Alters, die zu unserem Protest dazukommen. Ja, warum nicht mal ein oder zwei Jahre ein Klimajahr einlegen? Ich hatte auch ein Telefonat mit einem 80-Jährigen, der sich um die Straße setzt.

Wo sehen Sie sich in einem Jahr und in fünf Jahren?

So wie die Situation momentan aussieht, im Gefängnis, in einem Jahr und in fünf Jahren auch. Ich habe schon mehrere Strafbefehle, da werde ich um eine Haftstrafe wohl nicht herumkommen.

Das Interview führte Sascha Kopp.



Es ist der Protest, der in der Geschichte am erfolgreichsten war. Ich möchte auch nicht anders handeln, ich bin dem Buddhismus sehr nahe, ich kann nicht anders als gewaltfrei.

Tauschen Sie sich auch mit anderen Menschen aus, die nicht in dieser Blase sind?

Ja doch, ich habe unter meinen Freunden Ärzte, Künstler, Musiker – ganz verschiedene Menschen, und die haben

auch andere Meinungen. Natürlich ist es schwierig, wenn der befreundete Arzt einen Sportwagen fährt, das zusammenzubringen, ist nicht einfach. Aber auch ich habe mal Feierabend.

Normalerweise bekommt man die angeklebten Hände mit Olivenöl, Spachtel und Geduld von der Straße ab. Nur im Fall von Raúl Semmler musste der Asphalt in Mainz mit entfernt werden.
Fotos: Sascha Kopp

Wann hören Sie mit dem Protest auf – oder geht das für Sie immer weiter?

Ich möchte das nicht für immer und ewig machen. Ich möchte gerne wieder in mein Leben zurück. Wieder Drehbücher schreiben. Ich möchte Serien schreiben, damit sich die Leute im Feierabend entspannen können. Wir fordern den Gesellschaftsrat, das 9-Euro-Ticket und das Tempolimit. Wird davon nur

HEUTE VRM-LIVE-TALK

► Mainz (kl). Schaden oder nutzen die Aktionen der „Klima-Kleber“ ihrem Anliegen, den Klimawandel zu stoppen? Reagiert der Staat angemessen auf die illegalen Aktionen und Beeinträchtigungen des Verkehrs? Wo endet legitimer Protest und ziviler Ungehorsam, wo beginnt die Nötigung der Mehrheit durch eine kleine Minderheit? Droht eine weitere Radikalisierung der Bewegung? Wie sollten die Medien mit den Störaktionen umgehen? Diese und weitere Fragen wollen wir bei unserem VRM-Live-Talk am 8. März (19 Uhr) diskutieren. Der Livestream ist auch auf den Social-Media-Auftritten unserer Nachrichtenportale zu verfolgen.



POLITIK

Massenproteste in Israel

TELAVIV (dpa). Mit einem landesweiten „Tag der Störung“ haben am Donnerstag in Israel Tausende Menschen gegen die geplante Justizreform der rechts-religiösen Regierung protestiert. In zahlreichen Städten gab es Kundgebungen. Die Justizreform schreitet trotz heftiger Proteste voran. Nach Medienberichten könnte sie im Schnellverfahren bis April abgesegnet werden. Nach Plänen der Regierung soll es dem Parlament künftig möglich sein, mit einfacher Mehrheit Entscheidungen des Höchstes Gerichts aufzuheben. Außerdem sollen Politiker bei der Ernennung von Richtern mehr Einfluss erhalten. Oppositionsführer Jair Lapid äußerte die Sorge, nach Umsetzung der Reform könnte es in Israel „nie wieder Wahlen“ geben. „Es wird hier keine Demokratie mehr geben“, warnte der ehemalige Ministerpräsident, der im vergangenen Jahr die Wahl gegen Netanjahu verloren hatte.

Anschlag in Tel Aviv

TELAVIV (dpa). Bei einem Anschlag im Zentrum der Küstenstadt Tel Aviv sind am Donnerstagsabend mindestens drei Menschen durch Schüsse verletzt worden. Das Ichilov-Krankenhaus teilte mit, einer der Verletzten schwebt in Lebensgefahr. Das israelische Fernsehen berichtete, der palästinensische Täter sei von Polizisten erschossen worden. Es handele sich um ein 23 Jahre altes Mitglied der im Gazastreifen herrschenden islamistischen Organisation Hamas. Die Polizei suche in der Umgebung nach noch möglichen Helfern des Attentäters. Der Anschlag ereignete sich, während zahlreiche Menschen auch in Tel Aviv gegen die kontroverse Justizreform in Israel demonstrierten. Die Schüsse fielen auf der belebten Dizengoff-Straße ganz in der Nähe des Orts eines Anschlags, bei dem ein Palästinenser im April 2022 drei Israelis getötet und weitere verletzt hatte.

Letzte Überlebende tot

MÜNCHEN (dpa). Die letzte Überlebende der Widerstandsgruppe Weiße Rose, Traute Lafrenz, ist tot. Sie starb am 6. März im Alter von 103 Jahren im US-Bundesstaat South Carolina, wie die Weiße Rose Stiftung am Donnerstag mitteilte. „Über Jahrzehnte war Traute Lafrenz eine diskrete und eindrucksvolle Zeugin der Weißen Rose.“ Traute Lafrenz kam 1919 in Hamburg auf die Welt und wechselte 1941 als Medizinstudentin an die Münchner Universität. Im Sommer lernte sie Hans Scholl auf einem Konzert kennen. Im März 1943 wurde Lafrenz selbst festgenommen und wegen „Mitwisserschaft“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Im April 1945 wurde sie von US-Truppen aus dem Zuchthaus Bayreuth befreit, 1947 emigrierte sie in die USA.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion

E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:

Klaus Thomas Heck, Michael Klein, Ute Siegfried-Henkel, Sigrid Babs, Ken Chownatze, Florian Giezwski, Jörg Hamann, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kammerer, Constantin Lummisch, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Nicole Suchert, Nina Wadmundt.

Heiligt der gute Zweck die Mittel?

Letzte Generation: Wie weit darf Klima-Aktivismus gehen? Beim VRM-Live-Talk prallen die Meinungen aufeinander

Von Jens Kleindienst

MAINZ. Nach wenigen Minuten wird es emotional: Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) wirft dem Klima-Aktivistin Jakob Beyer vor, seine Leute hätten „das Grundgesetz besudelt“. Der Attackierte antwortet mit dem Hinweis: „Nach zehn Minuten war alles wieder sauber.“ Nicht die Debatte über die vielen Straßenblockaden offenbarte den tiefen Graben zwischen den Diskutanten auf dem Podium, sondern eine Aktion der Letzten Generation, bei der am Wochenende in Berlin eine Glasskulptur mit Grundgesetzartikeln mit Öl beschmutzt wurde. Der SPD-Politiker Michael Roth hat die Aktivisten daraufhin mit den afghanischen „Taliban“ verglichen – wovon sein Parteifreund Ebling sich an diesem Abend ausdrücklich distanziert.

Damit ist der Rahmen gesetzt: Höflich im Ton, prallen die Ansichten in aller Härte aufeinander. Im Kern geht es um die Fragen, ob die Protestformen der Letzten Generation legitim und damit letztlich zu tolerieren seien, und ob sie dem Ziel

„Es gibt Grenzen, und die sind längst überschritten.“

Michael Ebling, Innenminister von Rheinland-Pfalz

der Klimaneutralität dienen oder eher das Gegenteil erreichen. Ebling und Becker bilden die Pole, während der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Tanjev Schultz und die rheinland-pfälzische BUND-Vorsitzende sich bemühen, Brücken zu bauen.

Wie weit darf Klima-Aktivismus gehen, fragen die Moderatoren Tobias Goldbrunner und Dennis Rink den Aktivisten Beyer. „Der Protest muss und wird immer friedlich bleiben“, antwortet dieser. Die Frage sei eher, wie weit Politik noch gehen dürfe. Das 1,5-Grad-Ziel sei völkerrechtlich bindend, die Bundesregierung habe sich mit ihrem Klimaschutzgesetz dazu verpflichtet, es einzuhalten. „Denn werden sämtliche selbst gesteckten Ziele nicht erfüllt, das zwingt uns zum Handeln.“ Und weiter: „Wir brauchen riesige Veränderungen, doch nicht einmal die einfachsten Dinge werden umgesetzt, und



VRM-Live-Talk zum Klimaschutz: Mit den Moderatoren Dennis Rink (ganz links) und Tobias Goldbrunner (ganz rechts) diskutieren (von links) Sabine Yacoub (BUND Rheinland-Pfalz), Tanjev Schultz (Uni Mainz), Michael Ebling (SPD, Innenminister Rheinland-Pfalz) und Jakob Beyer (Letzte Generation).

Foto: Sascha Kopp

wir haben kaum noch Zeit.“ Ebling antwortet, für ihn seien bei den Protesten die Grenzen des Hinnehmbaren längst überschritten. Er könne zwar gut nachvollziehen, dass es vielen nicht schnell genug gehe. Doch heiße das nicht, dass man sich „gegenüber anderen selbst überhöht und Gesetze bricht. Es gibt Grenzen, und die sind längst überschritten.“ Aktionen wie die in Berlin kennen er sonst „nur von abgedrehten radikalen Gruppen in der Welt“. Beyer erwidert, die Grundgesetze seien erst einmal nur Tafeln, die Politik müsse das darauf Geschriebene mit Leben füllen. „Die Bundesregierung ist laut Verfassung verpflichtet, auch die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu schützen. Das tut sie nicht, und darauf wollen wir aufmerksam machen.“ Tanjev Schultz diagnostiziert

ein „Kommunikationsproblem“. Es sei schwierig, „dass hier gerade etwas eskaliert“. Für die einen gehe es darum, die Menschenwürde zu beschützen, die anderen sähen sie im konkreten Fall besudelt. Schultz riet Ebling zu mehr Gelassenheit und einem Blick auf die Geschichte seiner Partei. Auch Sozialdemokraten hätten immer wieder mit Gesetzesrechten für den Fortschritt gestritten, ziviler Ungehorsam habe in der Bundesrepublik eine lange Tradition. Und an Ebling gerichtet: „Ich wundere mich, wie rechtsstaatlich eingeeignet viele Sozialdemokraten argumentieren. Sie waren schon mal mutiger.“

Nutzen die Aktionen der Letzten Generation im Kampf gegen den Klimawandel? „Ja, es hilft“, sagt Sabine Yacoub vom BUND. Das Thema sei heute viel mehr präsent als vor

einem Jahr. Jede Gruppe müsse über ihre Protestformen entscheiden, einzige Bedingung sei Gewaltfreiheit. Die Reaktionen auf die Straßenblockaden nennt Yacoub „übertrieben“. Auch frühere Umweltschritte hätten den Verkehr gestört und lange Staus verursacht. Beyer

„Die Störungen sollen so groß werden, dass man daran nicht mehr vorbeikommt und wirklich über die Inhalte geredet wird.“

Jakob Beyer, Sprecher der Letzten Generation

betont, man werde weiter Straßen blockieren: Die Störungen sollen so groß werden, dass man daran nicht mehr vorbeikommt und wirklich über die Inhalte geredet wird. Für den einen oder anderen werde diese Form der Selbstermächtigung mit einer Gefängnisstrafe enden, prophezeit Ebling. Beyer ist das klar, vor einigen Monaten saß er 23 Tage in Haft. „Wir stehen mit unserem Gesicht für das, was wir machen. Ich werde nicht wegnemen.“

Um die Dringlichkeit zu illustrieren, zitiert Beyer ein Bild, mit dem der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber das Nichthandeln der Politik illustriert habe: „Wir setzen

unsere Kinder in einen globalen Schulbus, der zu 99 Prozent tödlich verunglücken wird.“ Bei Ebling sorgt das für Kopfschütteln: „Ich weiß nicht, ob es irgendwie hilft, die Bilder möglichst drastisch, blutig und damit übertrieben zu zeichnen. Das ist nicht mein Bild von Zukunft und Zuversicht.“

Wie man auf diese Auseinandersetzung mal in einigen Jahren schauen werde, hält Schultz für offen. Viele Protestbewegungen scheiterten zwar mit ihren unmittelbaren Forderungen, lösten aber langfristige Veränderungen aus. Als Beispiel führt Schultz die Friedensbewegung in den achtziger Jahren an. Yacoub betont: „Protest muss spürbar sein, sonst wird er nicht wahrgenommen.“ Demokratische Institutionen merkten oft nicht, dass sie nicht mehr funktionierten, deshalb brauchten sie Nachhilfe von der Straße.

Zum Ende der Diskussion überrascht Beyer mit einer Prognose. Auf die Frage, ob es die Letzte Generation in einem Jahr noch geben werde, antwortet er: „Sie gibt es dann nicht mehr, weil wir auf der Straße schon einen Druck kriegen konnten, dass die Politik endlich ins Handeln gekommen ist. Dann braucht es einen solchen Protest nicht mehr.“ Ebling verspricht zur Unterstützung viele neuen Windräder und Fotovoltaikanlagen in Rheinland-Pfalz.

Berlin: CDU und SPD vereinbaren erste Projekte

BERLIN (dpa). CDU und SPD in Berlin haben sich bei ihrem ersten Treffen zu Koalitionsverhandlungen auf eine Reihe gemeinsamer Projekte verständigt. Dazu gehört die Modernisierung der Berliner Verwaltung, mehr Personal für Polizei und Rettungskräfte, das Vorantreiben der Schulbauoffensive und die Stärkung des ÖPNV durch ein dauerhaftes 29-Euro-Ticket. Darauf einigte sich das Kernteam der Verhandler am Donnerstag, wie Vertreter der beiden Parteien anschließend mitteilten. „Wir haben gerungen, wie wir Berlin noch besser machen“, sagte der CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner. Die Regierende Bürgermeisterin und SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey ergänzte, dabei lasse sich auf vieles aufbauen, was schon von Rot-Grün-Rot vorbereitet worden sei.

Koalitionsvertrag soll bis Anfang April stehen

Die Ergebnisse des ersten Treffens wurden in einem gemeinsamen achtseitigen Sondierungspapier festgehalten. Die Dachgruppe will sich am Mittwoch das nächste Mal treffen, 13 Arbeitsgruppen sollen schon am kommenden Montag über Fachthemen weiterverhandeln. Anfang April soll der Koalitionsvertrag vorliegen. Bei der CDU muss dem ein Parteitag anschließend noch zustimmen. Bei der SPD ist ein Mitgliedervotum geplant.



Berlins CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner und die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) zeigen sich vor Koalitionsverhandlungen optimistisch. Foto: dpa

Härtere Strafe für IS-Rückkehrerin?

KARLSRUHE (epd). Nach dem Tod eines versklavten jesischen fünfjährigen Mädchens droht der IS-Rückkehrerin Jennifer W. eine härtere Haftstrafe.

Wie der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe entschied, ist das Oberlandesgericht (OLG) München mit seiner verhängten zehnjährigen Freiheitsstrafe fehlerhaft von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Versklavung mit Todesfolge „in einem minder schweren Fall“ ausgegangen. Das OLG habe nicht die „menschlichen verachtenden Beweggründe und Ziele“ der Angeklagten berücksichtigt, urteilte der BGH. (AZ: 3 StR 246/22) Die zum Islam konvertierte Jennifer W. hatte sich Ende August 2014 dem Islamischen Staat (IS) im syrischen Raqqa angeschlossen. Sie heiratete den für den IS als Geisteraustreiber tätigen Taha Al-J. Dieser hatte kurz zuvor die gefangene Jesidin Nora B. und ihre fünfjährige Tochter als „Hausklaven“ gekauft. Als das Mädchen sich auf einer Matratze eingeklinkt hatte, wollte Taha Al-J. das Kind bestrafen. Er ketzte die fünfjährige bei bis zu 51 Grad Celsius in der Mittagshitze ohne Wasser und Nahrung an einen Außengitter. Das Kind erlitt einen Hitzschlag und starb. Jennifer W. sah tatenlos zu. Das OLG muss nun über den Fall entscheiden.

Faeser will eine europäische Lösung

Seit Jahren streiten die EU-Staaten über die Migrationspolitik – nun setzen die Innenminister auf einen großen Reform-Wurf

BRÜSSEL (dpa). Ungeachtet nur zäher Fortschritte in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik setzt Bundesinnenminister Nancy Faeser auf eine umfassende Reform bis zur Europawahl im Frühjahr 2024. „Die Asylpolitik in Europa auf gemeinsame Füße zu stellen, das ist immer noch mein größtes Ziel und auch das größte Ziel vieler anderer Länder“, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag in Brüssel. Es seien bereits viele Teile der Reform beschlossen. Diese Arbeit müsse noch in diesem Jahr zu Ende gebracht werden. Dies ist notwendig, damit die Gesetze noch in dieser Legislaturperiode angenommen werden können. Hintergrund sind die Vorschläge der EU-Kommission für eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik vom September 2020, die einen langen Streit der Mitgliedstaaten überwinden sollten. Tatsächlich umgesetzt

sind bislang nur kleinere Teile wie ein ausgeweitetes Mandat der EU-Asylagentur. Der genaue Termin für die Europawahl im nächsten Frühjahr steht noch nicht fest.

Die EU-Staaten verständigten sich im Sommer zwar auf verschärfte Regeln an den europäischen Außengrenzen und eine Reform der Datenbank zur Abnahme von Fingerabdrücken. Einigungen mit dem EU-Parlament bei diesen Themen stehen jedoch noch aus. Hinzu kommt, dass die 27 Staaten beim Kern einer möglichen Reform – der Frage nach einer Verteilung von Schutzsuchenden und anderen Formen der Solidarität – weit von einer Lösung entfernt sind.

Derzeit ist nach den Dublin-Regeln meist jeder EU-Staat für einen Asylantrag zuständig, auf dessen Boden der Schutzsuchende zuerst europäischen Boden betritt. Länder wie Deutschland und die Niederlan-



Wie reagiert die Europäische Union auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Migranten? Die EU-Innenminister ringen um eine große Lösung bis zur Europawahl im Frühjahr 2024. Archivfoto: dpa

den dringen darauf, dass die Regeln befolgt werden. Staaten an den Außengrenzen fordern dagegen mehr Unterstützung. Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht an die Dublin-Regeln zu halten.

Weil es bei der Frage der Verteilung von Schutzsuchenden kaum vorangeht, konzentrierten sich die EU-Staaten zuletzt darauf, die Außengrenzen besser zu schützen. Zudem soll durch Zusammenarbeit mit

Transit- und Herkunftsländern etwa in Afrika dafür gesorgt werden, dass sich möglichst wenige Menschen auf den Weg machen.

Faeser sagte nun: „Es kann nicht sein, dass wir nur darüber reden, ob die Grenzen rund um Europa hochgezogen werden, sondern es geht darum, ein gemeinsames Asylsystem zu haben mit einer gerechten Verteilung.“ Ohne eine solche gerechte Verteilung werde es keine Lösung geben. Die Ministerin kündigte an, dass Deutschland Überlebende des Bootsglücks mit mehr als 70 toten Migranten vor der Küste Süditaliens Ende Februar aufnehmen werde. Eine konkrete Zahl nannte sie nicht.

Auch EU-Innenkommissarin Ylva Johansson machte deutlich, dass sie an eine Einigung bis Anfang 2024 glaubt. „Wir stehen unter Zeitdruck. Aber es ist kein unrealistischer Zeitplan, den wir verfolgen.“

AUF EINEN BLICK Woche der Ausbildung

RHEINHESSEN (red). Eine berufliche Qualifikation ist für Arbeitnehmende der Garant für eine nachhaltige Integration am Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite hat die Gewinnung und Ausbildung von Nachwuchskräften eine Schlüsselrolle für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. „Ausbildung ist Zukunft“ – unter diesem bundesweiten Motto steht die diesjährige Aktionswoche der Bundesagentur für Arbeit. Auch die Arbeitsagentur und die Jobcenter in Rheinhessen starten dazu am Montag, 13. März, mit einigen Aktionen an den Standorten in Alzey, Mainz und Worms. Die Aktionen richten sich hauptsächlich an Jugendliche, die am Übergang von Schule und Beruf stehen. Für sie gibt es unter anderem Workshops und ein Bewerbungsunterlagen-Check. Aber auch Erwachsene, die über eine Neuorientierung nachdenken, werden mit einzelnen Angeboten angesprochen. Die Ausstellung „Schule und dann?“ ist in Mainz ab 13. März für zwei Wochen im Foyer der Arbeitsagentur zu sehen und soll über Chancen und Inhalte von MINT-Studiengängen und dualen MINT-Berufen informieren. Das ganze Programm der Woche, Standorte und Teilnahmeoptionen findet man online unter www.arbeitsagentur.de/vor-ort/mainz/woche-der-ausbildung-vom-13-bis-17-maerz-2023.

Arbeiten an der B9

RHEINHESSEN (red). Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) Worms informiert, dass witterungsabhängig ab Montag, 13. März, bis voraussichtlich Anfang April Wartungs- und Reinigungsarbeiten an der Straßenentwässerungsleitung der Bundesstraße 9 zwischen Mainz-Laubenheim und Nackenheim vorgenommen werden. Die Arbeiten werden außerhalb der Hauptverkehrszeiten im Mittelstreifen der B 9 unter laufendem Verkehr zugleich in Fahrtrichtung Worms und in Fahrtrichtung Mainz ausgeführt. Die B9 wird dazu auf einer Länge von etwa 500 Metern auf einen Fahrstreifen verengt. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung der B9 müssen sich Autofahrer auf mögliche Staus einstellen.

Interaktiver Mobilitätsplan

RHEINHESSEN/NAHE (red). Ab sofort können Fahrgäste für das RNN-Gebiet den Live-Mobilitätsplan nutzen. Dieser Plan ermöglicht es, online Auskünfte und Routenvorschläge zum gewünschten Ziel zu erhalten. Außerdem dient er als Fahrplanauskunft und bildet zahlreiche „Points of Interest“ ab. Zusätzlich zeigt der interaktive Liniennetzplan Daten in Echtzeit und stellt künftig auch Umleitungen und Baustellen bildlich dar. Weitere Informationen gibt es auf www.rnn.info.

Rheinhessen-Cup in Nieder-Olm

NIEDER-OLM (red). Der DLRG-Bezirk Rheinhessen richtet am Samstag, 11. März, von 9 bis 17 Uhr im Rheinhessenbad Nieder-Olm den 8. Rheinhessen-Cup aus. Es starten unter anderem die Vizeweltmeisterin der Juniorinnen, Anne Reischauer, und Anna-Fiona Volz, Mitglied der Sportfördergruppe der Bundeswehr und gleichzeitig Medaillenkandidatin für die nächsten großen Weltkämpfe.

Wie gut ist Rheinhessen aufgestellt?

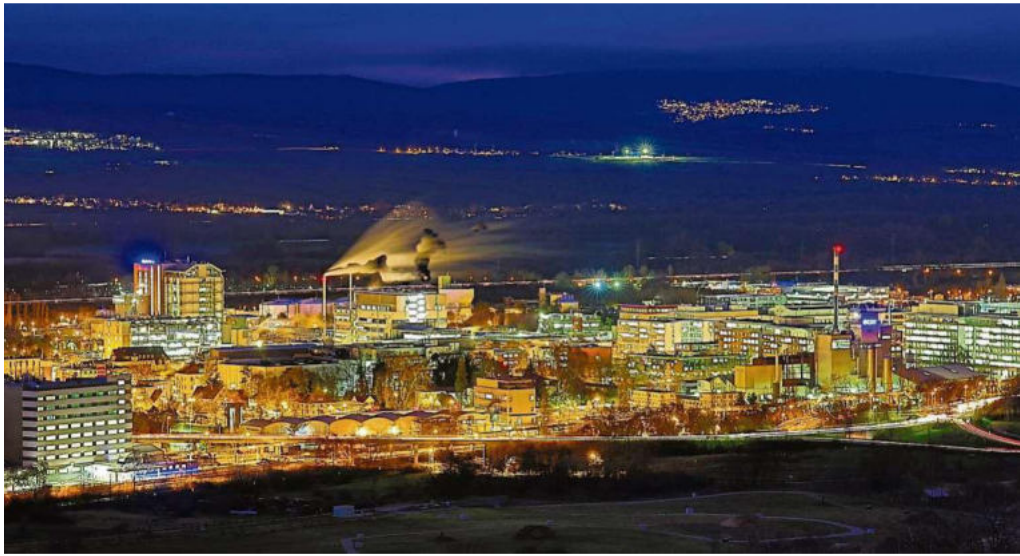
Wo die Wirtschaft im Landesvergleich besonders gut dasteht und wo nachgebessert werden muss

Von Julian Peters

RHEINHESSEN. Geht es ums Gründen, macht den Rheinhessen so schnell keiner etwas vor. Wobei, so allgemein kann man das auch nicht sagen. Und genau das ist das faszinierende am neuen Regionalmonitor, den die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHK) zusammen mit dem Statistischen Landesamt im Januar präsentiert haben. Der ist im Grunde genommen ein riesiger Datenschatz, detaillierter als alles, was zuvor zur Verfügung stand. Mit dem Regionalmonitor können für ganz Rheinland-Pfalz Informationen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nämlich erstmals bis auf die Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Städte und Gemeinden hinab betrachtet werden. Vorher war auf Landkreisebene Schluss – die Daten also deutlich ungenauer. Greift man das Beispiel mit den Gründungszahlen auf, kann man nun also genau sagen, in welchen rheinhessischen Kommunen besonders viele Firmen aus der Taufe gehoben werden – und wo nicht. Fügt man diesen und viele weitere Daten-Bausteine zu einem Bild zusammen, lassen sich neue Schlüsse zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region ziehen. Doch wo liegen sie nun, die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Rheinhessen? Die IHK für Rheinhessen hat sich der Frage angenähert.

Gegründet wird vor allem entlang der Rheinschneise

Bleiben wir beim Thema Gründen: Tatsächlich fällt die Hälfte der 18 rheinhessischen Verwaltungseinheiten in das Cluster der „suburbanen Standorte mit hoher Gründungsintensität“, berichtet die IHK unter Berufung auf Daten des Regionalmonitors. Die Hälfte – aber eben nicht alle. Besonders häufig sind die rheinhessischen Gründer-Standorte nahe der Rheinschneise zu finden, zeichnen sich aus durch überdurch-



Das Werksgelände von Boehringer Ingelheim bei Nacht. Der Pharmakonzern ist ein prägender Wirtschaftsfaktor in der ganzen Region.

Archivfoto: Rainer Oppenheimer

schnittlich viele Akademiker und Spezialisten in der Bevölkerung sowie als attraktive Zugzugsgebiete, gerade für Familien. Für Günter Jertz, Hauptgeschäftsführer der IHK für Rheinhessen, zählt die im Vergleich zum übrigen Rheinland-Pfalz besonders rege Aktivität von Gründern zu den erfreulichsten Erkenntnissen des Regionalmonitors – allen voran in der Landeshauptstadt Mainz: „Der Gründungssaldo ist hier dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt.“ Überhaupt spielt Mainz dank der Biontech-Milliarden bekanntlich mittlerweile in einer eigenen Liga, auch wenn das in den Daten des Regionalmonitors, die momentan aus den Jahren 2015 bis 2020 stammen, so noch nicht abgebildet ist. „Dennoch ist Mainz herausragend als dienstleistungsorientierter Standort mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung“, sagt Jertz. Herausragend ist zudem Ingel-

heim als „Standort mit hoher Innovation und hoher Beschäftigungsquote“, wie Jertz betont. Gemeinsam mit Bundenheim bildet die Stadt dank der dort ansässigen Unternehmen sogar landesweit eine eigene Kategorie an Wirtschaftsstandorten. Es sind laut Regionalmonitor die beiden einzigen „finanzstarken Industriestandorte“ in Rheinland-Pfalz. Blickt man in den Landkreis Alzey-Worms, findet man dort vor allem Regionen, die der Regionalmonitor zu den „Werkbänken“ des Landes zählt. Hier ist produzierendes Gewerbe stärker vertreten, die Bevölkerungsstruktur mehr von Fachkräften als Akademikern geprägt. „Auch die Region Alzey-Worms ist für Familien sehr attraktiv“, betont Jertz. Das auch vor dem Hintergrund, dass sich nicht jeder das Wohnen in der Landeshauptstadt oder der direkten Umgebung leisten könne.

Womit schon eines der Problemfelder angeschnitten wäre. Rheinhessen ist attraktiv, will und muss Fachkräfte anziehen, um wirtschaftlich zu prosperieren. „Viele Standorte in Rheinhessen sind durch komplexe berufliche Tätigkeiten geprägt“, schreibt die IHK dazu. Für diese Tätigkeiten werden Spezialisten und Fachkräfte benötigt. „Doch die Fachkräfte müssen auch irgendwo wohnen“, unterstreicht Jertz. Keine neue Erkenntnis – die durch die Daten des Regionalmonitors allerdings noch einmal bekräftigt wird. Eine andere Baustelle bleibt in Teilen der Region die Anbindung ans Breitbandnetz. „Entlang der Rheinschneise haben wir in den Gewerbegebieten schon eine gute Versorgung. Im Bereich Alzey und Alzey-Land ist das Netz aber noch ausbaufähig“, sagt der IHK-Hauptgeschäftsführer. Sorge bereitet der IHK zudem, dass derzeit viele Kommunen

in der Region, meist auf Druck des Landes, ihre Steuersätze erhöhen. Betroffen sind die Hebesätze von Grund- oder Gewerbesteuer. „Das ist ein großes Risiko“, warnt Jertz. Denn höhere Steuern senken die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinhessen.

IHK fordert mehr Debatten über Gewerbegebiete

Generell wünscht sich Jertz in den rheinhessischen Kommunen „noch intensivere Diskussionen um Gewerbegebiete“, spricht neue Flächen für Unternehmen. „Wir brauchen eine Gewerbeflächen-Vorratspolitik“, fordert Jertz. Man dürfe sich nicht nur mit der Frage befassen, wie Geld, das die Kommunen wie in Mainz durch hohe Steuereinnahmen zur Verfügung haben, ausgegeben wird. Sondern müsse vor allem überlegen, wie man diese Steuereinnahmen über-

haupt erst einmal erzielt – etwa, indem man Unternehmen Platz zum Ansiedeln zur Verfügung stellt.

Wie einzelne Kommunen Rheinhessens, Städte oder Verbandsgemeinden, wirtschaftlich dastehen, wie es vor Ort um Betreuungsquoten im Ganztagsbereich, Gründungs-geschehen, Breitbandversorgung und vieles mehr bestellt ist, das können Kommunen aber auch Interessierte ausgiebig im Regionalmonitor nachlesen. Daten für eine bestimmte Stadt oder Gemeinde stellt die IHK zur Verfügung. Mit den Vertretern einiger Kommunen, etwa den Oberbürgermeistern von Bingen und Ingelheim, sei man schon ins Gespräch gekommen, berichtet Jertz. „Wir stehen für alle Rathäuser und Kreisverwaltungen zur Verfügung“, betont er. Damit künftig jede Kommune genau weiß, wo die Stärken und Schwächen ihres eigenen Wirtschaftsstandorts liegen.

„Wieder ein deutlich zu warmer Winter“

Der Februar war in Rheinhessen sehr mild und viel zu trocken / Unsichere Prognose für den März

RHEINHESSEN. Der deutschlandweit zwölftste zu warme Winter am Stück war in Rheinhessen auch deutlich zu trocken. Am Übergang zum kalendrischen Frühling stehen uns sehr wechselhafte Tage bevor, wie Diplom-Meteorologe Dominik Jung ankündigt.

INTERVIEW

digte. Richtige Frühlingsempfinden bekommt nach Prognose unseres Wetterfroschs erst einmal die Natur.

Herr Jung, 2,6 Grad zu warm, nur 19 Prozent Niederschlag, aber 140 Prozent Sonnenstunden auf der Wetterstation Alzey – was war das denn für ein Februar?

Es war ein typischer Monat für einen Winter in Deutschland – inzwischen. Es war sehr mild. Die Temperaturen sind trotz 15 Frosttagen mit unter null Grad insgesamt in der Kältephase nicht weit nach unten gegangen, denn die Kälte konzentrierte sich meist auf die nächtlichen Zeiten. Tagsüber war es in der Regel deutlich milder. Vor allem über die Fastnachtstage war es

sehr warm, mit einem sehr schönen Rosenmontag und dem Fastnachtdienstag als wärmstem Tag. Temperaturen von 15 Grad sind viel zu warm für diese Jahreszeit. Und das trockene Wetter ist ja nichts Neues.

War die Trockenheit in Alzey ein Ausreißer?

Nein, der Monat war in ganz Rheinland-Pfalz sehr trocken, mit 31 Prozent des Regen-Solls. Wie meistens, war Rheinhessen also noch etwas trockener. Mainz-Lerchenberg lag bei 13,6 Prozent, Bad Kreuznach bei 14,7 Prozent und Hahnheim bei 18 Prozent.

Es war deutschlandweit der zwölftste zu warme Winter am Stück, gemessen an den Werten von 1961 bis 1990. Hatte auch Rheinhessen einen Rekord-Winter?

Es war wieder einmal ein deutlich zu warmer Winter, in der Tat. Da hatten sich die Langfrist-Prognosen bestätigt.

Mit der Prognose, dass es zu mild und zu warm ist, liegt man meistens richtig.

Wie hat sich der März angelassen?

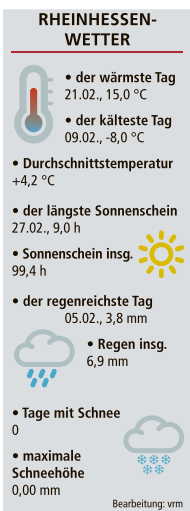
Beim Regen liegen wir tatsächlich an den ersten acht Tagen über dem Schnitt. 15,5 Liter in Mainz sind 35 Prozent vom Monats-Soll. Bad Kreuznach kommt auf 45 Prozent, Alzey auf 36 Prozent. Die Temperaturen liegen in Alzey um 0,8 Grad zu mild, bezogen nur auf die ersten acht März-Tage, und in Mainz-Lerchenberg 0,3 Grad über dem Mittel. Trotzdem kommt es vielen zu kalt vor. So verändern sich die Gewohnheiten.

Dominik Jung
Archivfoto: Q.met

Wie wird denn der Übergang vom meteorologischen zum kalendrischen Frühlingsbeginn ausfallen?

Aktuell hängen wir zwischen den Stühlen. Es ist kaum möglich, über 48 Stunden eine Prognose abzugeben, weil die Luftmassengrenzen über Deutschland hin und her wabbeln. Am Mittwoch hat es teilweise auch in Rheinhessen sogar Schnee gegeben. Im Norden von Rheinland-Pfalz, etwa in der Eifel, lagen bis zu 20 Zentimeter Schnee, der dann schnell wieder weggetaut ist. Im März liegen die Kalt- und Warmluftmassen über Mitteleuropa sehr eng beieinander. Deswegen macht nicht nur der April, sondern auch der März, was er will.

Wie sind die Aussichten für die nächsten Tage?
Nächste Woche könnte es wärmer werden. Erst einmal wird es kühler. In der Nacht zum Samstag ist Schneeregen möglich, der Samstag selbst wird dann bei kühlen Temperaturen von um die sechs Grad der sonnigste Tag des Wochenendes. Für Sonntag ist wechselhaftes Wetter bei bis zu zwölf Grad angekündigt. Nach aktuellem Stand wird Montag ein Warmluft-Vorstoß mit Regen bei bis zu 17 Grad kommen, ehe es Dienstag wieder kühler wird. Mittwoch bis Freitag sind



Die ungemehnten Frühlingsempfinden lassen also noch auf sich warten?

Es schwankt, aber für die Natur ist es quasi Frühling. Milde, warme Luft, viel Regen, aber auch Sonnenstrahlen – da wird einiges passieren. Und nach den trockenen letzten Jahren und dem zu trockenen Winter nimmt die Natur jeden Tropfen mit, der kommt. In den nächsten Tagen sind allerdings steigende Flusspegel ein Thema. Die Nahe ist in der Nacht auf Donnerstag allein um 1,50 Meter gestiegen. Der Anstieg wird weitergehen, auch am Rhein.

Wie trocken war denn der Winter unter dem Strich?

Das Regen-Soll wurde in Rheinland-Pfalz nur zu 85 Prozent erfüllt. In Hahnheim liegen wir bei 66 Prozent, in Mainz-Lerchenberg ebenfalls. Alzey ist mit 51 Prozent die Messstation mit der zweitniedrigsten Regenmenge im ganzen Bundesland, nach Frankenthal-Studernheim. Worms folgt auf Platz vier der trockensten Orte dieses Winters.

Das Interview führte Torben Schröder.

KOMMENTAR



Wermutstropfen

Carina Schmidt
zum Radschnellweg

carina.schmidt@vrm.de

Mit dem Fahrrad von Mainz nach Wiesbaden in den Schlachthof zum Konzert. Oder ins Caligari. Oder in den Kurpark. Sonntags zum Frühstücksbuffet ins Café Klatsch. Hurra! Es sind nicht nur Pendler:innen und die Umwelt, die von einer Radschnellverbindung profitieren. Sondern auch diejenigen, die ihre Freizeit in der Nachbarstadt verbringen möchten. Die Route wird die beiden Landeshauptstädte zusammenwachsen lassen. Insofern erst mal danke für die Initiative. Der Wermutstropfen an den Plänen ist aber ein ziemlich dicker: Bis zu 270 Parkplätze könnten allein auf Mainzer Seite wegfallen. Klar, beengter Verkehrsraum lässt sich nicht auseinanderfalten und einen Tod muss man sterben. Enttäuschend bei der Pressekonferenz waren aber die Aussagen von Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger, man müsse die Diskussionen „aushalten“ und man wolle durch das neue Angebot zum Umstieg aufs Rad und zum Verzicht aufs eigene Auto anregen. Fakt ist: Nur ein Bruchteil der von Parkplatzstreichungen Betroffenen pendelt nach Wiesbaden. Fakt ist auch, dass die Autos entlang der Radroute nicht nur für Sonntagsausflüge gedacht sind. Etlliche Pendler:innen sind auf Auto und Parkplatz beruflich „angewiesen“. Die Verkehrswege auf dem Rücken dieser Anwohner:innen auszutragen, wäre unfair und borniert. Die Devise muss sein, so wenige Parkplätze wie möglich zu beendigen. Wer für die Verkehrswege in der Gesellschaft Akzeptanz schaffen will, darf sich nicht wie die Axt im Walde verhalten.

„Es gibt nicht nur den einen Weg“

Fractionen diskutieren im Verkehrsausschuss über Varianten für Radschnellverbindung

Von Alexander Schlögel

MAINZ. Im Mainzer Verkehrsausschuss wurde bereits am Mittwoch über die Machbarkeitsstudie zu einer Radschnellverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz diskutiert. Thomas Gerster (CDU) sah einige Punkte kritisch. Er halte es „für sehr schwierig,

„Ich glaube nicht an eine „grüne Welle“ für den Radverkehr – das schafft man heutzutage nicht mal für den Autoverkehr.“

Thomas Gerster, CDU

den Radverkehr über die Kaiserstraße zu leiten, weil es dort sehr viele Abbiegeverbindungen gebe. Zudem glaube er nicht an eine „grüne Welle“ für den Radverkehr – „das schafft man heutzutage nicht

mal für den Autoverkehr“. Bevor ein Radweg über die Kaiserbrücke geplant werde, wünsch er sich ein „Gesamtkonzept“. Dazu gehöre auch die Generalsanierung.

Der „kürzeste Weg“ müsse nicht das Ziel sein, sagte David Nierhoff (Grüne). „Der Gewinn liegt entlang der Strecke, wo Menschen wohnen und arbeiten und Zielverkehr haben.“ Erik Donner (SPD) favorisierte die Variante Neue Brücke/Kaiserbrücke, „weil sie eine Ergänzung zur bestehenden Infrastruktur ist“. Dazu sehe er bei der Heuss-Brücke immer noch die Möglichkeit, dass darüber in Zukunft doch noch Straßenbahnverkehr geführt werde.

Tilman Schweitzer (Piraten & Volt) hielt es „für sinnvoll, mehrere Alternativen anzubieten – es gibt nicht den einen Weg“. Werner Rehn (FDP) favorisierte die Kaiserbrücke – „es ist die schnellste Verbindung für fast alle Beteiligten“.

Schnellroute zwischen Mainz und Wiesbaden für rund 3000 Radler

Strecke soll die beiden Hauptbahnhöfe verbinden und den Autoverkehr reduzieren / Derzeit liegen fünf Abschnitte mit mehreren Varianten vor



Von Carina Schmidt und Henri Solter

MAINZ/WIESBADEN.

Eine direkte Route von einem Hauptbahnhof zum anderen, die den Autoverkehr im Umfeld verringert. Genau das soll künftig die sogenannte Radschnellverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz möglich machen. Bereits 2017 hatte die Wiesbadener Stadtvorordnetenversammlung beschlossen, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Deren Ergebnis liegt nun genau sechs Jahre später vor. Auch wenn der Impuls aus Hessen kam – die Umsetzung kann nur

als gemeinsames Projekt funktionieren. So stellten der Wiesbadener Verkehrsdezernent Andreas Kowol und seine Mainzer Kollegin Janina Steinkrüger (beide Grüne) die Studie zusammen vor.

Entwickelt wurde sie vom dänischen Büro Ramboll aus Kopenhagen, dem Mekka der urbanen Radinfrastruktur. Täglich rund 3000 Radfahrende könnten die potenzielle Radschnellroute nutzen, so die Schätzung von Ramboll-Projektleiter Torsten Perner. Identifiziert wurden fünf Streckenabschnitte mit jeweils vier bis sieben Abschnittsvarianten. Ein entscheidender Vorteil dieser neuen Schnellradverbindung sei: Der Bund fördert solche Vorhaben in der Regel mit 75 Prozent der Planungs- und Baukosten, machte Perner deutlich. Bei einer Geschwindigkeit von 23 Kilometern pro Stunde würde die schnellste Route 28 Minuten dauern, die langsamste 35 Minuten.

Für die Strecke vom Wiesbadener Hauptbahnhof bis zur Kasteler Straße in Biebrich wurde vier Varianten ausgearbeitet. Eine würde über die Biebricher Allee verlaufen, eine weitere über die Breitenbachstraße und Drususstraße, eine dritte Route entlang des Salzaches westlich der Bahngleise und die letzte Alternative über die Mainzer Straße.

Bei der Rheinquerung wurden drei Varianten in Betracht gezogen. Erstens: die Kaiserbrücke. Sie wäre die kürzeste Verbindung zwischen den Hauptbahnhöfen, allerdings würden bei einer idealen Verbreiterung auf sieben Meter Kosten in Höhe von 45

Millionen Euro (ohne Spindel) entstehen, bei drei Metern Breite 7 Millionen Euro. Zweitens: die Theodor-Heuss-Brücke. Diese Querung wäre ein Umweg, würde aber Umbaukosten in Höhe von 700.000 Euro verursachen. Von den vorhandenen vier Spuren für den motorisierten Verkehr müssten zwei wegfallen. Die dritte Variante: eine neue und ausschließlich für Radverkehr vorgesehene Brücke zwischen dem Rathausplatz in Kastel und der Kaiserstraße in Mainz. Die Kosten werden auf rund 44 Millionen geschätzt. Tatsächlich

verzichten. Diese Strecke würde auch die wenigsten Einschnitte mit sich bringen. Ein Wermutstropfen: Je nach Variante würden auf Mainzer Seite 150 bis 270 Parkplätze wegfallen; auf Wiesbadener Gemarkung könnten es im Extremfall ebenfalls 300 Parkplätze sein, wobei der geringste Verlust bei der Salzachtalroute erwartet wird.

Die Diskussion über Parkplätze sei aber nicht der richtige Ansatz, meinte Steinkrüger: „Wir brauchen eine Raummumverteilung.“ Natürlich müsse es Parkmöglichkeiten geben. Ohne Verluste seien die Routen aber nicht möglich. Einen Ausgleich dafür zu schaffen, das sei ein Luftschloss. „Die Diskussion muss man aber auch aushalten.“ Vom Potenzial als Verkehrsfläche würde die Schnellradroute dreimal so viel Verkehr generieren wie ein Autospur. Unabhängig von den Umweltgründen, sollte die Strecke ein Angebot für Pendler zwischen Mainz und Wiesbaden sein, darüber nachzudenken: Brauche ich tatsächlich noch ein eigenes Auto?

Alle Varianten sollen nun in den Ausschüssen und beteiligten Ortsbeiräten vorgestellt werden, mit dem Ziel, sich auf eine Variante einigen zu können. „Es gibt nicht die eine perfekte Variante, alle haben Vor- und Nachteile“, machte Dr. Sascha Baron, Abteilungsleiter Verkehrsplanung beim Wiesbadener Tiefbauamt, deutlich. Sobald die politische Entscheidung getroffen sei, das Projekt anzugehen, könne die Objektplanung losgehen, bei der etwa die Verfügbarkeit von Grundstücken geprüft werde. Baron betonte außerdem: „Wir sind noch in einer sehr hohen Flughöhe unterwegs.“ Ein Zeitfenster für die Umsetzung gebe es auch noch nicht.

► KOMMENTAR

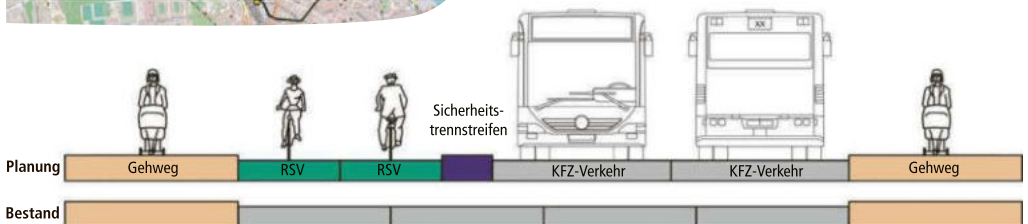
Ohne Verluste beim Parkraum sind die Routen nicht möglich.

Janina Steinkrüger,
Mainzer Verkehrsdezernentin

lich wäre eine Schnellradbrücke vom Bund mit 75 Prozent förderfähig. „In solch eine Situation muss man erst mal kommen“, schwärmte Verkehrsdezernent Kowol. Eine Autobrücke würde deutlich weniger Zuschüsse erhalten.

Auf Mainzer Seite wurden sechs Routen ausgearbeitet. Die ersten vier wären mit der Kaiserbrücke als Anschluss von Wiesbaden denkbar. Erstens: Zollhafen, Kaiser-Karl-Ring, Barbarossaring, Kaiser-Wilhelm-Ring. Zweitens: Zollhafen, Rheinallee, Kaiserstraße. Drittens: Zollhafen, Josefstraße, Kaiser-Wilhelm-Ring. Viertens: Zollhafen, Rheinufer, Kaiserstraße. Von der Heuss-Brücke aus kommende Vorschläge: Rheinallee, Kaiserstraße, Schottstraße oder Rheinallee, Große Bleiche, Bingerstraße, Alicastraße.

Bei der Kaiserstraße sieht Perner auf jeden Fall Potenzial, auf ein bis zwei Autospuren pro Fahrtrichtung zu



So könnte die geplante Radschnellroute auf der Theodor-Heuss-Brücke mit neuer Straßenaufteilung aussehen.

Grafik-Stadt Mainz

– Anzeige –

• Glaserei

GLAS WIEGAND

GLASHANDLUNG // ISOLIERGLAS
GANZGLASDÜSEN // GANZGLASTÜREN

tel. 06131 962000 (mainz)
www.glas-wiegand.de

ADRESSEN
VON A-Z

• Kundendienst

Siemens Miele Liebherr
Beratung · Verkauf · Reparatur
Andreas Wunderlich
Hausgeräte-Kundendienst
Meisterbetrieb
Dekan-Lair-Straße 14
55129 Mainz-Hechtsheim
Tel. (06131) 1433540
www.wunderlich-hausgeraete.de
Besuchen Sie unser Ladengeschäft.

Adressen
A-Z

• Metallbau-Schlösserei

HAPPEL
METALL IN FORM
• Geländer • Vordächer
• Türen & Tore • Balkone
Raiffeisenstraße 31
55270 Klein-Winternheim
Telefon: 0 61 36 - 8 55 66 0

• Rollläden

Rolladen Freber
• Rollläden • Sonnensegel
• Garagentore • Raffstore
• Markisen • SmartHome
• Terrassen • Somfy
• Überdachung • Kundendienst
• Insektenschutz
Telefon (06131) 60 24 10
E-Mail: info@rolladen-freber.de
Jean-Pierre-Jungles-Str. 3a
55126 Mainz-Finthen

• Uhren & Münzen

UHRMACHERMEISTER

Heidelbergergasse 8 · 55116 Mainz
Telefon (06131) 2340 15
www.zielluhren-buse.de

KAUFE + RESTAURIERE
ALTE ROLEX-PATEK-BULOVA-ACCUTRON-INC
OMEGA · HANWART · GLASHUTTE · BREITLING
MARINE · FLIEGER-ARMANDUHR · uvm.
RESTAURIERE FRANZÖSISCHE PENDULEN
– und komplizierte Taschenuhren
KAUFE GOLD- UND SILBERMÜNZEN
– auch unvollständige Sammlungen
Öffnungszeiten: Di · Mi · Do 10-16 Uhr

• Uhren & Schmuck

Reparaturen aller Groß- und
Kleinuhrn von Antik bis Funk-
uhren und Schmuck aller Art
UHREN-KLEIN
Uhrmachermeister
www.uhrenklein.de
Mainz-Kastel, in der Wilz 37
☎ (06134) 618 10

• Zaunbau

MSB Balewski
GmbH

Metall · Stahlbau · Zaunbau
Am Rondell 5 · 55120 Mainz
☎ 06131/21003-0 · Fax 21003-30

Bei Interesse:

Auftragsmanagement
Telefon: 061 31/484777
E-Mail: mediasales-
lokal@vrm.de

KOMMENTAR



Verfestigt

Karl Schlieker
zu Preissteigerungen
karl.schlieker@vrm.de

Die Preise werden weiter steigen. Zwar wird nicht mehr mit zweistelligen Inflationsraten gerechnet, aber eine deutliche Entspannung ist nicht in Sicht. Immerhin dürften die Preisbremsen für Gas und Strom dämpfend auf die Inflation wirken. Höhere Preise treffen uns Verbraucher direkt, da wir uns für einen Euro weniger leisten können. Darüber hinaus sind einige Preise direkt an die Kostenentwicklung gekoppelt. Gebäudeversicherungen beispielsweise werden teurer, da die Baukosten gestiegen sind und ein Schadenfall kostspieliger wird. Die Reallöhne sind dementsprechend bereits gesunken. Insbesondere einkommensschwache Haushalte sind betroffen, da die Kosten für Energie und Lebensmittel an ihren täglichen Ausgaben einen höheren Anteil haben. Genau diese beiden Ausgabenposten verzeichnen besonders kräftige Preisaufschläge. So sind im vergangenen Jahr die Energiepreise im Jahresschnitt um knapp 30 Prozent teurer geworden. Für Nahrungsmittel mussten Verbraucher mehr als 13 Prozent mehr zahlen. In diesem Jahr rechnen die Landwirte aufgrund der höheren Kosten für Energie, Futter und Dünger mit weiteren Aufschlägen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Inflation verfestigt. Die Notenbanken werden notgedrungen mit weiteren Zinserhöhungen reagieren. Es wird allerdings dauern, bis sich diese Schritte auf breiter Front auswirken.

GRAFIK DES TAGES

ENTWICKLUNG DER BILDUNG IN DEUTSCHLAND

Der Bildungsmonitor bewertet das deutsche Bildungssystem in 13 verschiedenen Kategorien* auf einer Skala von 0 bis 100.

Kategorien (Auswahl)	Beispiel-Indikatoren	2022	2013	64,3 Punkte
Internationalisierung	Anteil Schüler/-innen mit Fremdsprachenunterricht	59,7	45,5	
Betreuungsbedingungen	Schüler/-innen pro Lehrkraft, Unterrichtsstunden pro Klasse	55,5	53,9	
Forschungsorientierung	Ausgaben pro Forscher/-in, Habilitationen pro Professor/-in	50,4	58,2	
Integration	Anteil ausländischer Jugendlicher mit Studienberechtigung	45,9	48,0	
Berufliche Bildung	erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen	38,3	56,3	
Schulqualität	Lesen, Mathe	31,9	39,9	
Hochschule und MINT	Anteil MINT-Absolventen/-innen, Anteil Studienanfänger/-innen in dualen Studiengängen			

* anhand von 98 Einzelindikatoren
Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (Bildungsmonitor 2022)
Globeus 015944
Bearbeitung: vrm/jlp

BERUFUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNG

Versicherer	Tarif	Monatlicher Beitrag in Euro	Zahlbeitrag Kontakt
Europa	E-BU	82,79	0221/5 73 76 00
Continental	PBU	89,06	089/5 15 30
HUK24	SBU24 classic	95,88	09561/96 13 38
Univiera	SBU Exklusiv	96,49	0911/5 30 70
Württembergische	BURV	96,51	0711/66 20
Canada Life	Berufsunfähigkeitsschutz	97,58*	06102/3 06 18 00
HDI	EGO Top BV22	98,18	0221/1 44 55 99
HUK Coburg	SBU Classic	98,65	0800/2 15 31 53
Cosmos Direkt	BU	98,71	0681/9 66 66 66

Modell: Physiotherapeutin, 30 Jahre alt bei Versicherungsbeginn 01.05.2023.

Nichtraucher/-in, 80% körperliche Tätigkeit, garantierte monatliche Rente 1.500 Euro, Vertragslaufzeit bis zum Alter mit 65, Überschussverwendung als Sofortabbat.

*Festpreis, keine Erhöhung während der Laufzeit

Versicherer	Tarif	Monatlicher Beitrag in Euro	Zahlbeitrag Kontakt
Canada Life	Berufsunfähigkeitsschutz	60,06*	06102/3 06 18 00
Nürnberger	BU4Future Komfort-AU	63,66	0911/53 15
Baloise	BU mit AU	63,97	www.baloise.de
die Bayerische	BU Komfort plus 22729	65,19	089/6 78 70
Cosmos Direkt	BU mit AU	67,14	0681/9 66 66 66
HDI	EGO Top BV222	68,28	0221/1 44 55 99
Stuttgarter	Tarif 91A	68,98	0711/66 50
HUK 24	SBU24 Classic mit AU	68,99	09561/96 13 38
LV1871	Goldnen SBU mit AU	71,03	089/5 51 67 18 71

Modell: Industriekaufmann, 30 Jahre alt bei Versicherungsbeginn 01.05.2023.

Nichtraucher/-in, 100 % Büroarbeit, garantierte monatliche Rente 1.500 Euro, Vertragslaufzeit bis zum Alter mit 67 mit AU-Schutz, Überschussverwendung als Sofortabbat.

*Festpreis, keine Erhöhung während der Laufzeit

Stand: 10.03.2023

Quelle: bit.ly/3de de/Anbieter-Recherche

Angaben ohne Gewähr

Weitere Informationen
und Erläuterungen



Die Teuerung bleibt hoch

Inflationsrate im Februar bei 8,7 Prozent: So schnell wie erhofft verschwinden hohe Preissteigerungen nicht

Von Jörn Bender

WIESBADEN. Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland haben weiter mit einer hartnäckig hohen Teuerung zu kämpfen. Wie im Januar lagen die Verbraucherpreise auch im Februar 2023 um 8,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. „Die Inflationsrate verharrt auf einem hohen Stand“, stellte die Präsidentin des Statistischen Bundesamts, Ruth Brand, anlässlich der Bestätigung vorläufiger Daten fest. „Besonders spürbar für die privaten Haushalte waren auch im Februar die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel, die sich noch stärker erhöhten als die Energiepreise.“ Von Januar auf Februar des laufenden Jahres stiegen die Verbraucherpreise insgesamt um 0,8 Prozent.

Starke Teuerung bei Molkereiprodukten und Brot

Nahrungsmittel verteuerten sich nach Berechnungen der Wiesbadener Statistiker binnen Jahresfrist um 21,8 Prozent. Damit hat sich der Preisauftrieb verstärkt: Im Januar 2023 lagen die Nahrungsmittelpreise um 20,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Teurer wurden im Februar nach Angaben des Bundesamts vor allem Molkereiprodukte und Eier (plus 35,3 Prozent) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (plus 24,3 Prozent). Bei einzelnen Produkten sei der Preissprung auffallend groß gewesen: Zucker beispielsweise kostete fast 70 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. „Mit einer Inflationsrate von derzeit 8,7 Prozent und Lebensmitteln, die in einem Jahr teils 20 Prozent teurer geworden sind, müssen viele Menschen ihren privaten Konsum umstellen“, ordnete Christian Wulff von der Unternehmensberatung PwC ein. Das bekomme auch der Handel zu spüren:



Beim Einkauf erhält man immer weniger Waren für das Geld.

Foto: dpa

Besonders gefragt sind einer PwC-Umfrage zufolge derzeit Sonderangebote und die oft günstigeren Eigenmarken. In der Erhebung in 25 Ländern gaben gut zwei Drittel (69 Prozent) der mehr als 9000 Befragten an, sie hätten nicht notwendige Ausgaben eingeschränkt. 15 Prozent geben nach eigenen Angaben aktuell überhaupt kein Geld mehr für Produkte aus, die sie nicht wirklich benötigen. „Der anhaltend hohe Inflationsdruck bei Lebensmitteln und Dienstleistungen dürfte zu einem beträchtlichen Teil auf indirekte Inflationseffekte durch die teure Energie zurückzuführen sein, wenn etwa die Preise in der Gastronomie erhöht werden, weil Kosten für Heizung oder Kochenergie gestiegen sind oder wenn Bäckereien ihre Preise erhöhen, weil

das Erdgas für das Backen teurer geworden ist“, erklärte Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. „Mit dem Abklingen der Energieinflation dürfte in den kommenden Monaten mit etwas Verzögerung auch der Druck von diesen indirekten Effekten abnehmen.“

Bei den Energiepreisen geht es nach unten

Im Februar waren Energieprodukte nach Angaben des Bundesamts 19,1 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Hier zeigt die Tendenz nach unten, auch weil die Bundesregierung viel Geld in die Hand nimmt, um zum Beispiel über die rückwirkend zum 1. Januar geltenden Preisbremsen Erdgas, Strom und Fernwärme er-

schwinglicher zu machen. Dennoch lagen die Preise für Erdgas (plus 46,6 Prozent), Strom (plus 23,1 Prozent) und Fernwärme (plus 16,1 Prozent) deutlich über dem Niveau von Februar 2022 – dem Monat, in dem Russlands Krieg gegen die Ukraine begann, in dessen Folge sich Energie drastisch verteuerte. Mit steigenden Zinsen versucht die Europäische Zentralbank (EZB) gegenzusteuern. Seit Juli haben die Euro-Währungshüter die Zinsen fünf Mal in Folge angehoben, der Leitzins im Euroraum liegt inzwischen bei 3,0 Prozent. Bei der EZB-Sitzung am Donnerstag (16. März) gilt eine weitere Zinserhöhung um erneut 0,5 Punkte als sicher. Höhere Zinsen verteuern Kredite, was die Nachfrage bremsen und hoher Inflation entgegenwirken kann.

Volkswirte rechnen für das laufende Jahr nicht mit einer durchgreifenden Entspannung in Europas größter Volkswirtschaft Deutschland. Die Inflation hat an Breite gewonnen. Nach Ansicht von Ifo-Forscher Joachim Ragnitz haben einige Unternehmen insbesondere in Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Baugewerbe die Preise zuletzt stärker erhöht als nötig: „Diese Firmen haben die Lage genutzt, um ihre Gewinne kräftig zu steigern.“ Die Bundesregierung rechnet im Jahresschnitt 2023 mit einer Teuerungsrate von 6,0 Prozent in Deutschland. Die staatlichen Energiepreisbremsen dürften dämpfend wirken. Im vergangenen Jahr waren die Verbraucherpreise hierzulande im Jahresschnitt nach überarbeiteten Daten des Bundesamts um 6,9 Prozent gestiegen.

Bürokratie behindert Solarenergie

Photovoltaik-Strategie: Wirtschaftsminister Habeck will weitere Erleichterungen

Von Martina Herzog

BERLIN. Auf Äckern, auf Lagerhallendächern und dem eigenen Balkon: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will den Bau von Solaranlagen beschleunigen. Dazu legte der Grünen-Politiker am Freitag in Berlin bei einem Treffen mit Politikern, Verbänden, Energiebranche und Verbraucherschützern einen ersten Entwurf einer neuen Photovoltaik-Strategie vor, aus der am Ende neue Gesetze hervorgehen sollen. Sie soll nun diskutiert werden, bei einem weiteren Solar-„Gipfel“ Anfang Mai will Habeck die finale Version präsentieren. In ersten Reaktionen auf sein 40-seitiges Papier erntete Habeck Zuspruch. Der Entwurf könne „ordentlich Schub auslösen“, meinte der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Ingrid Liebing. „Wenn die noch vorhandenen Ausbaugehen gelöst werden, kommen wir wirklich voran.“ Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW), Carsten König, erklärte, im Detail habe er das Papier noch nicht studieren können. „Aber das, was wir gesehen haben an Überschriften, stimmt wirklich zuversichtlich.“ Zuletzt legte die Solarenergie hierzulande kräftig zu, wenn



Der Bau von Photovoltaikanlagen soll erleichtert werden. Foto: dpa

auch auf niedrigem Niveau. Zum Jahresende entfiel laut Ministerium auf die Solarenergie knapp die Hälfte der 142 Gigawatt (GW) an installierter Kapazität an erneuerbaren Energien, nämlich 66,5 GW, mit einem Zubau von 7,3 GW im vergangenen Jahr. Geplant ist aber weit mehr: Deutschland will seinem selbst gesteckten Ausbauziel zufolge 2030 auf 215 Gigawatt an installierter Solarenergie kommen, bis 2040 sollen es 400 Gigawatt sein. Der „Solarsprint“ des letzten Jahres lasse hoffen, sagte König. Die Hälfte neuer Solaranlagen soll laut Habecks Entwurf ab 2026 auf Gebäude, also vor al-

lem Dächern, die andere Hälfte auf Freiflächen wie zum Beispiel Felder entfallen. Anlagen auf Freiflächen lassen sich demnach schneller und günstiger errichten, schon wegen der größeren Materialmengen. Pro GW an installierter Leistung sei der Personalaufwand am geringsten. Anlagen auf Dächern, Balkonen oder Fassaden können hingegen helfen, den steigenden Strombedarf der Bewohner zu decken, der mit klimafreundlicheren Heizungen wie Wärmepumpen oder Elektroautos versorgt. Mieter oder Eigentümer können den Strom aber auch ins Netz einspeisen und damit Geld verdienen.

Habeck will den Bau von Solaranlagen in Gewerbe- und Industriegebieten, auf landwirtschaftlichen Flächen und auf Gewässern erleichtern. Bei Firmendächern und -flächen erwarteten Unternehmerinnen und Unternehmer oft, dass sich eine Anlage in sieben bis acht Jahren rechne – was aber meist nicht erreichbar sei, sagte Branchenvertreter König. „Viele würden auch von einem „regelrechten Dschungel an Bürokratie“ abgeschreckt.“ Die Hürden für sogenannten Mieterstrom, wo der Strom für ein Wohngebäude von der Solaranlage vor Ort kommt, sind aus Sicht Habecks noch zu hoch, gerade für Vermieter oder Wohneigentümergeinschaften. Für professionelle Anbieter wiederum würden solche kleine Projekte zu wenig Ertrag ab. Die Regeln sollen einfacher werden. Zudem will Habeck ermöglichen, dass Bewohner den Strom aus der Anlage auf dem eigenen Dach nicht selbst nutzen, sondern einfach ins Netz einspeisen und damit Geld verdienen. Den Großteil der für Solaranlagen nötigen Produkte muss Deutschland derzeit aus China einführen. Hier habe Deutschland früher nicht genug getan, um heimische Industrie zu halten, beklagte Habeck. Er will wieder mehr Solarunternehmen ins Land holen.

Eine Million Autos gefördert

ESCHBORN (dpa). Der Bund hat im Zuge der Verkehrswege- und inzwischeneine Million batterie-elektrische Autos gefördert. Der entsprechende Antrag für das einmillionste E-Auto wurde Anfang März bewilligt, wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle am Freitag in Eschborn bei Frankfurt berichtete. Seit Beginn im Jahr 2016 wurden demnach 1,76 Millionen Fahrzeuge mit insgesamt 8,43 Milliarden Euro subventioniert. Auf dem zweiten Platz der Förderstatistik finden sich gut 753.500 Wagen mit Plug-in-Hybrid-Antrieben, die seit diesem Jahr nicht mehr gefördert werden.

ÜBRIGENS

Eine Ära endet: Lange Zeit galten die Kaugummistreifen von Wrigley's als Inbegriff amerikanischer Lebensweise, jetzt hat der Süßwarenhersteller Mars sie in Deutschland vom Markt genommen. Das Unternehmen habe sich entschlossen, das komplette Streifen- und Ministreifen-Kaugummimarketing zum Ende 2022 in Deutschland aus seinem Angebot zu streichen, bestätigte Mars am Freitag. Grund für den Schritt sei die rückläufige Nachfrage. Betroffen seien nicht nur der Klassiker Wrigley's Spearmint, sondern auch die Streifenkaugummis der Marken Extra und Orbit.

Rekord bei kommunalen Steuereinnahmen

BAD EMS/MAINZ (dpa). Die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen haben erneut ein Rekordniveau erreicht. Die sogenannten kassenmäßigen Steuereinnahmen betrugen 2022 insgesamt rund 6,8 Milliarden Euro. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems am Freitag auf Basis vorläufiger Zahlen mitteilte, waren das gut 14 Prozent mehr als 2021, als mit 5,9 Milliarden Euro ebenfalls schon ein damaliges Rekordergebnis in der Landesgeschichte erzielt worden war. Vor allem die Gewerbesteuern sprudelten 2022 noch mehr. Mit rund 1,3 Milliarden Euro konnte die landeshauptstadt Mainz ihre gewerbesteuererinnahmen im Vergleich zum Jahr 2021 fast verdoppeln. In Mainz sitzt der weltweit erfolgreiche Impfstoffhersteller Biontech.

Landkreise wegen hoher Ausgaben im Minus

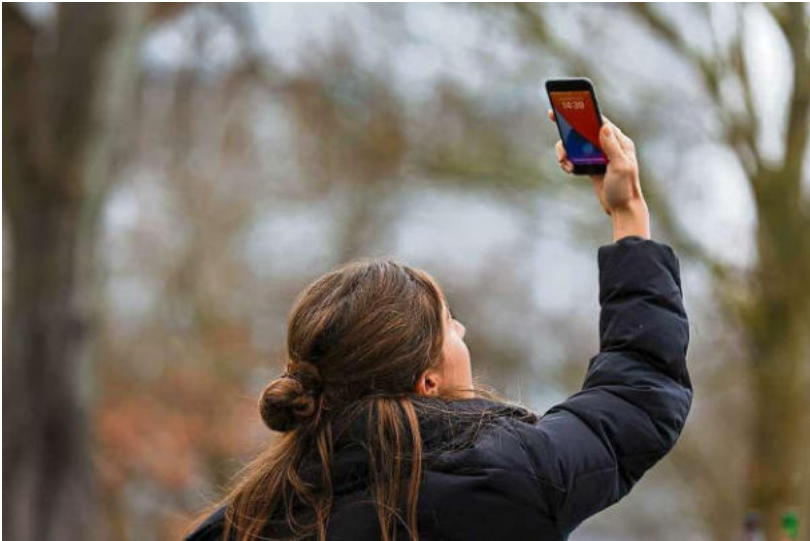
Doch nicht überall sprudelten die Steuereinnahmen so sehr. Die Landkreise verzeichneten unter Strich erstmals seit 2014 einen negativen Finanzierungssaldo. Ursächlich dafür seien vor allem die Ausgaben bei der Bewältigung des Zuzugs von Flüchtlingen und Kriegsvertriebenen, der Ausbau der Kitas infolge einer Gesetzesänderung von 2021 und die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Höchststand bei Krankmeldungen

MAINZ/FRANKFURT (dpa). Die Zahl der Krankmeldungen wegen psychischer Erkrankungen bei rheinland-pfälzischen Arbeitnehmern ist in den vergangenen zehn Jahren auf einen neuen Höchststand gestiegen. Der Zuwachs zwischen 2012 und 2022 lag bei 48 Prozent, wie aus nun vorgelegten Daten der Krankenkasse DAK hervorgeht. Besonders betroffen waren im vergangenen Jahr Beschäftigte in den Gesundheitswesen, deren Fehltagte wegen psychischer Leiden 53 Prozent über dem Durchschnitt lagen. Rheinland-Pfalz liege bei den psychisch bedingten Fehlzeiten um 9 Prozent über dem Bundesniveau. Der häufigste Grund für psychisch bedingte Fehltagte waren Depressionen: Hier sei ein Anstieg im Vergleich zu 2021 um 11 Prozent und damit ein Rekordhoch verzeichnet worden. Auf Platz zwei kamen Belastungs- und Anpassungsstörungen.

Ausländische Fachkräfte fehlen

MAINZ (dpa). Nur wenige Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben Fachkräfte aus dem Ausland eingestellt. Das geht aus einer telefonischen Befragung von 700 Firmen hervor, die Landeswirtschaftsministerin Daniela Schmitt (FDP) am Freitag in Mainz vorgestellt hat. Nur 13 Prozent der Unternehmen haben demnach bislang Mitarbeiter aus anderen Staaten rekrutiert - überwiegend große hiesige Firmen mit einem Fokus auf den EU-Raum. Kleinere Firmen empfinden laut Wirtschaftsministerium aber die bürokratischen Hürden dieser Mitarbeitergewinnung als hoch. Sie benötigen öffentliche Unterstützung wie etwa die sogenannten Welcome Center oder die Ausländerzentrale. Diese Angebote müssten noch besser vernetzt und bekannter gemacht werden.



Das Mobilfunknetz ist in Teilen von Rheinland-Pfalz lückenhaft. Zu diesem Zweck hat das Digitalisierungsministerium im vergangenen Herbst mit Netzbetreibern den Mobilfunkpakt geschlossen.

Foto: Guido Schiek

Lückenhaftes Mobilfunknetz

Digitalisierungsministerium informiert über Fortschritt des Ausbaus im Land

Von Elisabeth Saller

MAINZ. „Der Ausbau der Mobilfunkversorgung in Rheinland-Pfalz schreitet täglich weiter voran“, heißt es aus dem Digitalisierungsministerium. Die jüngsten Zahlen des Mobilfunkmonitorings in Rheinland-Pfalz stellte Staatssekretär Fedor Ruhose (SPD) jüngst im Digitalisierungsausschuss des Landtags vor. Diese Daten würden laut Sprecher, einer Art Protokoll, zeigen, dass alle Haushalte über Sprachmobilfunk, also 2G verfügen. Ebenso soll 2G auf 98,8 Prozent der Gesamtfläche des Landes zu empfangen sein. 99,7 Prozent der Haushalte können auf LTE (4G) zugreifen (95,3 Prozent der Gesamtfläche). Der Ausbau und die Abdeckung werde durch den Markt und die Mobilfunknetzbetreiber sichergestellt, erläuterte

Ruhose. Zusätzlich habe die Bundesnetzagentur den Mobilfunknetzbetreibern bei der Frequenzversteigerung 2019 Ausbauverpflichtungen auferlegt. Bis Ende 2022 mussten sie 98 Prozent der Haushalte in allen Bundesländern mit LTE oder 5G versorgen sowie entlang aller Bundesautobahnen, den wichtigsten Bundesstraßen und Schienenwegen. Für die Haushalte haben die drei Netzbetreiber die Vorgaben komplett erfüllt. Nahezu vollständig seien sie für die Verkehrswege erfüllt. Das habe die Bundesnetzagentur im Januar dem Ministerium mitgeteilt.

Weißer und grauer Flecken in Rheinland-Pfalz

Allerdings gibt es in Rheinland-Pfalz nach Angaben des Vergleichsportals Verivox noch etliche sogenannte weiße Flecken. Das heißt, dort können die Menschen 4G oder 5G nicht empfangen. Rheinland-Pfalz habe unter

den Flächen-Bundesländern die meisten weißen Flecken, heißt es in einer Mitteilung von Verivox von Dezember: 4,56 Prozent der Fläche seien betroffen. Zu den weißen Flecken gibt es noch graue Flecken: dort, wo nur einer oder zwei Netzbetreiber ein 4G- oder 5G-Netz anbieten können. Davon sei in Rheinland-Pfalz 24 Prozent der Fläche betroffen, erläutert das Vergleichsportals.

Um diese Lücken, die es bundesweit gibt, zu schließen, sollen in Deutschland 500 Mobilfunkmasten aufgestellt werden. 28 Standorte seien laut Digitalisierungsministerium in Rheinland-Pfalz gefunden worden. Mit Blick auf die Versorgungsaufgaben weist die Behörde auch auf den neuen Markteinsteiger 1&1 aus Montabaur hin, „der seine Auflage, 1000 Basisstationen für 5G-Anwendungen in Betrieb zu nehmen, nicht erfüllt hat. Dies soll nunmehr bis September 2023 geschehen“. Damit in Rheinland-

Pfalz der Ausbau vorangeht, gibt es zudem die Clearingstelle Mobilfunk. Clearingstelle und Netzbetreiber tauschen sich etwa über Projekte aus, bei denen es Schwierigkeiten gibt, wie verzögerte Genehmigungen oder Probleme bei der Standortsuche. Die Stelle ist auch bei der Beseitigung der weißen Flecken eingebunden. Nur in neun Gemeinden habe sie aktiv unterstützen müssen. Am Ende seien alle Projekte realisiert worden, berichtet das Digitalisierungsministerium.

Zum weiteren Ausbau und der Beseitigung der weißen Flecken hat das Ministerium mit den Netzbetreibern Telekom, Vodafone, Telefonica/O2 und 1&1 im Herbst einen Mobilfunkpakt geschlossen. Bis Ende 2024 sollen 850 Neubausstandorte gefunden, 2700 bestehende Sendemasten mit 4G erweitert und 3000 Funkanlagen mit 5G ausgerüstet werden. Im Gegenzug habe das Land vereinfachte Rahmenbedingungen zugesagt.

45 Kommunen sind bereits im Klimapakt

Jeweils 50 Städte und Gemeinden werden 2023 und 2024 zu Klimaschutz und Energiewende beraten

MAINZ (dpa). Zehn Tage nach dem Startschuss für den kommunalen Klimapakt (KKP) sind bereits 45 Kreise, kreisfreie Städte und Verbandsgemeinden beigetreten. „Damit sind 83 Prozent aller kreisfreien Städte sowie knapp die Hälfte aller verbandsfreien Gemeinden dabei und gehen das Thema Klimaschutz gemeinsam an“, sagte Klimaschutzministerin Katrin Eder am Freitag in Mainz. „Die umfassende Beratung der Kommunen zu Klimaschutz und Energiewende wird im ersten Halbjahr 2023 beginnen“, sagte der Geschäftsführer der Energieagentur, Tobias Büttner.

Der KKP sei ein Baustein für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, dass Rheinland-Pfalz seinen Stromverbrauch bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken kann. Die Landesgesellschaft werde die Kommunen unter anderem bei Projekten für Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen fachlich unterstützen.

Die Energieeffizienz und Energie sparen gehen, die Klassiker der Energieagentur.“ Ein Beispiel: „Wir werden die Kommunen ganz konkret bei der Bauleitplanung von Windkraftanlagen vor Ort unterstützen.“ Und bei Solarfreiflächen sollten Lösungswege aufgezeigt werden, wie eine Doppel-Nutzung von Flächen zur Energieversorgung und für die Landwirtschaft sinnvoll möglich sei. Dies geschehe in enger Kooperation mit der Landwirtschaft. „Wir haben viel Wein-, Obst- und Gemüseanbau.“ Deshalb sei die neue Technologie „Agri-PV“ gerade für Rheinland-Pfalz sehr attraktiv.

„Die Ausgangslage, wie hoch der Beratungsbedarf ist, ist sehr unterschiedlich“, sagte Diener. „Manche Städte und Kommunen haben schon Klimaschutzkonzepte mit Maßnahmenlisten, aber kein Geld für deren Umsetzung.“ Das ändere sich durch den kommunalen Klimapakt nicht, weil er keine finanzielle Förderung von Maßnahmen beinhalte. „Dafür haben wir das KIPKI.“ Die Abkürzung steht für das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation. Der Landtag befasst sich mit dem Gesetz voraussichtlich in seiner Sitzung am 29. März.

„Die rund 240 Millionen Euro, mit denen das KIPKI ausgestattet ist, sind zwar für ein Förderprogramm relativ hoch“, sagte Diener. „Aber die Erwartungen sind noch viel höher.“ KIPKI sei „ein Universalprogramm“, das alles richten solle. „Die Idee ist gut, ein einfaches unbürokratisches Förderprogramm zu machen, aber es ist überfrachtet“, kritisierte Diener. „Man kann keine Busflotte austauschen für das Geld und die Kita-Dächer mit PV (Photovoltaik) ausstatten und die Verwaltung digitalisieren.“



Tobias Büttner
Archivfoto: dpa

Kapazitäten für Nachfrage nicht ausreichend

„Die Energieagentur und das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen stellen jetzt das Personal ein“, sagte die Geschäftsführende Direktorin des Städtetags, Lisa Diener. „Die Kapazität kann nicht so schnell aufgestellt werden wie die Nachfrage, daher werden erstmal nur 50 Kommunen beraten.“ Genauso viele sollen nach den Plänen des Ministeriums 2024 folgen.

„Wir werden mit den Kommunen ihren Bedarf eruiieren und sehen, dass es zu gezielten Maßnahmen beim Klimaschutz, aber auch bei der Energiewende und dem Ausbau erneuerbarer Energien kommt“, kündigte Büttner an. „Es wird auch um Themen

SWR4-Fusion: Landesrundfunkrat übt deutliche Kritik

Das Gremium will den Auswirkungen von Zusammenlegungen im Programm erstmals mit eigenen Gutachten auf den Grund gehen

Von Friedrich Roeningh

MAINZ. Nach dem rheinland-pfälzischen Landtag hat am Freitag der Landesrundfunkrat des SWR ebenso deutliche Kritik an der geplanten Zusammenlegung der Schlagerwellen SWR4 Rheinland-Pfalz und SWR4 Baden-Württemberg geübt. Auch hier wurde die Entscheidung der SWR-Intendanz als wiederholte Schwächung des Sendestandortes Mainz gewertet. Vor der Entscheidung für die Zusammenlegung von SWR4 hatte Mainz die Hörfunknachrichten an Baden-Baden und das TV-Magazin zum Bundesligafußball (ehemals „Flutlicht“) an Stuttgart verloren, während eine künftige ebenfalls länderübergreifende Kultursendung im dritten Fernsehprogramm als Ersatz für „Landesart“ (RLP) und „Kunscht“ (BW) von Baden-Baden aus gesteuert wird.

Der Landesrundfunkrat zweifelte nicht die Notwendigkeit des SWR, mit weniger Mitteln für das klassische TV- und Hörfunkprogramm mehr digitale Angebote zu ermöglichen



Welche Bedeutung wird das Mainzer Sendezentrum für den SWR in Zukunft noch haben? Mit mehrjähriger Verzögerung soll zwar ein neues „Aktualitätshaus“ gebaut werden, Investitionen in die klassische Studiotechnik wurden in Mainz aber vernachlässigt.

Archivfoto: SWR/Jürgen Pollak

und zugleich Gebührenstabilität zu gewährleisten. Martin Haller, Vertreter der Landtags-SPD, rief in Erinnerung, dass entsprechende Initiativen des Landesrundfunkrats in der Vergangenheit sogar ausgemerzt wurden: „Wir haben schon vor

zehn Jahren gefordert, die Musikstrecke in SWR4 für Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zu vereinheitlichen. Das wurde damals mit Verweis auf eine Schwächung der Regionalität abgelehnt“ (Lacher in der Runde). Stattdessen ge-

he es mit der geplanten länderübergreifenden Moderation der Welle nun an den Kern der regionalen Identität im Programm.

Der Landesrundfunkrat forderte die Leitung des Senders auf, ihre „Salamitaktik“ aufzu-

geben und dem Gremium ein strategisches Gesamtkonzept vorzustellen.

Gniffke soll sich zum Standort Mainz positionieren

SWR-Intendant Kai Gniffke wurde namentlich gebeten, eine solche dem Landesrundfunkrat vorzustellen. Karsten Tacke, Vertreter der Unternehmensverbände in dem Gremium: „Der Intendant hat sich zur Gleichrangigkeit der Sendestandorte Stuttgart, Mainz und Baden-Baden noch nicht positioniert.“ Personalrat Andreas Hangen, der als Mitarbeitervertreter im Landesrundfunkrat sitzt, rief eklatante Investitionsversäumnisse in Erinnerung, die nun negativ auf den Sendestandort Mainz durchschlagen: „Es gab mindestens drei Konzepte für Studio-Erneuerungen in Mainz – die dann nie realisiert wurden.“

SPD-Vertreter Haller hob hervor, dass vergangene Programmumschichtungen des SWR zum Teil zu verheerenden Ergebnissen beim Markenkenn Regionalität geführt hätten. So

habe eine Untersuchung des in Baden-Baden produzierten TV-Formats „Kaffee oder Tee“ zu dem Ergebnis geführt, dass gerade einmal 18 Prozent der reaktionellen Beiträge einen rheinland-pfälzischen Bezug oder Ursprung gehabt hätten. Auf Hallers Vorstoß hin beschloss der Landesrundfunkrat, eine eigene Untersuchung in Auftrag zu geben, wie sich bisherige Zusammenführungen von Produktionsaufgaben auf die Regionalität der Programme auswirken.

Dieser Prüfauftrag könnte zu einer Art Lackmuestest für das neue Selbstbewusstsein der Gremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden. Evaluationen von Programmumschichtungen hatte in der Vergangenheit stets die Intendanz in Auftrag gegeben. Nach der Sitzung schürte der Landesrundfunkrat selbst Zweifel, ob er sich dieses Instrument nicht doch noch von der Sendeleitung aus der Hand nehmen lässt. In der Pressemitteilung des Gremiums taucht dieser wichtigste Beschluss der Sitzung jedenfalls nicht auf.

MainzZero fordert Sofortmaßnahmen vom neuen OB Haase

(red). Die Bürgerinitiative MainzZero gratuliert dem frisch gewählten Oberbürgermeister Nino Haase und fordert ein 100-Tage-Programm mit Sofortmaßnahmen. So müsse der...

📅 11. März 2023 – 00:00 Uhr

👤 Redaktion

MAINZ. (red). Die Bürgerinitiative MainzZero gratuliert dem frisch gewählten Oberbürgermeister Nino Haase und fordert ein 100-Tage-Programm mit Sofortmaßnahmen.

So müsse der Klimaschutz als dezernatsübergreifende Aufgabe in der Verwaltung verankert werden. Klima-Information und -Weiterbildung müsse als zentrales Thema in Stadt, Stadtverwaltung und den stadtnahen Gesellschaften etabliert werden. Neu geschaffene und unbesetzte Stellen in Umwelt-, Bau- und anderen klimarelevanten Dezernaten müssten attraktiv gestaltet und schnell besetzt werden. Zudem müsse der ÖPNV durch Preismaßnahmen attraktiver werden. Die Bürgerinitiative fordert zudem ein Photovoltaik-Sofortprogramm für städtische und private Gebäude. Auch müsse die Wärmewende für Bestandsgebäude in Angriff genommen werden. Die Bürgerinitiative fordert zur Umsetzung des „Masterplan 100% Klimaschutz“ den neuen OB auf, einen

Klima-Kongress als Kick-off-Veranstaltung zu initiieren und die Schirmherrschaft zu übernehmen. Zudem müsse es zur Transparenz ein einfach zugängliches Monitoring geben.

Die meisten dieser Maßnahmen sind laut Bürgerinitiative bereits in einem oder mehreren Stadtratsbeschlüssen an die Verwaltung adressiert, jedoch bisher nicht umgesetzt.

Bei all diesen Themen komme es jetzt auf den neuen OB als Chef der Stadtverwaltung an, so MainzZero weiter. „Im Wahlkampf hat Nino Haase seinen Schwerpunkt auf die stärkere Unterstützung der Verwaltung gelegt. Wir trauen ihm da eine Menge zu – und erwarten dementsprechend auch kurzfristig erste Ergebnisse“, betont Sprecher Michael Lengersdorff.



Redaktion



Das Rheinufer mit Skateranlage. Der Umweltausschuss kann sich vorstellen, weitere Areale in die laufende Rheinufersanierung zu integrieren.

Foto: Tim Würz

10.000 Quadratmeter mehr

Umweltausschuss will auch das Rheinufer der Neustadt ausbauen – dank der guten Finanzsituation der Stadt

Von Alexander Schlögl

MAINZ. Noch ist der Bereich zwischen Theodor-Heuss-Brücke und der Tiefgarage Rheinufer gar nicht komplett fertiggestellt, schon geht es darum, wie es am Adenauer-Ufer weitergeht: Die großzügigere Finanzsituation der Stadt sorgt nun dafür, dass mehr getan werden soll als ursprünglich geplant.

In einer Beschlussvorlage, die im Umwelt-, Grün- und Energieausschuss zur Vorberatung einstimmig positiv beschieden wurde, noch in verschiedene weitere Gremien gegeben und im Stadtrat am 22. März entschieden werden soll, schlägt das Grün- und Umweltamt vor, den Bereich des sogenannten „zweiten Bauabschnitts“ um die Uferpromenade zwischen Kaisertor und Caponiere, die Fläche der Basketball- und Ska-

teanlagen am Kaisertor sowie das letzte Teilstück der Kaiserstraße vor dem Kaisertor zu erweitern.

Der Ausbaubereich des zweiten Bauabschnitts würde sich damit um rund 10.000 Quadratmeter auf 30.000 Quadratmeter vergrößern. „Die hinzugekommenen Teilflächen haben einen unmittelbaren räumlichen und funktionalen Bezug zum bisherigen Maßnahmenbereich, gehören in einer städtebaulichen und freiraumplanerischen Betrachtung zum Gesamtplan des Ufers und werden so auch von den Besuchern des Rheinufers genutzt“, heißt es zur Begründung für das Vorhaben.

Die Stadtplaner sehen dadurch „erhebliche zusätzliche Potenziale für die Ergänzung und Aufwertung der Freiraumstrukturen“ entlang des Ufers von Alt- und Neustadt. So be-

dürfte das Ufer einer Erneuerung und Aufwertung der Angebote für den Freizeitsport und die aktive Erholung.

Die Basketball- und Skateanlage würden hochfrequentiert, seien aber „dringend sanierungsbedürftig“. Dazu sei die Promenade mit der Platanenallee in den vergangenen Jahren „im Abschnitt zwischen Schloss und Kaisertor erneuert und gegen einen modernen, barrierefrei begehbaren und hellen Asphalt ersetzt worden“. Diese Gestaltung solle so fortgeführt werden. Außerdem sei die Kaiserstraße, die zum Rheinufer führt, „eine funktional und gestalterisch wichtige Magistrale mit erheblicher Bedeutung für Orientierung und Identifikation im Bereich der Innenstadt“.

Der Verkehrsbereich am Kaisertor könne aufgewertet werden.

Durch die Entsiegelung bislang befestigter Flächen, die Erweiterung des Stadtgrüns und die Förderung des Radverkehrs erhöht sich die Stadt laut Vorlage auch positive Effekte auf den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. In die Wege geleitet worden war die Sanierung und Neugestaltung des Adenauerufers im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadtzentren“ der Städtebauförderung vor vier Jahren durch einen Stadtratsbeschluss. Für die Planung sind 110.000 Euro veranschlagt, die den ohnehin für das Projekt vorgesehenen Haushaltsmitteln entnommen werden sollen.

„Mich hat es sehr gefreut, dass diese Vorlage kommt und wir jetzt die Möglichkeit haben, die Fläche zu erweitern“,

sagt Marcel Kühle (Grüne) im Umweltausschuss. Auch dem Wildparken bei den Skateranlagen könne so etwas entgegengesetzt werden. Eleonore Lossen-Geißler (SPD) freut sich ebenso und wünscht sich noch die Integration einer Erinnerung an die ehemalige amerikanische Behelfsbrücke, die von der Kaiserstraße nach Kastel führte. Dies soll nun in die Planungen mitaufgenommen werden. Dr. Peter Schenk (ÖDP) stört sich an dem Asphalt, der angelegt werden soll. Die „wasergebundene Decke“, die es dort gab, sei durch viele Veranstaltungen und die „intensive Nutzung“ nicht zu erhalten gewesen, wirft Umweltsamts-Leiter Olaf Nehrbass ein. Kühle sieht es aus „Radfahrerperspektive“. Er könne „nur begrüßen, dass etwas an der Barrierefreiheit getan wird“.

Container-Kitas unter der Lupe

Gebäudewirtschaft veranlasst nach Feuer in Draiser Einrichtung Sonderprüfungen

Von Heiko Beckert

DRAIS. Als am 22. Januar in der Draiser Container-Kita ein Feuer ausbrach (wir berichteten), war das so etwas wie Glück im Unglück. Denn an diesem Sonntagmorgen war die Einrichtung am Waldweg leer, es kam also niemand zu Schaden. Zudem wurden die Container gerade saniert und sollten erst im Sommer wieder eröffnet werden. „Es bestand zu keiner Zeit Gefahr für Kinder“, betonte Gilbert Korte, Werkleiter der Gebäudewirtschaft Mainz (GWM) im Jugendhilfeausschuss.

Dennoch wirft der Fall nicht nur bei Eltern Fragen auf. Schließlich besitzt die Stadt Mainz insgesamt neun Kindertagesstätten in Containerbauweise, sieben davon sind laut Korte aktuell in Betrieb. Viele wollen nun nach dem Vorfall wissen, ob Container-Kitas womöglich doch nicht so unproblematisch sind wie bisher angenommen. Besteht also Gefahr für Kinder und Beschäftigte?

Nein, sagt der Werkleiter. „Es ist ein absoluter Sonderfall.“ Denn nur die Kita Draisi hatte eine Bodenheizung, die bei den Untersuchungen nach der Brandursache derzeit als „Hauptverdächtige“ gilt. Die Heizung im Wert von 19.000 Euro wurde auf Wunsch der Kita für auf dem Boden spielende Kinder nachträglich einge-

baut. Doch schon nach wenigen Tagen kam es Korte zufolge zu Problemen mit der Anlage: Offensichtlich wurde der Boden an einigen Stellen zu heiß. An zwei Stellen, so der GWM-Chef, gab es Verfärbungen. Daraufhin wurde die Anlage abgeschaltet.

Wie berichtet sagen Experten, dass die Anlage überhaupt nicht hätte eingebaut werden dürfen. Doch wenn die Heizung ausgeschaltet war, wie konnte sie dann das Feuer verursachen? Endgültige Klarheit über die Brandursache sollen die Untersuchungen der Ermittlungsbehörden bringen. Korte erwartet ein endgültiges Ergebnis Ende des Monats.

Obwohl die Kita in Draisi ein Ausnahmefall ist, hat die GWM alle Kitas in Containerbauweise Sonderprüfungen unterzogen. Die Sicherheit sei auch deswegen gewährleistet. In Betrieb sollen die Container der Draiser Einrichtung nicht mehr genommen werden. Über die Höhe des Sachschadens möchte sich Korte nicht äußern.

Grundsätzlich geht die GWM davon aus, dass Container-Kitas nur sechs Jahre lang genutzt werden sollten. Für die Einrichtungen braucht es eine Baugenehmigung. In der Regel gibt es eine Betriebserlaubnis für zwei Jahre, die zweimal verlängert werden kann. Die ältesten Kitas dieses Typs in Mainz sind mittlerweile fünf Jahre in Nutzung.



Wie konnte eine ausgeschaltete Heizungsanlage Feuer verursachen? Bild vom Draiser Kita-Brand. Archivfoto: Berufsfeuerwehr Mainz



Bröckelnde Denkmäler

Nachdem feststeht, dass Kardinal Lehmann in Sachen Aufklärung von sexuellem Missbrauch im Bistum Mainz viel verharmlost und verschwiegen hat, ist sein

Status als Mainzer Ikone dahin. Bischof Peter Kohlgraf sprach davon, dass es keine „unanastabaren Denkmäler“ mehr geben dürfe. Karikatur: Willmski

AUF EINEN BLICK

Finanzierung für „LerchenWiese“ gesichert

LERCHENBERG (oki). Die Zukunft des Projekts „LerchenWiese“ scheint gesichert: Der Jugendhilfeausschuss der Stadt hat einstimmig beschlossen, dass die Einrichtung dieses und kommenden Jahr je 35.000 Euro erhält. Für die Zeit danach wird eine dauerhafte Förderung angestrebt. Die Zustimmung des Stadtrats am 22. März dürfte angesichts des eindeutigen Votums nur eine Formsache sein. Seit fünf Jahren gibt es am Lerchenberg das Gemeinschaftsprojekt des evangelischen Dekanats, der Kirchengemeinde Maria-Magdalena und des Familientreffs Mainz-Lerchenberg. Die Finanzierung über Eigenmittel wurde die vergangenen drei Jahre von der „Bundesstiftung Frühe Hilfen“ mit einem jährlichen

Betrag zwischen 6000 und 9000 Euro erleichtert. Doch die Mittel laufen jetzt aus, wie Sozialdezernent Eckart Lensch (SPD) berichtete. Da die Träger die Finanzierung laut Verwaltung nicht mehr stemmen können, steigt die Stadt ein. Die „LerchenWiese“ bietet Beratungen für junge Familien mit Kindern bis zum Ende des zweiten Lebensjahrs.

– Anzeige –

Ständig über 2000 Gebrauchtwagen

zur Auswahl. Mit Garantie und von Meisterhand geprüft. Dauer-Angebote an Jahreswagen und Dienstfahrzeugen – Ihre KFZ-Meisterbetriebe

Autos sind unsere Welt.

SCHERER SEAT CUPRA MINI TRAMER

Robert-Koch-Straße 14+18, 55129 Mainz scherer-gruppe.de

AUTOMÜLLER ... seit über 100 Jahren

Neu- und Gebrauchtwagen, Nutzfahrzeugrental, Flottenzentrum

Rheinallee 183 | 55120 Mainz | Tel. 0631-96262-0
info@auto-mueller-mainz.de | www.facebook.de / AutoMuellerMainz
www.auto-mueller-mainz.de

OPEL **FIAT**

Die modernste Automobilschule Europas in der Hechtsheimer Straße.

Einfach besser. Fahren.

löhrr Volkswagen, Mercedes-Benz, Audi, Porsche

Hechtsheimer Str. 21 – 27, 55131 Mainz

KRÄUTER automobilmittel gmbh **HONDA**

Mainz, Rheinallee 185, ☎ (0 61 31) 96 96 00

AutoHess

Rheinallee 90+141
55120 Mainz
scherer-gruppe.de

JAGUAR LAND-ROVER **FUHRMEISTER** EXCLUSIVE AUTOMOBILE

Robert-Bosch-Straße 7 • 55129 Mainz-Hechtsheim
T: 0631 60 375-40 • w.kommers@fuhrmeister.de

Aktuelle Angebote finden Sie unter www.fuhrmeister.de und in unserer App: app.fuhrmeister.de

KARL CO MINI

Mainz • Wiesbaden • Rüsselsheim

Firmensitz: Alte Mainzer Str. 121, 55129 Mainz, 0631 8306-0

Filiale: Carl-Bosch-Str. 6, 65203 Wiesbaden, 0611 27809-0

Filiale: Stohrstr. 22, 65428 Rüsselsheim, 06142 8350-0
www.bmw-karl-co.de

Rechtzeitig zum Batterie-Check!

Sorgenfrei unterwegs – um die regelmäßige Überprüfung und Wartung Ihrer Batterie kümmert sich Ihr Kfz-Meisterbetrieb.

Hohe Ansprüche, hohe Erwartungen

Wie gibt sich Nino Haase in den ersten Tagen nach der Wahl? Kann er seine Versprechen halten?

MAINZ. Knapp eine Woche ist vergangen, seit Nino Haase mit satter Mehrheit zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz gewählt wurde. Was ist seitdem passiert? Wie bereitet er sich auf seine neue Rolle vor? Und: Wie kommt er bei seinen ersten Terminen rüber? Am Montag flattert eine Presseinvitation ins Postfach: Nino Haase lädt zu seiner ersten Pressekonferenz. Samt einigen Vertretern von Vereinen und Verbänden. Die Neugier auf den Termin ist groß. Im Unterhaus-Foyer er-

am Tag drei nach der Wahl zu spüren. Bei der Demo des Kita-Personals, zu der Verdi aufgerufen hatte, wird er auf die Bühne gebeten – auch, wenn er sich zunächst geizt hatte. Spätestens jetzt wird klar, dass es leichter sein dürfte, im Wahlkampf mit Zusagen zu punkten, als später in der direkten Konfrontation mit Hunderten Betroffenen die Zusagen zu wiederholen. Für die Wahlkampfaußagen war nur er selbst verantwortlich, für die Umsetzung braucht er für fast alle seiner Zusagen den Rückhalt des Stadtrats. Allzu selbstbewusst in dieser „Vakuum“-Phase zwischen Wahl und Amtsantritt weiter Versprechungen zu machen, könnte auch nach hinten losgehen, wenn sich die Fraktionen in diversen Fragen übergangen fühlen. Die Zeit der völligen Selbstbestimmung dürfte für Nino Haase als Oberbürgermeister vorbei sein – das spürt er schon bei seinen ersten Terminen im Stadthaus. Sein eigentlich für Mittwochabend terminierter Instagram-Live-Talk muss ausfallen – zu lange dauert sein erstes Gespräch mit künftigen Mitarbeitern und Abteilungen bei der Stadt. Seine Ansprüche, die er an sich selbst als Oberbürgermeister stellt, sind hoch. Größtmögliche Transparenz will er auch weiterhin bieten, breites Mitspracherecht will er in vielen Bereichen ermöglichen. Ob er im Amt tatsächlich noch die Kapazitäten hat, Bürgerfragen ausführlich zu beantworten, wie er es jetzt in seinen Online-Formaten handhabt, ist fraglich. Als Oberbürgermeister erreichen ihn schließlich qua Amt schon täglich Aktenberge, in die sich Nino Haase, der Neuling im Geschäft ist, mit großem Zeitaufwand einarbeiten muss. Er gibt sich ehrgeizig, hoch motiviert, er brennt für seine Themen. Es ist ihm und der Stadt zu wünschen, dass er seinem eigenen Anspruch und den Erwartungen, die er geweckt hat, gerecht wird. Und dass man sich tatsächlich auf einen Neuanfang mit frischem Wind in der Stadtpolitik freuen darf.



MEINE WOCHE

VON MAÏKE
HESSEDENZ

maike.hessedenz@vrm.de

wartet die Presse schließlich ein Schaulaufen diverser Vereine, die ihre Chance nutzen, ihre Wünsche an die Stadtpolitik ganz unmittelbar zu formulieren. Der Stadtsportverband wünscht sich ein Schwimmbad, QueerNet Rheinland-Pfalz sichtbare Zeichen der Vielfalt an den Stadtengängen, der Seniorenbeirat würde sich freuen, alle Anfragen und Anträge, die Senioren betreffen, vorab einmal unter die Lupe nehmen zu dürfen. Zusagen kann und will Nino Haase an diesem Dienstag nicht machen – dennoch fühlt man sich wie auf einem Wunschkonzert von Vereinen und Verbänden. Dass das auch Begehrlichkeiten bei anderen Vereinen wecken dürfte, ist absehbar. Er wolle mit seiner Pressekonferenz ein Zeichen für Vielfalt, ehrenamtliches Engagement und Bürgerbeteiligung setzen, schreibt er später auf den sozialen Medien. Vor allem aber wolle er sich bedanken für die Unterstützung. Dass er auf seine Zusagen aus dem Wahlkampf festgenagelt werden wird – sei es für mehr Bürgerbeteiligung, eine modernere Verwaltung oder bessere Bezahlung – bekommt er schon



Die Rheinallee: Ist die Grüne Brücke ein Hindernis für eine Straßenbahnstrecke auf der viel befahrenen Straße?

Fotos: Harald Kaster (2), Sascha Kopp (1)

Auf welcher Route?

Straßenbahn und die Neustadt: Seit einem Jahr läuft Bürgerbeteiligung zum Innenstadtring – der aktuelle Stand

Von Michael Erfurth

MAINZ. Durch welche Straßen in der Neustadt soll die Straßenbahn künftig fahren? Im OB-Wahlkampf war der Kandidat der Linken Martin Malcherek vorgeschrieben und hatte die Variante Hindenburgstraße rigoros abgelehnt. Auch im Ortsbeirat Neustadt forderten CDU, Linke und FDP bereits eine Streckenführung über die Rheinallee. Doch genau mit dieser Frage befassen sich zunächst einmal die Mitglieder eines von der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) im Rahmen der Bürgerbeteiligung ins Leben gerufenen Interessensbeirats.

Dieser Beirat zum geplanten Straßenbahn-Innenstadtring hat sich jetzt erstmals getroffen und sich vor Ort über die Streckenideen für den Tram-Ausbau in der Neustadt informiert. Im Jahr 2020 hatte der Stadtrat den Ausbau des Straßenbahnnetzes beschlossen, der auch einen Streckenneubau vom Schillerplatz aus über das Höfchen bis in die Neustadt als Innenstadtring vorsieht. Damit sollen die erwarteten wachsenden Fahrgastzahlen bewältigt werden. Seit einem Jahr läuft nun der Prozess der Bürgerbeteiligung für den Innenstadtring. Der Startschuss war am 17. März 2022 mit der pandemiebedingt digital abgehaltenen Auftaktveranstaltung. Es folgte ein erster Online-Dialog, bei dem binnen eines Monats rund 200 Anregungen und Fragen eingegangen sind, die von der MVG beantwortet wurden. Eine zweite Runde des Online-Diologs soll laut MVG demnächst folgen.



In der Fotomontage fährt die Tram durch die Hindenburgstraße. Diese Strecke gehört zu den drei Varianten des Straßenbahnnetz-Ausbaus in der Neustadt, die auf dem Prüfstand stehen.

hen. Bei der Variante **Hindenburgstraße** soll zum Beispiel geprüft werden, welche Auswirkungen auf den Baumbestand der Allee zu erwarten wären. Soll die Weiterführung am nördlichen Ende der Hindenburgstraße über den Goetheplatz oder den Sommerplatz und die Sommerstraße erfolgen? Welche Auswirkungen hätte das auf die beiden Plätze, die von hoher Bedeutung für die Bewohner der Neustadt sind? Gibt es Konflikte mit dem geplanten Radverkehrsnetz, das auch die Hindenburgstraße beinhaltet?

Bei der **Wallaustraße** steht die mit der Straßenbahn einhergehende Lärmbelastung in der relativ engen Straße auf dem Prüfstand. Kann der Verlust von Parkplätzen für die Anwohner durch Quartiersgaragen kompensiert werden? Soll die Anbindung von der Bauhofstraße aus zur Wallaustraße über den 117er Ehrenhof erfolgen oder gibt es Alternativen? Wie kann das Kulturdenkmal geschützt werden?

Auch bei der Variante **Rheinallee** stellen sich viele Fragen, die noch zu beantworten sind. Würde die neue Straßenbahn in

Konflikt mit dem starken Autoverkehr auf dieser wichtigen Achse treten? Wie hoch wäre der Zeitverlust für die Fahrgäste, wenn die Tram hier im Stau steht? Ist die Grüne Brücke ein Hindernis für die Straßenbahn?

Mit allen diesen Themen beschäftigt sich jetzt auch der Interessensbeirat. In dem Beirat sitzen jeweils zwei Vertreter, die aus den sechs Themenwerkstätten gewählt wurden – jeweils eine Person aus der Bürgerschaft und eine Person einer Interessensvertretung. Wie die Arbeit des Beirates öffentlich gemacht werden soll, werde

derzeit noch in dem Gremium diskutiert, berichtet MVG-Prespresprecher Michael Theurer. Es werde im Rahmen der Bürgerbeteiligung auf jeden Fall noch Formate geben, in die sich auch weitere Interessierte einbringen können, versichert Theurer.

Baubeginn für Innenstadtring im Jahr 2027 geplant

Bei seiner ersten Ortsbegehung hatte MVG-Projektleiter Christian Jakobs die Planungs-voraussetzungen vorgestellt. Hierzu zählen die Verkehrsraumteilung zwischen Fußgängern, Fahrrad- und Autofahren, die Haltestellenabmessungen, die Abstände zu Bäumen, Gebäuden oder Ähnlichem. Unterirdische Gas-, Wasser-, Strom-, Wärme- und Telekommunikationsleitungen spielen im weiteren Planungsverlauf eine große Rolle. Viele wichtige Punkte aus den Diskussionen vor Ort würden in die Planung aufgenommen, so Jakobs.

Laut Mainzer Mobilität soll die Bürgerbeteiligung das ganze Jahr 2023 weitergehen. Parallel dazu würden die Vorplanungen für den Innenstadtring fortgeführt mit dem Ziel, die „bestmögliche Vorzugsstrecke durch die Altstadt und die Neustadt zu finden, mit der man 2024 in das gesetzlich vorgeschriebene Planfeststellungsverfahren gehen kann“. Mit dem Baubeginn rechnet die MVG nach derzeitigem Stand im Jahr 2027.

Weitere Informationen unter www.m-wie-zukunft.de

AUF EINEN BLICK

Kunst im Mainz-Store

MAINZ (amj). Im mainz STORE am Domplatz (Tourist-Info am Markt) werden ab dem kommenden Donnerstag, 16. März, Kunstwerke der Mainzer Künstlerin Susanna Storch gezeigt. Die kostenlose Ausstellung „URBAN SIGHTS“ (deutsch etwa: Stadtsichten) zeigt eine Auswahl ihrer

urbanen Gemäldereihe FASADEN, unter anderem mit Motiven aus Mainz. Die Vernissage zur Ausstellungseröffnung findet bereits am Mittwoch, 15. März, 18.30 Uhr, im mainz STORE am Domplatz, Markt 17, statt. Kontakt/Infos: Telefon 06131/242889; E-Mail: tourist@mainzplus.com

LESERBRIEFE

Zu neuen Ampeln für den Verkehrsknotenpunkt Geschwister-Scholl-Straße in der Oberstadt.

Es ist noch schlimmer

Der Aussage von Petra Jung in ihrem Artikel bezüglich der Staus auf der Linksabbiegespur: „... staut sich dort seither immer mal wieder zu Stoßzeiten der Verkehr“, möchte ich deutlich widersprechen. Der Verkehr staut sich an Werktagen zu den Stoßzeiten IMMER!

Am Dienstag, 28. Februar zum Beispiel benötigte ich an dieser Ampel um 16 Uhr geschlagene 20 Minuten zum Abbiegen. Wenn es sehr gut

läuft, kommen sieben Autos durch, ansonsten fünf (ich hatte ja genug Zeit zum Beobachten und Zählen.). Diese Situation wird sich noch weiter verschärfen, wenn die Wohnungen auf dem Rodelberg alle bezogen sind.

Und wer fragt eigentlich nach den ganzen Schadstoffen, die die wartenden Fahrzeuge in die Umwelt blasen? Die zweite Linksabbiegespur wurde völlig ohne Not in eine Rechtsabbiegespur verwandelt. Dort sind nun eine Spur für Bus und zwei für Pkw. Hier wartet fast keiner an der Ampel; die Grünphase ist deutlich länger als zum Linksabbiegen.

Marlene Grünanger
Mainz

Viele Fragen zu den drei Streckenvarianten

Ein Großteil der Statements beschäftigte sich mit den drei Streckenvarianten durch die Neustadt: Hindenburgstraße, Wallaustraße oder Rheinallee. Möglich sind auch Kombinationen aus diesen Vorschlägen. Mitte September 2022 veranstaltete die MVG Themenwerkstätten zu den Bereichen „Gastronomie und Gewerbe“, „Grünflächen, Natur und Denkmalschutz“, „Öffentliches Leben“, „ÖPNV-Nutzende und Anwohnende“, „Sicherheit und Barrierefreiheit“ sowie „Verkehrsraumteilung“. Die rund 100 Teilnehmer formulierten Arbeitsaufträge, die nun von der MVG abgearbeitet werden. Dazu zählen viele Fragen aus den sechs Bereichen, die sich auf die Streckenvarianten bezie-



Die Wallaustraße: Ist die Straße zu eng und was wird mit den Parkplätzen bei einer Straßenbahntrasse?

Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



Debatte ums Waffenrecht

Was plant Innenministerin Nancy Faeser nach der Tat von Hamburg? ► HINTERGRUND

– Anzeige –

Heute in dieser Zeitung

INSPIRATIONEN FÜR DIE EIGENEN 4 WÄNDE



1 G 1112 A | Nr. 62 | 173. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz

www.allgemeine-zeitung.de

Dienstag, 14. März 2023 Preis: 2,80 Euro

WETTER

Zuweilen regnerisch

10°
0°



Westwind

► FERNSEHEN / WETTER

Sieben Tage Fernsehen

Das TV-Programm auf einen Blick in der



HEUTE

„Das ist natürlich mehr, als wir uns je erhofft haben.“

Regisseur Edward Berger über den Erfolg von „Im Westen nichts Neues“, der bei der Oscar-Verleihung vier Trophäen gewann

► KULTUR

Eintracht verzichtet auf Tickets für Neapel-Spiel

Nach dem ewigen Hickhack um den Erfolg von „Im Westen nichts Neues“, der bei der Oscar-Verleihung vier Trophäen gewann

► SPORT

Schrumpfkur für den Bundestag

Seit Jahren wird um eine Verkleinerung des Bundestags gerungen. Jetzt hat die Ampel einen Plan, der bei der Opposition aber gar nicht gut ankommt.

► MEINUNG & ANALYSE

Fahrräder werden wieder günstiger

Zum Frühjahrstart ein neues Rad gefällig? Während die Branche bis zuletzt unter Lieferproblemen gelitten hat, sieht es inzwischen anders aus. Ein Marktüberblick.

► WIRTSCHAFT

Im Missbrauchsprozess gegen Sven B. bald Urteil

Im Missbrauchsprozess gegen den früheren Fußball-Jugendtrainer aus Hattersheim fordert auch die Verteidigung eine lange Strafe, spricht sich aber gegen Sicherungsverwahrung aus.

► AUS ALLER WELT

KONTAKT

Aboservice:

Online: www.vrm-abo.de/aboservice

täglich 24h verfügbar

Telefon: 061 31 / 48 49 50

Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr, Sa. 7 – 12 Uhr

Privatanzagen: 061 31 / 48 48 48

Online: www.vrm-anna.de

Redaktion: 061 31 / 48 58 48

Fax: 061 31 / 48 58 48

E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung/

www.twitter.com/aznachrichten

Wir sind VRM

„Biotech“: Auftakt scheitert

Der geplante Technologie-Campus an der Saarstraße kann vorerst nicht starten, der Bau- und Sanierungsausschuss verweigert die Zustimmung zum ersten Projekt. Eine Ursache der Kontroverse sind Vorgaben im Bebauungsplan.

► MAINZ

Foto: Tim Würz



Galeria schließt 52 Warenhäuser

ESSEN (dpa). Es ist eine Schreckensnachricht für viele Innenstädte: Deutschlands letzter großer Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof schließt 52 seiner noch verbliebenen 129 Warenhäuser. Tausende Beschäftigte werden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren und zahlreiche Innenstädte einen wichtigen Anziehungspunkt in ihren Einkaufsstraßen. „Das ist zweifellos heute für uns alle ein schwerer Tag“, sagte der Galeria-Generalbevollmächtigte Arndt Geiwitz am Montag bei der Veröffentlichung der Schließungsliste. Das Unternehmen habe in den vergangenen Wochen intensiv um jeden einzelnen Standort gerungen. Insgesamt 52 Warenhäuser könnten aber angesichts der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der lokalen Gegebenheiten nicht fortgeführt werden.

Betriebsrat: 5000 Arbeitnehmer verlieren Job

Insgesamt 21 Filialen sollen nach den Plänen des Konzerns bereits zum 30. Juni 2023 ihre Tore für immer schließen, die übrigen 31 Häuser zum 31. Januar 2024. Nach Angaben des Gesamtbetriebsrats werden im Zuge der Insolvenzverfahrens „weit über 5000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren“. Es würden nicht nur Stellen in den Schließungsfilialen wegfallen. Geplant seien auch Flächenreduzierungen und ein Personalabbau in den verbleibenden Häusern und in den Zentralfunktionen. Das Unternehmen selbst sprach von mehr als 4000 Betroffenen. Sie sollen das Angebot erhalten, in eine Transfergesellschaft zu wechseln, um sich für eine neue Stelle weiter zu qualifizieren. „Dies ist ein rabenschwarzer Tag“, erklärte der Gesamtbetriebsrat. Nach den Plänen des Warenhauskonzerns sollen die verbleibenden 77 Filialen in den kommenden drei Jahren allesamt umfassend modernisiert werden.



4 194275 602806

Oscar-Flut für deutsches Kriegsdrama

Viermal wurde „Im Westen nichts Neues“ ausgezeichnet – häufiger als jeder andere deutsche Film zuvor

LOS ANGELES (dpa). Mit insgesamt sieben Auszeichnungen ist der Actionfilm „Everything Everywhere All at Once“ der große Gewinner der diesjährigen Oscars – die deutsche Literaturverfilmung „Im Westen nichts Neues“ hat vier Auszeichnungen gewonnen. Die Oscars wurden in der Nacht zum Montag in Los Angeles verliehen. „Im Westen nichts Neues“ von Regisseur Edward Berger erzählt vom Ersten Weltkrieg und wurde als bester internationaler Film ausgezeichnet. Der Antikriegsfilm ist damit erst das vierte Werk aus Deutschland, das den Oscar in dieser Kategorie holt – nach „Das Leben der Anderen“ (2007), „Nirgendwo in Afrika“ (2003) und „Die Blechtrommel“ (1980). Auszeichnungen gab es auch für Kamera, Szenenbild und Filmmusik. Die Handlung des Films beruht auf dem gleichnamigen Roman von Erich Maria Remarque (1898-1970).

„Im Westen nichts Neues“ war insgesamt neun Mal no-

minierte und gewann letztlich in vier Kategorien. Die Auszeichnung als bester Film verpasste er allerdings – erstmals war überhaupt ein deutscher Film in dieser Kategorie nominiert. Der Oscar ging an „Everything Everywhere All at Once“. Der Science-Fiction-Actionfilm von Daniel Kwan und Daniel Scheinert erzählt von der Betreiberin eines Waschsalons, die sich

durch mehrere Paralleluniversen kämpft. Schauspielerinnen Michelle Yeoh gewann für die Rolle der Waschsalonbetreiberin den Oscar als beste Hauptdarstellerin. In ihrer Dankesrede wandte sie sich an alle Jungen und Mädchen, „die aussehen wie ich und heute Abend zuschauen“. „Das ist ein Signal der Hoffnung und Möglichkeiten“, sagte die 60-



„Everything Everywhere All at Once“ wurde zum besten Film gekürt. Die Freude darüber war beim Team groß. Foto: dpa

jährige Malaysierin. Träume könnten wahr werden. „Und Ladies: Lasst euch von niemandem einreden, eure besten Jahre seien vorbei.“ Schauspieler Brendan Fraser bekam den Oscar als bester Hauptdarsteller. In „The Whale“ von Regisseur Darren Aronofsky spielt der 54-jährige einen stark übergewichtigen Mann, der sich seiner Teenager-Tochter wieder annähern will. Der Film wurde auch für das Maskenbild ausgezeichnet.

Mit dem deutschen Beitrag „Im Westen nichts Neues“ waren auch die Schauspieler Felix Kammerer, Albrecht Schuch und Daniel Brühl in die USA gereist. Der Film ist beim Streamingdienst Netflix zu sehen. „Wir haben versucht, einen Film über unsere Vergangenheit zu machen, über unsere Verantwortung in Deutschland hinsichtlich unserer Vergangenheit“, sagte Regisseur Berger nach der Verleihung. „Und plötzlich, als wir den Film schon fertig hatten, ging es auch um unsere Gegenwart.“ Der Film

hatte angesichts des Kriegs in der Ukraine besondere Aktualität bekommen.

Die Verleihung der 95. Academy Awards wurde von Jimmy Kimmel moderiert. Unter anderem traten Rihanna und Lady Gaga auf. Gaga sang in Jeans und T-Shirt und augen-

„Und Ladies: Lasst euch von niemandem einreden, eure besten Jahre seien vorbei.“

Schauspielerinnen Michelle Yeoh gewann den Oscar als beste Hauptdarstellerin

scheinlich un- oder kaum geschminkt – nachdem sie zuvor auf dem roten Teppich noch mit Abendrobe und auf fallendem Make-Up zu sehen war. Moderator Kimmel stand zwischenzeitlich auch mal mit einem Fallschirm oder einem Esel auf der Bühne – Anspielungen auf die Filme „Top Gun: Maverick“ und „The Banshees of Inisherin“.

Im Verkehr droht ein Superstreik

Verdi und die EVG wollen Hinweisen zufolge am 27. März bundesweit den Verkehr lahmlegen

Von Wolfgang Mulke

BERLIN. In knapp zwei Wochen könnte das Land weitgehend stillstehen. Denn es gibt Hinweise auf einen großen Verkehrsstreik zweier Gewerkschaften. So könnte Verdi am 27. März bundesweit zum Warnstreik bei Straßenbahnen, Bussen, den Autobahnmeisterei und den Flughäfen aufrufen. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) wiederum ließe dann zeitgleich Nah- und Fernverkehrszüge in den Depots ruhen. Ob das Szenario, bei dem der Verkehr bundesweit weitgehend zum Erliegen käme, wirklich eintritt, ist ungewiss. Beide Gewerkschaften bleiben diesbezüglich schalllappig. „Solche Planungen sind uns nicht bekannt“, sagt ein Verdi-Sprecher. An Spekulationen beteilige man sich nicht.

Doch zumindest als Drohkulisse gegenüber den Arbeitgebern dürfte das Gerücht den Gewerkschaften gelegen kommen. Denn beide Tarifverhandlungen stehen vor einer entscheidenden Phase. Im

Gegensatz zur Post, bei der sich die Tarifparteien am Ende ohne Streik auf einen Kompromiss geeinigt haben, liegen die Positionen sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei den Bahnen noch weit auseinander. Einen Fingerzeig auf die weitere Entwicklung wird es wohl an diesem Dienstag oder Mittwoch geben. Am späten Nachmittag treffen sich EVG und Deutsche Bahn. Der Konzern hat angekündigt, der Gewerkschaft nach einem Gespräch über Schwerpunkte der Ver-

handlungen ein Angebot zu unterbreiten. Unterdessen waren Zehntausende Reisende am Montag wegen Warnstreiks von Verspätungen und Hunderten Flugaussfällen betroffen. In Hamburg, Hannover, Bremen und Berlin legten teils schon ab dem späten Sonntagabend zahlreiche Beschäftigte die Arbeit nieder, wie Sprecher der Gewerkschaft Verdi mitteilten. Der Flugverkehr kam daraufhin an den betroffenen Standorten am Montag nahezu vollständig zum Erliegen.



Streik am Hamburger Flughafen: Am Montag schwor Verdi bei einer Kundgebung die Beschäftigten ein. Foto: dpa

KOMMENTAR



Ungeschickt

Paul Lassay
zum Biotech-Campus

paul.lassay@vrm.de

Es kommt nicht alle Tage vor, dass die Vertreter der Ampel-Koalition den Plänen der Verwaltung in einem Ausschuss die Zustimmung verweigern. Die Vorgänge im Bauausschuss zeigen daher zweierlei Dinge: Zum einen unterstreicht die Debatte, wie sensibel die Bebauung der Felder entlang der Saarstraße ist – egal ob diesseits der Eugen-Salomon-Straße, wo schon Baurecht besteht, oder auf den 50 Hektar jenseits der Straße, wo sich die Planungen noch in einem sehr frühen Stadium befinden. Zum anderen machen die Geschehnisse in dem Gremium deutlich, dass die Verwaltung eben diese Sensibilität überraschenderweise unterschätzt hat. Es hätte den handelnden Personen eigentlich klar sein müssen, dass bei Planungen in diesem klimatologisch sehr im Fokus stehenden Gebiet volle Transparenz notwendig ist. Möchte man in diesem Areal von den Vorschriften abweichen, so muss dies sehr gut und vor allem für alle nachvollziehbar erklärt werden. Dies ist ganz offensichtlich nicht geschehen. Für die Entwicklung des Biotech-Gebiets ist das kein guter Auftakt. Denn das ungeschickte Vorgehen droht nun einen Schatten auf die Pläne zu werfen und stärkt nicht gerade das Vertrauen in die Verwaltung und die Einhaltung der Vorgaben – und die werden bei den angrenzenden 50 Hektar noch entscheidender sein.

BLAULICHT

Fast ins Gleisbett gestoßen

MAINZ (red). Eine 19-jährige Frau ist am vergangenen Donnerstag (9. März) beinahe auf die Gleise im Mainzer Hauptbahnhof gestürzt, nachdem sie von einer anderen Frau geschubst wurde.

Wie die Polizei am Montagmorgen mitteilte, stand die 19-Jährige am Donnerstagnachmittag gegen 16.20 Uhr an Bahnsteig 5, als sie von einer 36-Jährigen aus bisher unbekannten Gründen geschubst wurde. Nur ihren Reflexen hat es die jüngere Frau zu verdanken, dass sie nicht ins Gleisbett stürzte.

Beide Frauen lieferten sich danach eine verbale Auseinandersetzung, bei der die 19-Jährige von der anderen Frau mehrfach bedroht und beleidigt wurde. Kurze Zeit später fuhr die Vlexx-Bahn RB 29392 auf dem Bahnsteig ein, und

beide Frauen stiegen in denselben Zug. Die zuvor Geschubste suchte nach dem Vorfall auf dem Bahnsteig eine Zugbegleiterin auf und schilderte die Situation. Die Vlexx-Mitarbeiterin verwies die junge Frau an einen mitreisenden Bundespolizisten. Auf dem Weg zu diesem wurde die 19-Jährige erneut von der mutmaßlichen Angreiferin bedroht. Während der Polizist die Personalien der beschuldigten 36-Jährigen aufnahm, meldete sich ein weiterer Fahrgast und gab an, von derselben Frau bespuckt worden zu sein.

Gegen sie wird nun wegen Bedrohung, Beleidigung sowie Körperverletzung ermittelt. Die Bundespolizeiinspektion Kaiserslautern bittet Zeugen, sich telefonisch unter der Nummer 0631-340730 oder per E-Mail zu melden.

170 Euro mit Wechseltrick ergaunert

MAINZ (red). Eine 88-Jährige ist am Sonntag an der Bushaltestelle am Flachsmarkt Opfer eines Wechseltricks geworden. Nach Angaben der Polizei bat ein Mann sie, ihm eine Zwei-Euro-Münze zu wechseln. Als die Seniorin ihr Portemonnaie zückte, griff der Täter selbst-

ständig in die Geldbörse, um ihr angeblich beim Wechseln zu helfen, und stieg dann in einen anfahren den Bus ein. Erst am Abend stellte die Frau beim genaueren Blick in ihr Portemonnaie fest, dass keine Scheine mehr darin waren. Insgesamt wurden ihr 170 Euro entwendet.

MOGUNTINUS

Pi

Wer immer schon mal wissen wollte, wie das Verhältnis des Umfangs des Mainzer Rades zu seinem Durchmesser lautet, ist am 14. März, dem Tag der Kreiszahl Pi, genau richtig. Mit Pi kann man das ausrechnen. Kleines Problem: Pi hat unendlich viele Stellen hinter dem Komma, Stand 2022 mehr als 100 Billionen. Zum Üben hier schon mal die 400 ersten Nachkommastellen: 3, 1415926535 8979323846 2643383279 5028841971 6939937510 5820974944 5923078164 0628620899 8628034825 3421170679 8214808651 3282306647 0938446095 5058223172 5359408128 4811174502 8410270193 8521105559 6446229489 5493038196 4428810975 4564856692 3460348610 4543266482 1339360726 0249141273 7245870066 0631558817 4881520920 9628292540 9171536436 7892590360 0113305305 4482046652 1384146951 9415116094 ... Sie können gerne weitermachen.

Biotech-Campus kann nicht starten

Bau- und Sanierungsausschuss verweigert Zustimmung zu erstem Projekt / Bebauungsplan wird nicht eingehalten

Von Heiko Beckert
und Paul Lassay



Der Bau- und Sanierungsausschuss hat den Startschuss für den Biotech-Campus verweigert, der hier entstehen soll. Foto: Sascha Kopp

MAINZ. Ärger beim Bau des ersten Gebäudes für den Biotech-Campus in Mainz. Der Bau- und Sanierungsausschuss verweigert die Zustimmung. Die Gründe, warum das Projekt so umstritten ist.

Der Plan, die Stadt Mainz zu einem Standort für Biotechnologie zu machen, könnte einen herben Rückschlag erleiden. In der jüngsten Sitzung des Bauausschusses hätte das Gremium eigentlich seine Zustimmung zur Errichtung eines Büro- und Laborgebäudes geben sollen. Das Bauwerk ist laut Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) als „Auftakt“ des Mainzer Biotech-Campus gedacht. Doch die Mitglieder verweigerten trotz massiven Drucks der Verwaltung ihre Zustimmung. Nun soll das Vorhaben in einer Sondersitzung möglicherweise direkt vor dem Stadtrat am 22. März erneut beraten werden.

Wie umstritten das Bauwerk in der Bretzenheimer Dr.-Maria-Hopf-Straße ist, zeigt



Wenn Sie das ohne die Politik machen wollen, dann machen Sie es halt.

Brian Huck, Grüne

sich schon allein daran, dass Attac-Mainz vor der Sitzung Flugzettel mit Argumenten gegen das Projekt verteilte. Ein zentraler Kritikpunkt: Statt der im Bebauungsplan festgelegten maximalen Gebäudehöhe von 12 Metern soll das Laborhaus mehr als 15 Meter hoch werden. Damit werde die Frischluftzufuhr der Stadt Mainz gefährdet, so die Befürchtungen. Martin Malcherek (Linke) sieht darin zudem ein „fatales Signal“, wenn bereits beim ersten Gebäude des geplanten Cam-

pus die Bestimmungen des B-Plans aufgeweicht werden. Andere Mitglieder des Gremiums pflichteten ihm bei. Thomas Gerster (CDU) etwa kann keine städtebaulichen Gründe für eine Abweichung vom Plan erkennen. „Da begeben wir uns auf ganz dünnes Eis“, ergänzte Lara Melissa Enders (CDU).

Doch Kritik kam nicht nur von der Opposition. Auch die Vertreter der Ampel-Koalition wurden im Lauf der Sitzung immer unwilliger. Lediglich die FDP, vertreten durch Bauausschuss-Mitglied Thomas A. Klann, stand unerschütterlich zu dem Projekt. Christine Zimmer (SPD) monierte dagegen, dass die Unterlagen „sehr dünn“ seien. Unter anderem vermisste sie eine ansonsten übliche Visualisierung der Luftströmungen. Laut Verwaltung ist das Gebäude zwar höher als eigentlich zulässig, dafür aber schmaler, sodass Frischluftströme nicht beeinträchtigt würden.

Doch das „Gutachten ist unter Verschluss“, wie Dr. Brian Huck

(Grüne) kritisierte. „Wir sind noch nicht beschlussfähig“, ergänzte Malcherek. Zudem sei es ärgerlich, dass die Verwaltung das Thema ans Ende der Tagesordnung gesetzt habe. Zu später Stunde seien nicht mehr alle Mitglieder anwesend. Er vermutete darin eine Absicht der Verwaltung. „Ich bin einigermaßen sauer“, schimpfte der Stadtrat der Linken.

Die Mitglieder des Ausschusses müssten den Ämtern schon vertrauen, hieß es vonseiten der Verwaltung. Und Bauamtsleiter Kevin Vossler stellte gar die Entscheidungsfreiheit des Gremiums infrage. Das Projekt müsse unverzüglich genehmigt werden, da der Antragsteller nach zwei Monaten einen Anspruch darauf habe. „Wenn Sie das ohne die Politik machen wollen, dann machen Sie es halt“, kommentierte daraufhin Huck sarkastisch.

Auf die weitere Frage, wann die Frist konkret ablaufe, gab Grosse zu, dass das entscheidende Eingangsdatum nicht vorliege. Kurz darauf musste

Vossler allerdings eingestehen, dass es sich bei dem gesuchten Datum um den 4. Oktober 2022 handele. So viel zu den zwei Monaten.

„Ein Affentheater. Ich weiß nicht, wie ich es anders nennen soll“, schimpfte die SPD-Stadträtin nach der Sitzung. „Wir haben einen Anspruch auf jegli-



Ein Affentheater. Ich weiß nicht, wie ich es anders nennen soll.

Christine Zimmer, SPD

che Information“, stellte sie klar. Doch wenn Informationen verweigert würden, werde sie misstrauisch, dass etwas nicht stimme. Trotzdem hofft Zimmer noch auf eine Einigung: „Wir wollen alle den Erfolg.“

Beim Bau-Unternehmen Gemünden, das das besagte Laborgebäude „Lab 1“ errichten will, zeigt man sich angesichts der Diskussion überrascht.

„Wir haben nicht erwartet, dass es zu einer solchen Debatte kommt“, sagt Geschäftsführer Tim Gemünden im Gespräch mit dieser Zeitung. Schließlich habe man zur Bewertung der klimatologischen Auswirkungen eigens ein Gutachten anfertigen lassen. Laut diesem Gutachten des in Mainz bereits häufiger aktiven Büros Ökoplana, das dieser Zeitung vorliegt, steigt der Luftmassendurchfluss je nach Windrichtung sogar um 0,4 bzw. 9,8 Prozent, da das geplante Gebäude zwar höher ist, als es der Bebauungsplan vorsieht, dafür aber auch schmaler. „Rein physikalisch ist das geplante Gebäude besser als das, was im B-Plan steht“, so Gemünden. Warum das Gutachten den Ausschussmitgliedern nicht zugänglich gemacht worden sei, könne man sich nicht erklären. Auch über die Luftströmungen hinaus habe man sich bemüht, mit Fotovoltaik, Geothermie und anderen Aspekten ein „vorbildhaftes Gebäude“ zu errichten. ► KOMMENTAR

Vogelgrippe-Funde: Behörden sensibilisiert

In den letzten Wochen am Rheinufer insgesamt acht verendete Möwen: Veterinäramt, Feuerwehr, Wasserschutzpolizei vorbereitet

Von Nicholas Matthias Steinberg

MAINZ. Nachdem zuletzt am Rheinufer wiederholt tote Möwen gefunden wurden, die mit dem Vogelgrippevirus infiziert waren, sind die Behörden sensibilisiert. In den vergangenen Wochen wurden etwa in Höhe des Raimundtores insgesamt acht verendete Wildvögel geborgen. Zuvor hatte es jahrelang keine Vogelgrippe-Fälle in der Region gegeben. Das zuständige Veterinäramt der Kreisverwaltung Mainz-Bingen hat Maßnahmen ergriffen.

Wie Maike Zehetner von der Pressestelle der Kreisverwaltung gegenüber dieser Zeitung berichtet, seien für Geflügelhalter im Radius von 3000 Metern um die Fundorte zunächst für 21 Tage zusätzliche Biosicherheitsmaßnahmen angeordnet worden. „Wie zweimal tägliche Kontrolle der Bestände, Hygienemaßnahmen beim Betreten der Haltungseinrichtungen und Meldepflichten“, so die Sprecherin. Grundlage seien das EU-Tiergesundheitsrecht und die Geflügelpest-Verordnung. Die Einhaltung werde von Amtstierärzten kontrolliert. Der letzte Vogelgrippe-Fall im Zuständigkeitsbereich des Veterinäramtes Mainz-Bingen vor 2023 sei im Winter 2006/2007 festgestellt worden.

Unabhängig von den Sonderanordnungen sind Halter nach der Geflügelpest-Verordnung oh-

nehin verpflichtet, durchgehend bestimmte Vorkehrungen zu treffen. So darf Geflügel beispielsweise nur in für Wildvögel nicht erreichbaren Bereichen gefüttert und mit Wasser versorgt werden. Außerdem gilt: Wenn innerhalb von 24 Stunden in einem Bestand mit bis zu 100 Tieren mindestens drei Tiere oder bei über 100 Tieren mehr als zwei Prozent sterben oder die Legeleistung deutlich abfällt, müssen Tierärzte und Veterinäramt hinzugezogen werden.

Auf eine Region wie Rheinhessen oder Mainz beschränkte Situationsbewertungen seien nicht sinnvoll, so Zehetner. Da es eine sehr hohe Mobilität bei Wildvögeln gebe – und damit auch ein potenziell hohes Verschleppungsrisiko. Etwa bei jahreszeitlichen Zugbewegungen.

„Das Risiko der weiteren Verbreitung bei Wildvögeln, insbesondere Wasservögeln, sowie das Risiko für Einträge in Geflügelhaltungen und sekundär zwischen Geflügelhaltungen ist weiterhin hoch“, erklärt auch Elke Reinking vom Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit mit Hauptsitz in Greifswald auf Anfrage. „Auffällig sind derzeit bei Wildvögeln die besonders stark betroffenen Möwen auch abseits der Küstenregionen“, so die Diplom-Biologin. Die Tiere seien wahrscheinlich aufgrund der zuletzt kühleren



Insgesamt acht mit Vogelgrippe infizierte Möwen waren zuletzt tot am Rheinufer gefunden worden. Foto: Tim Würz

Witterung ins wärmere Inland gezogen, wo auch mehr Nahrung zur Verfügung stehe.

In diesem Jahr registrierte das FLI bundesweit 380 Vogelgrippe-Fälle, darunter 340 bei Wildvögeln und 40 in Haltungen. Dabei sei zu beachten, dass hinter jedem Fall einzelne bis zu mehrere Tausend Tiere stecken könnten. So gelte bei Haltungen jeder betroffene Betrieb als ein Fall. Auch bei Wildvögeln könnten hinter einem Fall mehrere Tiere stecken, so FLI-Sprecherin Reinking. Im vergangenen Jahr wurden

bundesweit 1173 Vogelgrippe-Fälle mit Wildvögeln und 201 betroffene Geflügel-Betriebe gemeldet. Im Vorjahr 2021 waren es gar 1303 Wildvögel- und 282 Haltungs-Fälle. Derzeit liege der Schwerpunkt bei Wildvögeln in Baden-Württemberg. Auch in Bayern gebe es vermehrt Funde, berichtet Reinking.

Am 24. Februar waren an einem Brückenpfeiler unterhalb der Theodor-Heuss-Brücke fünf verendete Möwen gefunden worden. Der zunächst vom rheinland-pfälzischen Landesuntersuchungsamt (LUA) formulierte Verdacht auf Vogelgrippe wurde am 1. März vom Friedrich-Loeffler-Institut bestätigt. Es folgten drei weitere Vogelgrippe-Nachweise – bei kurz darauf im selben Bereich am Mainzer Rheinufer gefundenen toten Möwen.

Das Veterinäramt Mainz-Bingen rief die Bevölkerung jüngst dazu auf, tote Wildvögel umgehend den Behörden zu melden, sie aber keinesfalls selbst zu bergen. Offensichtlich erkrankte Tiere wirkten häufig teilnahmslos, wiesen Aufluss aus Augen und Schnabel auf, verweigerten Futter und Wasser. Auch Atemnot und zentralnervöse Störungen wie abnorme Kopfhaltungen, Gleichgewichtsstörungen und Zwangsbewegungen seien Anzeichen.

Weitere Behörden wie Feuerwehr und Wasserschutzpolizei

unterstützen beim Einsammeln gemeldeter Funde. „Wir werden bei Bedarf in Amtshilfe aktiv, bereits seit 2016 gibt es vorgefertigte Handlungsszenarien“, berichtet Michael Ehresmann, Pressesprecher der Berufsfeuerwehr Mainz.

Spezielle Ausrüstung wie Handschuhe, Masken und Brillen lägen stets bereit. Nach dem Bergen würden die Kadaver in Spezialbehältern abtransportiert und bis zur Untersuchung gekühlt.

Die Vogelgrippe-Erreger sind Influenza-Viren und können grundsätzlich auch auf Menschen übertragen werden. Ein erhöhtes Risiko für die Bevölkerung besteht laut Robert Koch-Institut (RKI) nicht.

In Deutschland ist bislang keine Vogelgrippe-Infektion bei Menschen bekannt geworden. „Insgesamt besteht also für die Übertragung von aviärer Influenza sowohl von Vögeln auf Menschen als auch von Mensch zu Mensch eine erhebliche Barriere“, so das RKI. Derweil hat die Mainzer Stadtverwaltung in Absprache mit dem Veterinäramt einen Aufnahmestopp für Greifvögel im Gonsenheimer Wildpark verfügt. Hintergrund seien die jüngsten Funde am Rheinufer. „Deshalb gelten zum Schutz der Tiere aktuell auch im Wildpark Mainz erhöhte Sicherheitsmaßnahmen“, so die Verwaltung.

Stadt spendiert 65 Millionen Euro

Vom dicken Finanz-Frühlingspaket profitieren ÖPNV und Wasserversorgung / Hohe Gewerbesteuererinnahmen machen es möglich

Von Michael Erfurth

MAINZ. Mit einem dicken Finanzpaket will die Stadt den Straßenbahn- und E-Busverkehr der Mainzer Mobilität und die Sicherstellung der Wasserversorgung in Mainz fördern.

Die hohen Gewerbesteuererinnahmen insbesondere von Biotech machen es möglich. Mit knapp 65 Millionen Euro aus der Stadtkasse sollen unter anderem Investitionen der Mainzer Stadtwerke bezuschusst werden, die der Verkehrswende und damit dem Klimaschutz dienen, so Bürgermeister und Finanzdezernent Günter Beck (Grüne). Dieses „Frühlingspaket“ soll der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 22. März beschließen, nachdem es der Finanzausschuss an diesem Dienstag bereits abgesegnet hat.

Bürgermeister Beck: Mobilitätswende fördern

Beck erinnerte daran, dass die Stadt zur Stärkung der Mainzer Stadtwerke (MSW) und deren Tochter Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) bereits im Sommer 2022 ein Finanzpaket in Höhe von rund 50 Millionen Euro aufgelegt hatte. Jetzt sollen weitere 64,8 Millionen Euro in den Jahren 2023 und 2024 in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und in die Trinkwasserversorgung fließen. „Wir verschaffen der MSW mit diesem zweiten Paket Luft bei essentiellen und drängenden In-



Im Stadthaus stellen sie das millionenschwere Frühlingspaket vor (von rechts: Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger, Bürgermeister Günter Beck, Stadtwerke-Vorstand Daniel Gahr und Amtsleiter Stefan Mossel. Foto: Tim Würz

vestitionen, fördern die Mobilitätswende und verfolgen weiterhin den eingeschlagenen Weg einer nachhaltigen und soliden Haushaltspolitik“, sagte Beck, der gemeinsam mit dem Stadtwerke-Vorstandsvorsitzenden Daniel Gahr und Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) das Paket vorstellte. So sollen 12 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt für

die Anschaffung von zehn neuen Straßenbahnen in den nächsten vier Jahren bereitstellen. Die MVG rechnet dabei mit Gesamtkosten von rund 40 Millionen Euro für die Fahrzeuge. Diese ersetzen auch Duweg-Bahnen Baujahr 1984, die immer noch in Mainz fahren, aufgrund der hohen Einstiegshöhe allerdings nicht barrierefrei sind. Die Bahnen dienen perspektivisch

aber auch dem geplanten Ausbau des Straßenbahnnetzes, wofür die Stadt in 2024 weitere 4,8 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Diese Mittel kommen insbesondere beim Neubau der Gleisstrecke in der Binger Straße zwischen Alleenplatz und Münsterplatz zum Einsatz. Mit 2 Millionen Euro fördert die Stadt die Übernahme von fünf Wasserstoffbussen der

Wiesbadener Eswe Verkehr. Nachdem die Nachbarstadt sich von der Wasserstofftechnologie bei den Eswe-Fahrzeugen verabschiedet hat, böte sich die Chance, diese fünf Solobusse zu übernehmen, sagte Verkehrs- und Umweldezernentin Steinkrüger. „Wenn wir diese neu bestellen würden, müssten wir mit langen Wartezeiten rechnen.“

Bislang hat die MVG einen eigenen Wasserstoffbus teilweise in Betrieb und jetzt wollte man diese Flotte ausbauen. Es gebe auch Überlegungen, die Wasserstoff-Tankstelle, die sich bislang in Wiesbaden befindet, dort abzubauen und in Mainz auf dem Gelände des Wirtschaftsbetriebs in Mombach zu installieren. Denn auch der Wirtschaftsbetrieb nutze diese Technik. MSW-Chef Gahr verwies darauf, dass die Stadtwerke AG seit 2015 gemeinsam mit Partnern den Energiepark Mainz im Hechtheimer Wirtschaftspark betreibt, dort aus erneuerbaren Energien Wasserstoff herstellt und daher über Erfahrungen mit der Technik verfügt.

Nachdem mithilfe des „Sommerpakets 2022“ die MVG 23 neue Elektrobusse gekauft hat, muss sie weiter in die Infrastruktur investieren. Mit einem Zuschuss von 500.000 Euro fördert die Stadt die Einrichtung eines Ladelastmanagements für E-Busse auf dem Betriebshof in der Neustadt. 3,2 Millionen Euro stehen für die Einrichtung

von digitalen Haltestellen zur Verfügung, mit deren Ausbau die MVG bereits begonnen hat. „Diese ersetzen unter anderem die alten Papier-Fahrpläne an den Haltestellen“, so Steinkrüger. Der Bund fördere diese digitalen Haltestellen mit 70 Prozent.

500.000 Euro aus dem Paket fließen in die Einrichtung von WLAN in Bussen und Straßenbahnen. Außerdem erhöht die Stadt den Betriebskostenzuschuss an die MVG um 4 Millionen Euro in 2023 und 2024 auf jährlich dann 7 Millionen Euro.

Infrastruktur rund um das Trinkwasser wird erneuert

Zudem fließen größere Finanzmittel in die Trinkwasserversorgung. „Auch dies ist eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund ausgedehnter Trockenperioden im Sommer mit Hitze und sinkenden Niederschlagsmengen nicht einfacher geworden ist und in vielen infrastrukturellen Bereichen wie beispielsweise der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung massive Investitionen nach sich zieht“, sagte Beck.

Die MSW investiert in den nächsten Jahren rund 85 Millionen Euro in die Sanierung des Trinkwassernetzes. Die Stadt wolle mit dem Frühlingspaket Zuschüsse von 7 Millionen Euro zahlen. Mit knapp 27 Millionen Euro sollen die anstehenden Erneuerungen der Wasserwerke bezuschusst werden.

Protest bei IKK auch in Mainz

MAINZ (red). Proteste bei den Innungskrankenkassen (IKK): Unter dem Motto „Es ist 5 vor 12!“ wollen die Beschäftigten am Mittwoch, 15. März, bei einem bundesweiten Aktionstag ihrem Unmut über ein aus ihrer Sicht unzureichendes Vergütungsangebot der Arbeitgeber Ausdruck verleihen, so die Gewerkschaft GdS. Betroffen von der Aktion ist auch der Standort Mainz. Die Kundgebungen finden im Rahmen einer „aktiven Mittagspause“ in der Zeit von 11.55 bis ca. 13 Uhr statt. Dabei könne es zu Einschränkungen im Kundenservice der Innungskrankenkassen kommen. Zur Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber gehören die IKK Brandenburg und Berlin, die IKK classic, die IKK gesund plus sowie die IKK Südwest. Die Gewerkschaft GdS fordert unter anderem Vergütungserhöhungen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro sowie eine einheitliche Inflationsausgleichszahlung für alle Beschäftigten.

KURZ NOTIERT
Verschenkenketag

MOMBACH. Am Sonntag, 19. März, findet von 10 bis 18 Uhr der vierte Verschenke-Tag statt: Dinge, die nicht mehr benötigt werden, können an diesem Tag vor die Haustür gestellt und mit einem „zu verschenken“-Schild versehen werden. Es wird darum gebeten, keine kaputten Dinge oder Sperrmüll rauszustellen.

Anzeigen-Sonderveröffentlichung vom 15. März 2023

Frühlingserwachen bei RANFT

Mit bioklimatischem Pergolasystem gegen die Hitze

Bei Ranft in Klein-Winternheim gibt es die neuesten Markisen und Überdachungskonzepte / Mit individueller Beratung und hochwertigen Produkten zur optimalen Lösung für das Outdoor-Wohnzimmer

Auch wenn es das trübe und nasskalte Wetter derzeit noch nicht vermuten lässt, der Frühling steht bereits in den Startlöchern. Und mit den steigenden Temperaturen beginnt die Zeit, in der sich der Garten bei vielen zum Outdoor-Wohnzimmer wandelt. Mit Blick auf die Sommermonate und die Hitzerekorde der vergangenen Jahre stellt sich daher jetzt für manche Garten- und Balkonbesitzer die Frage nach dem passenden Sonnenschutz für die Terrasse. Die Frühjahrsmesse (noch bis 18. März) bei Ranft, dem Spezialisten für Markisen, Fenster und Rollläden in Klein-Winternheim, bietet da die ideale Gelegenheit, sich über

die aktuelle Produktpalette zu informieren und individuelle Fragen abzuklären.

Durch die Inbetriebnahme eines neuen Lagers inklusive einer modernen Werkstatt ist in den Geschäftsräumen in der Raiffeisenstraße 9 neuer Platz geschaffen worden. So wird pünktlich zum Saisonstart erstmals auch ein neuer Ausstellungsraum für die Besucher zugänglich sein, der die Ausstellungsfläche dauerhaft verdoppelt wird. So können sich die Kunden über die neuesten Sonnenschutzlösungen in einem angenehmen Umfeld in den großzügigen Ausstellungsräumen vor Ort überzeugen. Hierzu zählt das biokli-



Der Frühling steht vor Tür. Zeit, sich in Sachen Sonnenschutz schlau zu machen. Foto: Erhardt Markisen

matische Pergolasystem „clima Q.bus“. Die wendbaren Aluminiumlamellen sorgen je nach flexibel gewählter Position für ef-

fektiven Hitze- und Blendschutz und im geschlossenen Zustand zudem für guten Regenschutz. Ein umlaufend integriertes Re-

genrinnen-System sichert einen geregelten Wasserablauf.

Auch das Glasdach mit integrierter Markise „Murano Integrable“ wird vor Ort präsentiert. Diese stabile und gleichzeitig schlanke Terrassenüberdachung bietet variablen Schutz vor Regen, Temperatur und Sonnenlicht. Mit einer integrierten Markise vereint dieses Modell den klaren Durchblick und Watterschutz eines Glasdachs mit den Vorzügen einer hochwertigen Markise als flexibel einstellbarer Sonnenschutz. „Diese und weitere individuell planbare Sonnenschutzsysteme eröffnen fast rund um das Jahr die Möglichkeit, den Garten als zusätzlichen

Outdoor-Wohnzimmer zu nutzen. Eine lohnende Investition in die Feierabend-Oase“, betont Geschäftsführer Jochen Ranft. Dabei hält das Fachgeschäft von der kleinen bis hin zur großen Lösung für jeden Gartenfreund das passende Angebot parat. „Wir sind für alle Wünsche unserer Kunden offen. Wir nehmen uns Zeit, in intensiver Beratung Vor- und Nachteile der einzelnen Komponenten aufzuzeigen, um für jeden die passgenaue, optimale Lösung zu finden“, so Ranft weiter.

Zudem führt die Firma Ranft mit Pendeltüren, Lichtschacht- abdeckungen und Rollos verschiedene Insektenschutzlösun-

gen. Und das Team berät gerne zum Themenkreis Sicherheit, Klima- und Wärmeschutz, der immer mehr an Bedeutung gewinnt. Mit dem Einbau einbruchssicherer Fenster sowie elektrischer, zeitgesteuerter Rollläden lassen sich so gute Verbesserungen erzielen.

Seit über 40 Jahren steht der Familienbetrieb Ranft für kompetente, individuelle Beratung und hochwertige Produkte. Die fachgerechte sichere Montage, die durch kontinuierliche Mitarbeiterschulungen gewährleistet wird, ist eingeschlossen und den umfassenden Service runden fachkundige Wartungen, Reparaturen und die E-Montage ab.

clima Q.bus
Bioklimatisches Pergolasystem:
Blend-, Hitze- und Watterschutz

roma
Die neue Dimension im Sonnenschutz

MHZ
MHZ Insektenschutzlösungen bieten ein Mehr an Wohnqualität für vielseitigste Einsatzmöglichkeiten.

Wir beraten Sie gerne:

MHZ Hachsel GmbH & Co. KG • www.mhz.de

FRÜHLINGSERWACHEN BEI RANFT

Markisen Fenster Rollläden

Tel. 06136.88044
Raiffeisenstraße 9
55270 Klein-Winternheim

Haussmesse noch bis 18. März 2023

Montag bis Freitag von 9.00 bis 17.30 Uhr
Sa. 9.00 bis 16.00 Uhr (Messe)
sonst 9.00 bis 14.00 Uhr

ERHARDT MARKISEN

... und so finden Sie uns:

© by Glitz AG, Schweiz

Cyber-Angreifer
nutzen Angst aus

BERLIN (dpa). Die Aktionen von Cyber-Kriminellen gefährden in Deutschland nicht nur Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Einrichtungen, sondern betreffen auch viele Privatpersonen. Das geht aus dem „Bericht zum Digitalen Verbraucherschutz 2022“ hervor, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) am Dienstag in Berlin vorgelegt hat. „Verbraucherinnen und Verbraucher fallen insbesondere Datenklau- und Phishing-Angriffen zum Opfer“, sagte BSI-Vizepräsident Gerhard Schabbhüser. Der Begriff „Phishing“ beschreibt, wie Cyber-Kriminelle versuchen, an private Informationen wie Passwörter, Kreditkartennummern oder andere persönliche Daten von Nutzern zu gelangen. Dabei werden gefälschte E-Mails oder Nachrichten gesendet, die aussehen wie legitime Nachrichten von echten Unternehmen oder Organisationen. „Verknüpft mit psychologischen Komponenten wie der Hilfsbereitschaft, spielen sie mit dem Vertrauen oder der Angst potenzieller Opfer.“

Ampel stimmt
mit Mehrheit zu

BERLIN (dpa). Die Ampel-Koalition wird die umstrittene Wahlrechtsreform am Freitag im Bundestag voraussichtlich mit ihrer eigenen Mehrheit beschließen. Bei Abstimmungen in den Fraktionen stimmten am Dienstagmorgen die Abgeordneten von Grünen und FDP jeweils einstimmig und die der SPD mit überwältigender Mehrheit zu. Das teilten die Fraktionschefs Rolf Mützenich (SPD), Britta Haßelmann (Grüne) und Christian Dürr (FDP) im Anschluss mit. Sie bezeichneten die Reform, durch die der auf 736 Abgeordnete angewachsene Bundestag auf 630 Mandate verkleinert wird, als „fair und verfassungsgemäß...“ Zugleich appellierte sie an die Union, die das Vorhaben strikt ablehnt, der Reform doch noch zuzustimmen.

Steuerquote auf
Höchststand

BERLIN (dpa). Bürger und Unternehmen in Deutschland haben gemessen an der Wirtschaftsleistung noch nie so viele Steuern und Sozialabgaben gezahlt wie zuletzt. Die Quote befand sich auf einem historischen Höchststand, hieß es am Dienstag aus Kreisen des Finanzministeriums. Dabei wird Bezug genommen auf die aktuellsten verfügbaren Zahlen aus dem Jahr 2021. Den Ministeriumszahlen zufolge lag die Abgabenquote in jenem Jahr bei 42,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 1960 seien es nur 38,6, im Jahr 1960 sogar nur 33,4 Prozent gewesen. Im Ministerium schließt man daraus, dass Forderungen nach einer höheren Steuerbelastung aktuell fehl am Platz seien.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion

E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
 Klaus Thomas Heck, Michael Klein,
 Ute Siegfried-Henkel, Sigrid Babst,
 Ken Chownatz, Florian Giezewski,
 Jorg Hamm, Daniel Holzer, Dirk Janowitz,
 Peter Kammerer, Constantin Lummitsch,
 Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns,
 Nicole Suchert, Nina Waldmund.

Streit um „Zwangssanierungen“

EU plant zusätzliche Klimaschutz-Vorschriften / Kommt nun eine Milliardenbelastung auf Hausbesitzer allein in Deutschland zu?

Von Gregor Mayntz

STRASSBURG. Ungewöhnlich lange 19 Minuten brauchte das Europäische Parlament, um am Dienstag im Zehn-Sekunden-Takt über eine Fülle von Änderungsanträgen abzustimmen, bevor es zum eigentlichen Punkt kam. Das war das erste Anzeichen für eine deutlich gespaltenen Einstellung zum heiß umstrittenen Projekt, die Energieeffizienz vor allem älterer und schlecht isolierter Wohnungen in Europa nach oben zu zwingen. Die zweite kam im Votum selbst zum Ausdruck: 343 Ja-Stimmen gegen 216 Nein-Stimmen bei 78 Enthaltungen. Das spricht nicht dafür, dass das Parlament mit einer übereinstimmend getragenen Position in die Verhandlungen mit Kommission und Rat geht. Selbst in der SPD, die in Straßburg leidenschaftlich für die Richtlinie stritt, gibt es einflussreichen Protest: SPD-Baumministerin Klara Geywitz kündigte bereits Widerstand an. Damit dürfte Deutschland bei den Verhandlungen für die neuen EU-Vorgaben mit auf der Bremse stehen.

Die Richtlinie fokussiert sich insbesondere auf jene 15 Prozent der Gebäude, die besonders schlechte Energie-Effizienzwerte aufweisen. Sie sollen so umfangreich saniert werden, dass sie bis 2030 eine Klasse und bis 2033 zwei Klassen besser eingestuft sind. Diese energetischen Verbesserungen seien vor allem auf dem Land teurer, als das ganze Haus wert sei, gab Geywitz im Vorfeld der Parlamentsentscheidung zu bedenken. In der Debatte räumte



Die Effizienzrichtlinie fokussiert sich vor allem auf jene 15 Prozent der Gebäude, die besonders schlechte Energie-Effizienzwerte aufweisen. Sie sollen so umfangreich saniert werden, dass sie bis 2030 eine Klasse und bis 2033 zwei Klassen besser eingestuft sind. Foto: dpa

auch die Grünen-Klimaxpertin Jutta Paulus ein, dass der Vorschlag der EU nach einschlägigen Schätzungen allein für Deutschland einen Investitionsbedarf von 254 Milliarden Euro auslösen werde. Allerdings erinnerte die Europa-Abgeordnete daran, dass allein die Gaspreisbremse 200 Milliarden Euro gekostet habe – ohne auch nur einen Cent Wertsteigerung für Häuser zu bewirken.

Weite Teile der Debatte drehen sich in Straßburg denn auch um die Finanzierbarkeit. EU-Energie-Kommissarin Kadri

Simson argumentierte, dass vor allem die ärmsten Bürger in den ältesten Häusern davon profitierten, denn sie hätten derzeit die höchsten Energie-Rechnungen zu tragen. 37 Prozent des Klimagasausstoßes in der EU entfielen auf den Gebäudesektor, 40 Prozent des gesamten CO₂, deshalb müsse hier zügig eingegriffen werden, sonst seien die EU-Klimaziele nicht zu schaffen. 150 Milliarden würden aus dem Klimafonds für die Modernisierungen der Wohnungen bereitgestellt, weitere Mittel kämen

durch nationale Programme und zinsgünstige Kredite der Europäischen Investitionsbank.

„Die billigste Energie ist die, die wir nicht verbrauchen“, unterstrich Paulus. Das gelte besonders für Zeiten, in denen sich große Teile der Bevölkerung zwischen einer warmen Wohnung und einer warmen Mahlzeit entscheiden müssten. Scharle Vorwürfe („fake news“) machte der Grünen-Abgeordnete Malte Gälé den Gegnern der Richtlinie, die er als „rechte Macht“ charakterisierte, die „keinen Bock“ darauf habe, sei-

ner Generation eine Perspektive zu geben, auf diesem Planeten noch gut leben zu können.

Gespalten präsentierten sich die europäischen Konservativen und Christdemokraten der EVP. Radan Kanev aus Bulgarien sprach von einem „seriösen Kompromiss“, auch Pernille Weiss aus Dänemark nannte den Vorschlag „sinnvoll“. Sean Kelly aus Irland verwies darauf, dass je einer Milliarde Investition in die bessere Energieeffizienz von Gebäuden 18.000 sichere Arbeitsplätze entstünden. Bei der Umsetzung

bräuchten die Mitgliedstaaten allerdings größere Flexibilität – gleichwohl plädierte der Christdemokrat für die Annahme. Auch die Linken („das wird das Leben für viele Europäer verbessern“) und die Liberalen („wir haben keine andere Wahl“) stellten sich hinter den Entwurf.

„Kosten nicht auf Omas
Häuschen abwälzen“

Viele rechtspopulistische Abgeordnete und auch die deutschen Unionsabgeordneten stemmten sich jedoch vehement dagegen – und lösten angesichts von über 200 Nein-Stimmen auch in anderen Fraktionen Bedenken aus. Natürlich müsse der Gebäudebestand auch seinen Beitrag zu den Klimazielen beitragen, sagte die Co-Chefin der deutschen Unionspolitiker, Angelika Niebler. Allerdings beschreite die Richtlinie mit „Zwangsrenovierungen und Verboten“ den falschen Weg. „Ich glaube, dass wir den Klimaschutz nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger machen dürfen“, gab Niebler zu bedenken. Die Menschen müssten nicht davon überzeugt werden, dass es Sinn mache, in bessere Wärmedämmung zu investieren, meinte Niebler und verwies auf die stark gestiegenen Energiepreise. „Das regelt sich von alleine“, sagte sie voraus. Der Unionssozialpolitiker Dennis Radtke nannte die Gebäude-richtlinie „unsinnig“ und mahnte: „Wir können die Kosten im Kampf gegen den Klimawandel nicht auf Omas Häuschen abwälzen.“

Was E-Fuels taugen

Die neue Art von Sprit: Ökonomisch spannend, aber fürs Klima eine Vergeudung

Von Antje Hönig

BERLIN. Für die einen ist es das Wundermittel, das Autos grün machen soll. „Wir können unsere Klimaziele nicht ohne synthetische Kraftstoffe sichern“, sagt Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP). Für die anderen ist es das Schlammitz, um das Ende des Verbrennungsmotors hinauszuzögern: „E-Fuels sind eine Scheinlösung“, findet der Naturschutzbund BUND. E-Fuels drohen zum Spaltzitz in der EU und in der Ampel-Koalition zu werden. Was also taugt die neue Art von Sprit?

E-Fuels sind Kraftstoffe, die anders als Benzin und Diesel nicht aus Erdöl gewonnen, sondern synthetisch hergestellt werden aus Wasserstoff und Kohlendioxid. Wenn zur Aufspaltung von Wasser, über die der Wasserstoff erzeugt wird, Wind- oder Sonnenstrom eingesetzt wird, sind E-Fuels klimaneutral. Damit sind diese strombasierten Kraftstoffe grundsätzlich eine gute Alternative zu Sprit aus dem klimaschädlichen Erdöl.

Doch E-Fuels haben viele Nachteile. Das größte Problem ist ihr schlechter Wirkungsgrad, der sich im Vergleich zu Elektromotoren zeigt. Danach kann eine bestimmte Menge Strom sechs Mal so viele Elektroautos versorgen wie E-Fuel-Autos, wie selbst der ADAC einräumt. Der Strombedarf sei wegen der hohen Energieverluste bei der Erzeugung des synthetischen Kraftstoffs höher, als wenn man den Strom direkt zum Laden eines E-Autos verwenden würde. Deshalb sprechen sich Umweltschützer meist dafür aus, den Personenverkehr anders grün zu machen – indem man



Die synthetisch hergestellten E-Fuels drohen zum Spaltzitz in der EU und in der Ampel-Koalition zu werden. Archivfoto: dpa

Verbrenner durch Elektroautos ersetzt. Die wenig effizienten E-Fuels sollen dagegen für die Bereiche reserviert werden, wo E-Mobilität nicht funktioniert. Um Lkw, Schiffe oder Flugzeuge auf E-Mobilität umzustellen, müssten die Batterien unrealistisch gewaltig sein. Kraftstoffe auf Wasserstoffbasis sollten vorrangig in Bereichen eingesetzt werden, die sich kaum direkt elektrifizieren lassen, meint Falko Ueckerdt vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Dazu zählen Langstreckenflüge, Teile der chemischen Produktion oder die Stahlherzeugung.

Eine weitere Folge des schlechten Wirkungsgrades ist, dass viel grüner Wasserstoff nötig sein wird. So viele Windparks und Solaranlagen braucht Deutschland gar nicht errichten, wie zur Gewinnung des benötigten Ökostroms nötig wäre. Teuer ist der grüne Sprit außerdem: „Wasserstoffbasierte Brennstoffe sind ein beeindruckend vielseitiger Energieträger, doch beeindruckend sind auch ihre Kosten“, so Ueckerdt in einer Studie. Doch das kann sich ändern. Bis 2030 scheint ein Preis von weni-

ger als zwei Euro pro Liter E-Fuel machbar, meint der ADAC. Denn die Produktionskosten für Ökostrom dürften weiter fallen und die E-Fuel-Herstellung bei Massenproduktion günstiger werden.

Woher soll der ganze Strom
für E-Autos kommen?

Zudem stellt sich auch bei E-Autos die Frage, woher der ganze Strom kommen soll. „Der durch E-Mobilität wachsende Strombedarf lässt sich durch grünen Strom aus Deutschland nur zum Teil decken. Es kann eines Tages kosteneffizienter sein, E-Fuels aus Ländern wie Chile zu importieren und herkömmliche Autos damit zu betreiben, als knappen und damit teuren grünen Strom in Elektroautos einzusetzen“, sagt Manuel Fronzel, Energieexperte des RWI-Leibniz-Instituts.

So träge die Autobranche beim Thema Klimaschutz über Jahre war – in einem Punkt hat sie recht: Wenn man nicht nur neue Autos grün fahren lassen, sondern auch den Bestand umrüsten will, braucht man E-Fuels.

Richtwerte kaum eingehalten

Studie zur weltweiten Feinstaubbelastung / Folgen für die Gesundheit

MELBOURNE (dpa). Die Feinstaubbelastung ist für Menschen weltweit nach wie vor sehr groß. Der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene Tageshöchstwert für Partikel der Größe PM_{2,5} wurde zuletzt im globalen Durchschnitt an 70 Prozent aller Tage überschritten, wie ein Forschungsteam im Fachmagazin „The Lancet Planetary Health“ berichtet. Nur 0,001 Prozent der Menschen leben demnach an Orten, an denen der empfohlene Jahreshöchstwert nicht übertroffen wird.

Als PM_{2,5} werden Feinstaubpartikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern (tausendstel Millimetern) bezeichnet. Die Gruppe um Yuming Guo von der Monash University in Melbourne (Australien) hatte die Feinstaubbelastung auf Basis von Messwerten und Computermodellen für die Jahre 2000 bis 2019 ermittelt. PM_{2,5}-Partikel können teils bis in die Lungenbläschen und in die Blutbahn vordringen. Langfristige Feinstaubbelastung kann zu Herz-Kreislauferkrankungen und Lungenkrebs führen. Nach WHO-Angaben sterben jährlich

rund sieben Millionen Menschen vorzeitig infolge von Luftverschmutzung. Nach Daten der EU-Umweltagentur EEA starben allein in der EU im Jahr 2020 rund 240.000 Menschen durch die Belastung der Luft in ihrer Umgebung mit Feinstaub vorzeitig.

In Ballungsräumen ist der
Verkehr dominierende Quelle

Feinstaub entsteht dem Umweltbundesamt (Uba) zufolge etwa im Verkehr, in Kraft- und Fernheizwerken, Öfen und Heizungen sowie bei der Metall- und Stahlherzeugung. Er kann auch natürlichen Ursprungs sein – etwa als Folge von Bodenerosion. In Ballungsgebieten ist der Straßenverkehr die dominierende Quelle. Ein weiterer wichtiger Verursacher ist die Landwirtschaft: Die Emissionen gasförmiger Vorläuferstoffe, insbesondere die Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung, tragen laut Uba zur sekundären Feinstaubbildung bei.

Im Hinblick auf die aktuelle Studie spricht Roland Schröder vom Leibniz-Institut für Troposphärenforschung in Leipzig von

einem vielversprechenden Ansatz, der zumindest für die Regionen mit Messstationen plausible Daten liefert. Der Forscher, der selbst nicht an der Studie beteiligt war, gibt aber auch zu bedenken, dass die berücksichtigte Partikelgröße PM_{2,5} nur ein Kompromiss sei. Gesundheitgefährdend seien hauptsächlich Partikel der Größe PM₁₀, also mit einem Mikrometer oder weniger Durchmesser, die eine Untergruppe der Kategorie PM_{2,5} darstellen. Künftig müssten die Größenkategorien von Feinstaub genauer erfasst werden.

Die WHO hatte die empfohlenen Grenzwerte für PM_{2,5}-Feinstaub im Jahr 2021 gesenkt, weil Studien gezeigt hatten, wie stark die Gesundheit unter Luftverschmutzung leidet. Für die mittlere jährliche Belastung wurde der Richtwert von zehn auf fünf Mikrogramm (tausendstel Gramm) pro Kubikmeter Luft verringert. In Deutschland wurde dieser Wert im Jahr 2022 nach Uba-Angaben an fast allen der etwa 200 Messstationen überschritten. „Eine Fülle von Beweisen hat die nachteiligen Auswirkungen einer kurzfristigen und langfristigen Exposition gegenüber PM_{2,5} in der Umgebungsluft auf die menschliche Gesundheit gestützt, selbst bei niedrigen PM_{2,5}-Konzentrationen“, schreiben Guo und Kollegen.

Von 2000 bis 2019 wurde ein weltweiter PM_{2,5}-Jahresdurchschnitt von 32,8 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ermittelt. Am höchsten lag der Wert mit etwa 50 in Ostasien (mit China), gefolgt von Südasien mit 37,2 und Nordafrika mit 30,1. Die niedrigsten Werte wiesen Australien und Neuseeland (8,5), das übrige Ozeanien (12,6) und Südamerika (15,6) auf.



Eine Messstation für Feinstaub: Laut WHO sterben jährlich rund sieben Millionen Menschen vorzeitig infolge von Luftverschmutzung. Archivfoto: dpa

KOMMENTAR

Inakzeptabel

Nicholas Matthias Steinberg zu aggressivem Verhalten

nicholas.matthias.steinberg@vrm.de



Bereits seit längerer Zeit macht ein obdachloser Mann in der Altstadt auf sich aufmerksam. Laut, oft willkürlich ausgestoßene Rufe und Drohgebärden ist man von dem Mann mit dem skurrilen Erscheinungsbild schon gewohnt, körperliche Übergriffe hingegen nicht. Es stimmt sehr traurig, wenn man die Entwicklung des Mannes, ja, seines Lebens auf der Straße täglich mitverfolgt; und das inzwischen über Jahre. Dennoch ist er wie jeder andere auch Teil dieser Gesellschaft, hat dasselbe Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben, auf Grundrechte. Aber er hat eben auch dieselben Pflichten wie andere, insbesondere anderen Menschen nicht zu schaden. Dass bei dem Mann psychische Auffälligkeiten bestehen, ist offensichtlich. Natürlich kann man niemanden zwingen, sich helfen zu lassen. Aber in den letzten Wochen hat sich der Mann verändert. Er ist aggressiver geworden, begeht Straftaten, hat wiederholt Menschen angegriffen. Er wird distanzloser und übergriffiger, überschreitet eindeutig Grenzen. Die Behörden sind nun gefordert, sich des Mannes noch einmal im Detail anzunehmen. Dass Gewerbetreibende und Passanten inzwischen nicht mehr nur damit rechnen müssen, von dem Mann angepöbelt und angeschrien, sondern je nach Tagesform gar attackiert zu werden, ist inakzeptabel. Der Schutz der Bevölkerung muss Priorität haben.

BLAULICHT

Drängler stößt Mann vom Rad

MAINZ (red). Ein Fahrradfahrer ist am Montagmorgen auf der Freilichtstraße von einem Porschefahrer bedrängt und vom Rad gestoßen worden. Das meldet die Polizei, die um Hinweise bittet.

Der Fahrradfahrer fuhr in Richtung Windmühlenstraße und musste wegen einer Baustelle vom Radweg auf die Fahrbahn wechseln. Hier fuhr ihm der aus Richtung Pariser Straße kommende Fahrer eines Porsche SUV bis auf wenige Zentimeter auf. Er hupte und drängelte. Nach der Baustelle wechselte der Radfahrer wieder auf den Radweg. Der Porschefahrer schnellte an ihm vorbei, scherte vor ihm auf den Radweg ein, bremste und stieg dann aus seinem

Auto. Um eine Konfrontation zu vermeiden, versuchte der Radfahrer vorbeizufahren, dabei wurde er jedoch vom Fahrrad gestoßen. Der Radfahrer flüchtete daraufhin zu Fuß. Der Porschefahrer warf das Rad auf den Gehweg und fuhr danach mit seinem Wagen davon.

An dem Fahrrad entstand leichter Sachschaden. Zwei Zeugen konnten Täter und Fahrzeug wie folgt beschreiben: Der Fahrer des schwarzen Porsche Cayenne war zirka 25 bis 30 Jahre alt und von kräftiger Statur. Er trug einen Drei-Tage-Bart und sah „südländisch“ aus.

Hinweise an die Polizei unter 06131-654110 oder per E-Mail an pimainz1@polizei.rlp.de.

AUF EINEN BLICK

Klassik im Dom-Museum

MAINZ (red). Das Duo „Burstein und Legnani“ kommt nach Mainz und tritt am Sonntag, 19. März, im Dom-Museum auf. Los geht es um 17 Uhr. Ariana Burstein (Cello) und Roberto Legnani (Gitarre) sind zurzeit auf Deutschland-Tournee. Die Besucher erwart-

et ein spannendes Konzert aus Klassik und Weltmusik. Zudem gibt es Eigenkompositionen des Künstler-Duos zu hören.

Tickets sind bereits im Vorverkauf an der Museumskasse oder online unter www.eleg-music.com erhältlich.

MOGUNTINUS

Druckkunst mit Geld!

Am Tag der Druckkunst diesen Mittwoch kann man im Druckladen des Gutenberg-Museums mal richtig Druck abbauen durch die Fertigung frühlingshafter Motive mittels Presstechnik. Weit produktiver dürfte allerdings der diesjährige Schülerwettbewerb ausfallen, bei dem junge Gutenbergkünstler eingeladen werden, selbst Banknoten zu drucken. Es ist eigentlich ein Skandal, dass man in dem chronisch unterfinanzierten Haus erst jetzt auf diese Idee kommt. Hätte man schon vor zehn, zwanzig Jahren damit angefangen, Banknoten zu drucken, das Gutenberg-Museum wäre längst modernisiert und stünde top da. Man hätte überhaupt keinen Bürgerentscheid oder Biotech-Millionen gebraucht. Wenn jemand formvollendete Banknoten drucken kann, dann ja wohl die Erben Gutenberg in einer professionell ausgestatteten Druckerwerkstatt. Am besten gleich mit Fünfhundert-Scheinen anfangen, damit sich's auch lohnt.

Auffällig, aggressiv, ausfallend

Obdachloser belästigt seit Jahren die Passanten mit grenzwertigem Verhalten – jetzt spitzt sich die Lage zu

Von Nicholas Matthias Steinberg

MAINZ. Der Fall eines obdachlosen Mannes, der seit mehreren Jahren mit ausfalligem Verhalten gegenüber Passanten und Gewerbetreibenden in der Altstadt für Aufsehen sorgt, spitzt sich zu. Insbesondere seit Februar dieses Jahres soll der 53-jährige Mann aus Ungarn aggressiver auftreten, auch wiederholt Menschen angegriffen haben.

Wie die Polizei auf Anfrage bestätigt, sei der Mann zuletzt mehrfach handgreiflich geworden. So soll er Mitte Februar eine Frau, die mit einem Kinderwagen unterwegs war, zunächst gegen einen Kleiderständer geschubst und das Kind aus dem Kinderwagen gehoben haben. Wie Matthias Bockius vom Polizeipräsidium Mainz bestätigt, sei der Vorfall einige Tage später am Rande eines anderen Einsatzes gemeldet worden. Die Ermittlungen liefen. Es ist nicht der erste Zwischenfall dieser Art: Der Mann soll in der Vergangenheit bereits wiederholt in Kinderwagen gegriffen haben, wie Beobachter und mehrere Gewerbetreibende aus der Altstadt übereinstimmend berichten. Am 21. Februar, wenige Tage nach dem jüngsten Kinderwagen-Vorfall, wurde der Polizei gemeldet, dass eine Person am Münsterplatz mit einem spitzen Gegenstand auf Passanten losgehe und herumschreie. Beamte kontrollierten den Mann, fanden bei ihm jedoch keinen spitzen Gegenstand.

Mann attackiert, mehrfach gegen Wand gestoßen

Am Nachmittag des 25. Februar eskalierte die Situation: Gegen 17 Uhr wurde zunächst eine Sachbeschädigung am Schillerplatz gemeldet. Dort hatte der 53-Jährige den verglasten Aushangkasten eines Lokals eingeschlagen. 20 Minuten später wählten mehrere Personen den Notruf, meldeten, dass am Kirschgarten ein Mitarbeiter eines benachbarten Betriebes von einem Mann zusammengeschlagen werde. Er soll ihm ohne Grund gepackt und mehrfach mit voller Wucht gegen die Wand gestoßen, ihm



In der Augustinerstraße in der Altstadt hält sich der psychisch auffällige Mann regelmäßig auf.

Foto: Lukas Görlach

schließlich noch ins Gesicht gespickt haben. Eine Frau soll der Angreifer ebenfalls attackiert, am Arm gegriffen und geschüttelt, schließlich am Hals gepackt und auch ihr ins Gesicht gespickt haben. Die Mitarbeiter des Betriebes hätten sich letztlich bis zum Eintreffen der Polizei im Geschäft eingeschlossen. Die Polizei bestätigt die Vorkommnisse. Das städtische Ordnungsamt sei hinzugezogen worden, berichtet Polizeisprecher Bockius, um den Mann in einer psychiatrischen Klinik vorzustellen.

Eine weitere Anzeige, diesmal wegen Nötigung, erhielt der Obdachlose, nachdem er einer Radfahrerin absichtlich den Weg versperrte, noch dazu schlagähnliche Gesten in ihre Richtung machte. Am 28. Februar pöbelte der Mann in einem Schuhgeschäft in der Augustinerstraße herum. Eine Frau forderte ihn auf, den Laden zu verlassen. Im weiteren Verlauf warf er mit einem Schlafsack nach ihr. Vor einigen Wochen soll der Mann in der Heringsbrunnengasse mit einer Dose nach einer Familie geworfen haben, die mit Kind unterwegs war. Am vergangenen Samstag

Inzwischen tauschen wir uns mehrfach täglich aus.

Annette Plachetka, Vorsitzende Werbegemeinschaft Mainz

genheit fiel er in erster Linie durch verbale Auffälligkeiten auf, Beleidigungen, lautes Schreien, Pöbeln und Erschrecken, teilweise auch Spucken, durch Urinieren in Hauseingänge und Einfahrten, Betreten und Belagern von Geschäften, Restaurants und Bankfilialen. Zudem randalierte er regelmäßig, warf etwa Mülltonnen und Flaschen herum, trat oder schlug gegen Schaufenster oder Fahr-

räder, warf mobile Toilettenhäuschen um und beschädigte Bushaltestellen. Außergewöhnlich war ein Zwischenfall aus dem Dezember 2021, als er plötzlich vor ein Polizeiauto sprang, mit den Händen auf die Motorhaube schlug und anschließend Widerstand gegen Polizisten leistete.

Ein Großteil der jüngeren Zwischenfälle ereignete sich in der Mainzer Altstadt, grob zwischen Bahnhof Römisches Theater, Augustinerstraße und Münsterplatz. Zuletzt kam es aber auch in Bingen wiederholt zu Vorkommnissen – und Einsätzen der Polizei. Weil der Mann randalierte, pöbelte und herumschrie. Hintergrund seiner Bingen-Aufenthalte ist wohl eine Obdachlosenunterkunft. Daher pendelt er regelmäßig zwischen Bingen und Mainz.

Sie stehe seit Jahren mit Polizei und städtischem Ordnungsamt in regem Kontakt, berichtet Annette Plachetka, Vorsitzende der Werbegemeinschaft Mainz und Inhaberin der „Schuh Passion“ in der Altstadt. „Inzwischen tauschen wir uns mehrfach täglich aus“, so Plachetka. Denn die Zwischenfälle mit dem Mann sowie deren Intensität nähmen zu. Wie andere Gewerbetreibende nehme auch sie wahr, dass er seit einigen Wochen zusehends aggressiver und übergreifiger werde.

► KOMMENTAR

Dezernentin Grosse: „War Fehleinschätzung“

Nach der turbulenten Sitzung des Bauausschusses zum ersten Biotech-Bauprojekt räumt Baudezernentin Fehler ein

Von Paul Lassay

MAINZ. Die turbulente Sitzung des Bauausschusses, in der die Mitglieder des Gremiums dem ersten Bauprojekt für den Biotech-Campus zwischen Saarstraße und Hochschule aufgrund einer Abweichung von den Höhenverschriften die Zustimmung verweigerten, hat für großes Aufsehen gesorgt. Während die Industrie- und Handelskammer Rheinhessen (IHK) Kritik an der Entwicklung übt, räumt Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) im Gespräch mit dieser Zeitung Fehler ein – und erläutert, wie es weiter geht.

Sie sei „alles andere als zufrieden“ mit dem Verlauf der Sitzung, sagt Grosse. „Ich sehe auch meine Sitzungsführung sehr kritisch.“ In 13 Jahren als Dezernentin habe sie einen solchen Verlauf nicht erlebt – und in der Diskussion selbst nicht souverän reagiert. Das klimatologische Gutachten des Büros Okopla nicht an die Ausschussmitglieder herausgegeben zu haben, sei eine „Fehleinschätzung“ gewesen, so die Dezernentin,

die die Entscheidung mit datenschutzrechtlichen Erwägungen begründet. Sie sei überzeugt gewesen, dass es „auf positive Resonanz stößt, wenn die Verwaltung etwas prüft und erklärt, dass es in Ordnung ist“. Dabei habe sie nicht richtig eingeschätzt, „wie wahnsinnig wichtig“ es für die Mandatsträger bei einem solchen Projekt sei, selbst das Gutachten einsehen zu können. Mittlerweile sei es ihnen in datenschutzrechtlich einwandfreier Form zugeschiedt worden. Und auch für die Zukunft werde man aus der Debatte die entsprechenden Schlüsse ziehen, so Grosse. „Wir werden das nächste Mal bei so etwas anders verfahren.“

Das Gutachten war notwendig geworden, da das geplante dreistöckige Laborgebäude „Lab 1“, welches das Bauunternehmen Gemünden errichten möchte, von den Vorgaben des Bebauungsplans abweicht. Statt der eigentlich vorgeschriebenen zwölf Meter soll es inklusive der technischen Aufbauten 15,74 Meter messen. Die „klimatologische Stellungnahme“ des be-



Das Gutachten über die klimatologischen Auswirkungen des ersten geplanten Laborgebäudes für den Biotech-Campus zwischen Saarstraße und Hochschule liegt den Mitgliedern des Bauausschusses nun vor.

Foto: Sascha Kopp

auftragten Büros kommt zu dem Ergebnis, dass Laborgebäude trotz seiner größeren Höhe aufgrund des schmalen Designs sogar einen etwas besseren Luftmassendurchfluss in dem sensiblen Areal ermöglicht. Statt 60 Prozent der Grundstücksfläche zu bebauen, sehen die Pläne eine Bebauung von 31 Prozent vor. Nachdem das Gutachten den Mitgliedern des Bauausschusses nun vorliegt, soll das Einvernehmen in dem Gremium

nun in einer kurzfristig anberaumten Sitzung am Donnerstag hergestellt werden. „Ich werde alles dafür tun“, erklärt die Dezernentin. „Ich hoffe, dass die Zusendung des Gutachtens die Akzeptanz für dieses wahnsinnig wichtige Projekt steigert.“ Der Aufwand, der betrieben worden sei, um die klimatologischen Auswirkungen zu untersuchen, sei sehr hoch gewesen. „Ich war nur nicht gut in der Darlegung der Argumente“, so Grosse. Es

sei klar, dass die klimatologischen Aspekte in diesem Areal zu den „alles entscheidenden“ Faktoren zählten. Sie könne das Projekt gut vertreten. Ein erstes Bauvorhaben, das den Vorgaben deutlich widersprochen habe, habe man dagegen abgelehnt. „Dadurch haben wir gezeigt, dass wir sehr genau darauf achten, was geht und was nicht geht.“ Weitere Gutachten werde es für zukünftige Bauprojekte in diesem Areal nur geben, wenn die Pläne von den Vorgaben des Bebauungsplans abweichen, ergänzt der Leiter des Stadtplanungsamtes Axel Strobach. Ansonsten seien die Vorgaben des Bebauungsplans so angelegt, dass ihre Einhaltung die klimatologischen Anforderungen sicherstelle.

IHK-Hauptgeschäftsführer Günter Jertz kritisiert derweil in einer Mitteilung die fehlende Zustimmung des Bauausschusses als „Offreie für den Wirtschaftsstandort“. Die Blockade bei solchen Entscheidungen sei „ein fatales Signal“ und man drohe, „die Chance zu verspielen, Mainz und unsere Region zum Biotech-Zentrum zu machen“.

BLAULICHT

Im Supermarkt
Betrug vereitelt

BUDENHEIM (red). Einem aufmerksamsten 35-jährigen Mitarbeiter eines Supermarktes in Budenheim ist es zu verdanken, dass ein 67-jähriger Mann nicht um sein Geld betrogen wurde. Der Budenheimer bekam am Montagmittag einen Anruf, bei dem ihm eine männliche Stimme am Telefon erklärte, dass er eine Geldsumme in Höhe von 38.000 Euro gewonnen habe. Das Geld würde ihm gegen 14 Uhr von einem Geldtransporter zugestellt werden. Allerdings müsse der Fahrer des Geldtransporters noch bezahlt werden, wofür der 67-Jährige im Supermarkt Google-Play-Karten im Wert von 1000 EUR kaufen und dem Fahrer übergeben sollte. Wie die Polizei mitteilt, wurde der Mitarbeiter an der Kasse des Supermarkts stutzig, als der Mann die Google-Play-Karten kaufen wollte. Da der 35-Jährige diese Betrugsmasche kannte, sprach er den Kunden darauf an und erklärte ihm den Betrug. Sie verständigten die Polizei, die die Ermittlungen aufnahm.

Von Torben Schröder

VG RHEIN-SELZ. Die Parallelen sind auffallend. Quereinsteiger mit Erfahrung in der freien Wirtschaft ohne kommunalpolitische Vita. Abwehrreaktionen aus den etablierten Parteien. Unkenrufe, es fehle an Verwaltungserfahrung und Stalldurch. Der Einzug in die Stichwahl, dort etwa 40 Prozent Wahlbeteiligung und rund 63 Prozent der Stimmen. Was der parteilose Nino Haase im zweiten Anlauf bei der Wahl zum Mainzer Oberbürgermeister bewerkstelligt hat, das ist voriges Jahr auf FWG-Ticket auch Martin Groth in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz gelungen.

„Wenn ich etwas brauche, gehe ich zum Mitarbeiter und zitiere ihn nicht zu mir.“

Martin Groth, Bürgermeister der
Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Im Juni 2022 erfolgte die offizielle Übergabe des VG-Bürgermeisteramtes von Klaus Penzer (l.) an Martin Groth im Rahmen einer öffentlichen Präsenz-Sitzung des VG-Rates. Der „Neue“ hat mit der Modernisierung der Verwaltung begonnen. Archivfoto: hzb/Jörg Henkel

AUF EINEN BLICK
Teilspernung
an L432

HAHNHEIM/KÖNGERNHEIM (red). Von Donnerstag, 16. März, bis Montag, 20. März, werden an der L432 zwischen Hahnheim und Königernheim Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Wie der Landesbetrieb Mobilität Worms mitteilt, finden die Untersuchungen im Vorrang auf den bevorstehenden Ausbau der L432 statt und sind mit der Naturschutzbehörde abgestimmt. Durch halbtägige Sperrungen muss zeitweise mit Verkehrseinschränkungen zu rechnen sein. Laut LBM ist die Baustrecke 1740 Meter lang. Die Arbeiten dauern voraussichtlich von September 2023 bis Juli 2024 und kosten 1,5 Millionen Euro.

KURZ NOTIERT
Sperrung

HEIDESHEIM. Die Vollsperrung der Zweigstraße zwischen Heidenfahrstraße und Burgstraße in Heidesheim verlängert sich bis voraussichtlich Freitag, 5. Mai. Ab Montag, 20. März, bis 18. August wird die Zweigstraße zwischen Burgstraße und Bahnhofstraße (bis Höhe Feuerwehr) ebenfalls voll gesperrt.

Saubermach-Tag

NACKENHEIM. Die Gemeinde Nackenheim lädt alle Helferinnen und Helfer am Samstag, 18. März, ab 10 Uhr zum großen Säubern der Gemarkung ein. Der Treffpunkt ist am neuen Marktplatz.

Natur-Wanderung

RHEINHESSEN. Am Samstag, 18. März, veranstalten die Naturpädagoginnen Rheinhesse eine etwa sechsstündige, zwölf Kilometer lange Tageswanderung von Alsheim nach Oppenheim entlang des Rheinterrassenweges. Naturpädagogin Stefan Grimm erläutert Pflanzen- und Tierwelt. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Bahnhof in Alsheim. Die Kosten betragen 35 Euro inklusive Picknick und Rückfahrt mit dem Zug nach Alsheim. Anmeldung entweder unter Telefon 06733-948921 oder per E-Mail an: stefan.grimm@herberge-rheinhesse.de.



„Wir denken, dass die Bereitschaft für Tempo 30 in der Bürgerschaft groß ist.“

Sylbille Vogt,
FWG/BLH, Fraktionsvorsitzende

Rhein-Selz als Vorbild für Mainz?

Mit Weiterbildung und modernisierten Abläufen will VG-Bürgermeister Groth seine Behörde zukunftsfit machen

„Mich erinnert sehr viel an die Themen meines Wahlkampfes, etwa Modernisierung der Verwaltung oder interne Kommunikation“, blickt Groth auf Haases Kampagne, die er mit Interesse verfolgt hat. Und mit spürbarem Wohlwollen. Beide verbinden neben ähnlichen Schlüsselthemen auch dieselbe Herausforderung: „Man ist Chef der Verwaltung. Wenn die nicht auf zeitgemäße Weise funktioniert, kann man nicht viel umsetzen“, sagt Groth, der Ende Juni 2022 als Nachfolger von Klaus Penzer (SPD) vereidigt wurde und, wie auch Haase, von CDU, SPD und Grünen präsentierte Kandidaten hinter sich ließ.

Der zweifache Familienvater aus Nierstein hat schon einiges von dem erlebt, was Haase noch bevorsteht. „Durch seine erste Bewerbung und seine Be-

kanntheit ist er natürlich auf einem ganz anderen Level gestartet als ein einfacher Unternehmensberater“, sagt Groth. Dass Haases erster Anlauf ihm indirekt Türen geöffnet hat, mag sein. „Die Bürger wollen das klassische Farbenspiel“, ist Groth überzeugt.

Nahezu flächendeckend klagen Behörden und öffentliche Verwaltungen über zu wenig Personal für zu viele Aufgaben. Zugleich klagen Unternehmer über zu viel Bürokratie, Bürger über zu komplizierte Behördenwege und alle, die bauen wollen, vom Haus bis zum Windrad, über zu lange Verfahren. Das alles findet vor dem Hintergrund des demografischen

Wandels statt, der die Probleme, Mitarbeiter zu finden, noch massiv verschärfen wird. Als Unternehmer und Unternehmensberater – beides war Groth – kennt man diese Konstellation. Man kann Aufträge, die zu viel werden, ablehnen, was bei Verwaltungstätigkeiten nur sehr bedingt möglich ist. Man kann aber nicht einfach sagen: „Mir fehlen die Leute, jemand ist krank, wartet halt ein halbes Jahr.“

Insofern erscheint naheliegend, dass unternehmerisches Denken Verwaltungen auf die Sprünge helfen kann, effizienter und kundenorientierter zu arbeiten. So, wie Haase es womöglich als Gründer und Geschäftsführer einbringen kann. Ob die Wähler in Mainz und Rhein-Selz dies gespürt haben?

Wenn Groth über Führungspolitik in der VG-Verwaltung spricht, schwingt viel Verwunderung mit. Über eine Führungskultur, die offenbar streng hierarchisch geprägt war und quer durch das Rondo tief verankert ist.

Wechsel in der
Führungskultur eingeleitet

„Wenn ich etwas brauche, gehe ich zum Mitarbeiter und zitiere ihn nicht zu mir“, erzählt der Bürgermeister. Verantwortung streuen, mündige Mitarbeiter, das will er. „Ich arbeite gern mit Leitplanken, innerhalb derer die Leute eigene Entscheidungen treffen. Damit tut sich der ein oder andere schwer.“ Erfüllen sich da Beam-

tenklischees? „Ich glaube nicht, dass das grundsätzlich etwas mit Verwaltung zu tun hat, sondern mit Führungskultur“, sagt Groth.

Er will das Selbstbild einer Verwaltung als Dienstleister etablieren, nach innen wie nach außen, spricht von kundenorientiertem Arbeiten. „Das wird Zeit brauchen, aber viele Kollegen beginnen daran Spaß zu haben, ältere wie jüngere.“ Groth ist sicher, dass seine Verwaltung in Zukunft weniger Personal haben wird und nicht mehr, zwangsläufig. Dass Verwaltungen deshalb stärker nach den Parametern der freien Wirtschaft strukturiert sind und in Prozessen denken, „das ist für mich völlig alternativlos“, betont er.

Es geht um nicht weniger als

einen Kulturbruch. „Man ist hier immer noch sehr verhaftet darin, Dinge sehr manuell zu machen, obwohl es seit Jahrzehnten die Möglichkeit zur Automatisierung gibt“, sagt Groth, „wir müssen die Flucht nach vorne antreten, unsere Abläufe modernisieren, die Technik sinnvoll einsetzen.“ Wiederkehrende Routinetätigkeiten digitalisieren und überwachen, für die Bürger präsent werden, lautet die Vision. Und nicht, dass Mitarbeiter die Hauspost von einem Stockwerk ins andere schleppen oder mit Ordern voller handschriftlich abzeichnender Vorlagen vor seiner Bürotür Schlange stehen.

Die Weiterbildung hat Groth als Schlüssel identifiziert, regelmäßige Personalentwicklungsgespräche soll es geben. Die Mitarbeiterzufriedenheit war im Oppenheimer Rondo im Keller, die Krankheitszeiten entsprechend hoch. Ein internes Kommunikationssystem soll Verbindungen schaffen, und der Neubau des Verwaltungsgebäudes noch während seiner ersten Amtsperiode eine offene, moderne Büroatmosphäre. Führungserfahrung schade sicher nicht auf seinem neuen Posten. „Man muss die Leute begeistern“, sagt Groth.

Aber hat ein Verwaltungschef im Spannungsfeld von Regularien und Kommunalpolitik überhaupt genügend Spielraum? „Ich sehe da in vielen Bereichen keine Einschränkung“, betont Groth. „Es ist schon so, dass in vielen Bereichen die Gesetzgebung nicht hinterherkommt, aber das ist in der freien Wirtschaft genauso.“ Ein zu enges Korsett für echte Reformen in Behörden? „Ich halte das für eine Ausrede.“ Auch wenn die Strahlkraft des Amtes, die Dimensionen und die parteipolitischen Verflechtungen innerhalb der Verwaltung in der Hauptstadt völlig andere sind – was Groth sagt, könnte (auf) Haase hoffen lassen.

Auf Durchgangsstraßen Tempo 30?

Ingelheim will Geschwindigkeitslimit prüfen / Vorstoß sorgt schon jetzt für Diskussionen

Von Dennis Buchwald

INGELHEIM. Ortseingang – das bedeutet runter vom Gas. In der Regel gilt innerorts bekanntlich ein Tempolimit von 50 Kilometer pro Stunde. Mehr als 500 Städte und Kommunen wollen mehr Freiheit bei der Geschwindigkeitsanordnung – und damit leichter Tempo 30 anordnen können, wo sie es für notwendig halten. So hat sich die Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ gegründet, der nun auch Ingelheim beitreten will. Das hat der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung entschieden. Das bedeutet aber nicht, dass nun

flächendeckend Tempo 30 in Ingelheim und seinen Stadtteilen eingeführt wird. Ein entsprechender Vorstoß der Grünen und FWG/BLH soll in den Fachausschüssen geprüft werden.

Die Initiative setzt sich gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden. „Zielgerichtet, flexibel und ortsbezogen“, wie es auf der Homepage heißt. Hierbei seien den Städten und Kommunen aktuell „viel zu enge Grenzen“ gesetzt. Auf den Hauptverkehrsstraßen innerorts ist es nämlich nur unter hohen Hürden möglich, Tempo 30 auszuweisen – und das auch nur in beschränkten Abschnitten. Angeordnet werden kann die Begrenzung beispielsweise vor Schulen und Kitas oder zum Schutz vor Lärm und Gefahren.

Und auch in diesen Fällen gestaltet sich die Umsetzung oft langwierig. Denn Kreis- oder Landesstraßen liegen nicht in städtischer Zuständigkeit, was eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Behörden notwendig macht. Zwölf Jahre hat es beispielsweise gedauert, bis 2017 in Teilen der Rheinstadt in Frei-Weinheim aufgrund der Lärmbelastung Tempo 30 statt 50 angeordnet



Zwölf Jahre hat es gedauert, bis 2017 in Teilen der Rheinstadt in Frei-Weinheim zum Lärmschutz Tempo 30 statt 50 angeordnet wurde. Die Hürden sind oft hoch.

Foto: Thomas Schmidt

wurde. Auch auf der Mainzer Straße, der Ortsdurchfahrt in Heidesheim, soll die Geschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde reduziert werden. Doch die Umsetzung durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) lässt weiter auf sich warten. Zum Unmut vieler Heidesheimerinnen und Heidesheimer.

Mit Ausnahme der beiden FDP-Mitglieder stimmen alle Ratsmitglieder dem Antrag

der Kooperation aus CDU, Grüne und FWG/BLH zu, der Initiative beizutreten. Michael Julius Schwarz (FDP) sprach sich dagegen aus. „Autos auf Fahrrad-Geschwindigkeit zu drosseln“ und wendete sich gegen Tempo 30 auf den Haupt- und Durchgangsstraßen. Die bisherige Regelung, die Geschwindigkeit nur aufgrund „der besonderen örtlichen Verhältnisse“ zu reduzieren,

sei sinnvoll. Alle anderen Fraktionen sowie die Stadtverwaltung begrüßten die Initiative, die Entscheidungskompetenz auf die Ebene der Kommune zu holen.

Für Diskussionen sorgte dagegen der weitere Vorstoß von Grünen und FWG/BLH, schon jetzt Tempo 30 auf zahlreichen Durchgangsstraßen in Ingelheim und seinen Stadtteilen zu prüfen und umzusetzen. Konkret in der Ottonenstraße, Grundstraße, Bahnhofstraße/Neuweg, Rheinstraße ab Kreuzung Konrad-Adenauer-Straße zum Rhein, den Ortsdurchfahrten Heidesheim, Wackenheim und Großwinterheim, Turnierstraße/Wilhelm-von-Er-langer-Straße (nachts) sowie der Steingasse/Untere Stiftstraße/Vorderer Böhl. Wenn notwendig, solle bei übergeordneten Kreis- oder Landesstraßen mit den entsprechenden Behörden zusammenge-arbeitet werden.

Für Sylbille Vogt, Fraktionsvorsitzende von FWG/BLH, war der Antrag, die logische Konsequenz aus dem Beitritt zur Initiative. Mehr Sicherheit, Lärmschutz und weniger CO seien die Faktoren zur Steigerung der Lebensqualität. „Wir denken, dass die Bereitschaft für Tempo 30 in der Bürgerschaft groß ist“, erklärte Vogt. In Mainz fließe der Verkehr seit der Einführung entspannter,

nach anfänglichen Problemen sei das Limit zur Gewohnheit geworden. Aus den Reihen der Kooperation trug die CDU den Antrag nicht mit. „Wir müssen die Realität anerkennen und uns eingestehen, was wir können und was nicht“, erklärte Hans-Christian Fröhlich mit Blick auf die begrenzten Möglichkeiten der Stadt.

Die SPD-Fraktion um Dominik Brill stand dem Vorhaben „grundsätzlich positiv gegenüber“, plädierte aber für eine einzelfallbezogene Prüfung. „In der Pauschalität können wir nicht zustimmen“, meinte Brill. „Eine funktionierende Abwägung ist in der Kürze der Zeit nicht möglich.“

Für die FDP um Michael Julius Schwarz ist Mainz dagegen ein Beispiel. „Wie es nicht laufen soll.“ Die Attraktivität der Stadt sei gesunken, Kunden blieben weg. Lediglich Rolf Henrich (Linke) befürwortete den Antrag.

Die mehrheitliche Ablehnung sorgte wiederum für Kritik seitens FWG/BLH. „Mir fällt dazu ein Sprichwort ein: Wasch mich, aber mach mich nicht nass“, meinte Sylbille Vogt. „Wir müssen unseren Bürgern beweisen, dass wir Dinge auch mal umsetzen.“ Am Ende votierten alle Ratsmitglieder dafür, den Vorschlag in die städtischen Ausschüsse zu verweisen und dort zu prüfen.



Mainz

Innovation und Nachhaltigkeit

EARTH HOUR

Warum am Samstagabend in Mainz die Lichter ausgehen

3 Warnzeichen einer vergifteten Leber

Gesundentgiften.com | Anzeige

Der Dom, die Christuskirche und die Kirche St. Stephan werden am Samstag ab 20:30 Uhr im Dunkeln bleiben. Doch warum ist das so?

[Read Next Story >](#)



Von
Veronika Dyks

veröffentlicht am 24.03.2023 12:01

Licht aus für das Klima, heißt es am Samstag (25. März) – auch in Mainz. In der „Earth Hour“ wird von 20:30 Uhr bis 21:30 in zahlreichen Städten auf der ganzen Welt die öffentliche Beleuchtung ausgestellt. Auch Privathaushalte sind dazu aufgerufen, sich an der symbolischen Aktion zu beteiligen.

Die „Earth Hour“ wurde 2007 vom World Wide Fund for nature (WWF) Australien ins Leben gerufen und findet seitdem jedes Jahr im März statt. Eine Stunde lang sollen unnötige Beleuchtungen und andere Stromgeräte abgeschaltet werden, um ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen: in öffentlichen Gebäuden, Unternehmen wie auch Privathaushalten. Mittlerweile nehmen rund 7000 Städte auf der ganzen Welt an der „Earth Hour“ teil. Allein in Deutschland waren es im vergangenen Jahr 663 Städte und Gemeinden. Die Stadt Mainz beteiligt sich seit 2012 an der Klimaschutzaktion.

3 Warnzeichen einer vergifteten Leber
Gesundentgiften.com | Anzeige

Aufgrund der mit der Gaskrise eingeführten
Energiesparmaßnahmen sind zahlreiche Gebäude in Mainz nachts

[Read Next Story >](#)

schon länger nicht mehr beleuchtet. Drei der größten Wahrzeichen – der Dom, die Christuskirche und die Kirche St. Stefan – wurden jedoch weiterhin angestrahlt. Für die „Earth Hour“ am Samstag werden nun aber auch die Lichter an diesen Gebäuden ausgeschaltet.

Infoveranstaltung und Kundgebung

Zusätzlich zur „Earth Hour“ machen am Samstag von 14 bis 20 Uhr mehrere Infostände am Adenauerufer, Höhe Fischtorplatz, auf das Thema Energie- und Ressourcensparen aufmerksam. Mit dabei sind der BUND, MainzZero, die Vernetzungsgruppe zum Biotechstandort, die Albert-Schweitzer-Stiftung, Students- und Scientist-for-Future, das neue Foodsharing-Café „Krumm & Schepp“ sowie Greenpeace.

Im Anschluss an die Infoaktionen findet von 20 bis 21:30 Uhr am gleichen Ort eine Kundgebung mit Reden, Poetry Slam und Livemusik von der Mainzer Indie-Pop-Rock-Band „Die Ehrlichen Finder“ sowie dem „Chor des guten Lebens“ statt.

3 Warnzeichen einer vergifteten Leber
Gesundentgiften.com | Anzeige

Weitere Infos zur „Earth Hour“ in Mainz findet ihr hier. Generelle Informationen zur Aktion und Tipps zum Energiesparen gibt es

[Read Next Story >](#)

hier. Organisationen, die sich am Infotag am Adenauerufer beteiligen wollen, können sich bei Marcel Weloe vom „BUND Mainz“ melden (Mail: marcel.weloe@bund-rlp.de, mobil 0162 – 1821186).

VERLAUF

● 24.03.2023 12:01 Artikel veröffentlicht

META

Mainz, Innovation und Nachhaltigkeit

3 Warnzeichen einer vergifteten Leber

Gesundentgiften.com | Anzeige

Read Next Story >

DER MAINZER

DAS MAGAZIN FÜR MAINZ UND RHEINHESSEN

(<http://www.dermainzer.net>)



ZUM MAINZER-NEWSLETTER...

(www.dermainzer.net/newsletter/)



DEUTSCHLANDTICKET: EIN ABO, GÜLTIG IN GANZ DEUTSCHLAND

Die Finanzierung ist fürs erste geklärt: am 1. Mai 2023 geht das Deutschlandticket (D-Ticket) an den Start. 49 Euro kostet das Abo pro Monat und berechtigt zur Nutzung des Nahverkehrs in ganz Deutschland.

Lange wurde diskutiert, wie das Nachfolgeticket für das »9-Euro-Ticket« ausgestaltet werden soll und kann, wer die Kosten dafür übernimmt, ob das Ticket nur digital erhältlich sein soll und ob es tatsächlich einen Beitrag zur Mobilitätswende leistet. Nun ist klar: Der Bund wird für das Deutschlandticket ab 2023 jährlich 1,5 Mrd. Euro zum Verlustausgleich zur Verfügung stellen; die Bundesländer wollen sich in derselben Höhe beteiligen. Etwaige Mehrkosten, die den Verkehrsunternehmen im Einführungsjahr 2023 durch Mindereinnahmen entstehen, werden Bund und Länder je zur Hälfte tragen.

Die Mainzer Mobilität hatte bereits Mitte März ihrer Bestandskundschaft mitgeteilt, dass sie mit dem jeweiligen laufenden Abo-Vertrag zum D-Ticket wechseln kann. Wer bislang noch kein Wochen-Monat- oder Jahresabo bei der Mainzer Mobilität besaß kann das D-Ticket ab 3. April 2023 im Abo über die App der Mainzer Mobilität oder per Online-Bestellformular auf der Homepage der Mainzer Mobilität erwerben.

9 Euro fürs Job-Ticket

Derweil hat die Mainzer Stadtverwaltung angekündigt, für die Angestellten der Verwaltung das bereits bestehende Job-Ticket in ein D-Ticket zu erweitern. Konkret: Bislang zahlen die Mitarbeiter:innen der Mainzer Stadtverwaltung 30 Euro für ihr Jobticket; ab dem 1. Mai sollen sie nur noch 9 Euro zahlen und ihr Job-Ticket soll deutschlandweit gültig sein. Bürgermeister und Finanzdezernent Günter Beck begründet in einer Pressemitteilung, die Stadtverwaltung Mainz habe sich auch als Arbeitgeberin das Ziel gesetzt, die Mobilitätswende zu fördern. Damit verbunden sei, neben dem Zuschuss für Fahrradkäufe für Mitarbeiter:innen, auch die Erleichterungen zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel mit dem Job-Ticket für die knapp 5.000 Mitarbeitenden. Der Grünen-Politiker sieht dies auch als »deutliches Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeitenden« und in Zeiten von Fachkräftemangel auch als Stärkung der Arbeitgebermarke »Stadtverwaltung Mainz«.

Die Landeshauptstadt Mainz fördert künftig jedes Jobticket mit rund 40 € im Monat. Im Jahr 2023 sind aktuell insgesamt 725.000 € für die Reduzierung des Jobticket-Preises für die Mitarbeitenden auf 9 € vorgesehen.

D-Ticket günstiger?

Das D-Ticket ist damit über den städtischen Etat und finanziert von Steuergeldern für die Mitarbeitenden der Verwaltung und der stadtnahen Gesellschaften vergünstigt – ein Vorgehen, das überall in Deutschland zu beobachten ist. Wo es die Finanzen zulassen, legen Bundesländer und/oder Kommune noch eine Schippe drauf, um die monatlichen Kosten von 49 Euro zu reduzieren. In Rheinland-Pfalz ist Mitte März 2023 noch offen, inwieweit über den Etat des Landes Rheinland-Pfalz der Preis für das D-Ticket reduziert werden kann.

Sozialverbände bemängeln indes, dass Menschen mit geringem Einkommen kaum 49 Euro pro Monat für ein D-Ticket ausgeben könnten und fordern, dass die D-Tickets auch ohne Abo am Schalter erhältlich sein müssten. In Mainz gibt es für Empfänger:innen existenzsichernder Leistungen auf Antrag den »Mainz Pass«, eine freiwillige Leistung der Mainzer Stadtverwaltung. U.a. kann damit für 30 Euro/Monat eine Monatskarte für Bus und Bahn erworben werden – die allerdings nur im Tarifgebiet der Mainzer Mobilität gültig ist.

Der neue Mainzer OB Nino Haase hatte im Wahlkampf zum Thema ÖPNV wissen lassen, dass 3.20 Euro für ein Einzelticket deutlich zu teuer seien. Wie er sich eine Preisgestaltung vorstellt, ist bislang noch nicht bekannt. Die Mainzer Klimaschutzorganisation MainzZero fordert vom neuen Oberbürgermeister, die Attraktivität des ÖPNV u.a. durch Preismaßnahmen sichtbar zu erhöhen, »um den Start der Verkehrswende in Mainz deutlich zu markieren.«

| SoS

D-Ticket der Mainzer Mobilität: www.deutschlandticket-mainz.de (<https://www.deutschlandticket-mainz.de>)

D-Ticket allgemein: www.bundesregierung.de/... (<https://www.bundesregierung.de/breg-de>)

TEILEN AUF:

[Tweet \(https://twitter.com/share\)](https://twitter.com/share)

MEHR ZU MOBILITÄT



(<https://www.dermainzer.net/2023/04/baustellen-mainz-immer-aktuell/>)

Baustellen Mainz: Immer aktuell!

(<https://www.dermainzer.net/2023/04/baustellen-mainz-immer-aktuell/>)

© 17. April 2023



(<https://www.dermainzer.net/2023/04/von-privat-an-privat-die-mainzer-fahrradboerse/>)

Von privat an privat: Die Mainzer Fahrradbörse

(<https://www.dermainzer.net/2023/04/von-privat-an-privat-die-mainzer-fahrradboerse/>)